

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen  
Wirtschaft im Herbst 1992

Die Lage der Weltwirtschaft .....	561
Die wirtschaftliche Lage in Deutschland .....	570

## DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 44/92

Berlin

29. Oktober 1992

59. Jahrgang

*Biblioback*

### Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1992

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft  
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., München:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin  
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg

ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut  
für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Berlin am 22. Oktober 1992

### Die Lage der Weltwirtschaft

#### Überblick

Die Konjunkturschwäche in den Industrieländern hat bis zuletzt angehalten. Während in Nordamerika eine deutliche Belebung auf sich warten läßt, stagniert die Produktion in Japan und in Westeuropa seit dem Frühjahr. Die Auslastung der Produktionskapazitäten ist weiter gesunken, und die Arbeitslosigkeit hat zugenommen. Die Verbraucherpreise sind in den meisten Ländern nur noch mäßig gestiegen; die Notierungen auf den internationalen Märkten für Nahrungsmittel und Industrierohstoffe haben, gemessen in Sonderziehungsrechten, insgesamt nochmals nachgegeben.

In Westeuropa wurden Nachfrage und Produktion dadurch gedämpft, daß die Zinsen weiterhin hoch waren. Im Zusammenhang mit Spannungen im EWS zur Jahresmitte stiegen sie sogar noch. Mitte September gerieten mehrere Währungen unter erheblichen Abwertungsdruck. Obwohl die Deutsche Bundesbank ihre Zinsen leicht senkte, setzten sich die Turbulenzen fort; schließlich schiedেন Lira und Pfund Sterling aus dem Europäischen Wechselkursmechanismus aus. In den USA und in Japan dagegen sucht die Geldpolitik schon seit längerem die Konjunktur anzuregen. Sie konnte aber die Hemmnisse für eine Erholung, die aus früheren Fehlentwicklungen herrühren, bisher nicht überwinden. Retardierend wirken vor allem die

Bibliothek  
des

Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

2 Ex

Bemühungen vieler privater Haushalte und Unternehmen, ihre finanzielle Position zu konsolidieren. Nach der raschen Ausweitung der Verschuldung in den achtziger Jahren war dies besonders dringlich. Der damit verbundene beschleunigte Rückgang der Preise für Immobilien — und in Japan auch für Aktien — hat den Konsolidierungsdruck zunächst noch verstärkt. Bei Banken und Sparkassen entstanden erhebliche Verluste, die ihre Möglichkeiten und Bereitschaft zur Kreditvergabe minderten und die Regierungen zu Stützungsmaßnahmen veranlaßten. Vor allem in den USA hat die Konsolidierung in der Vermögens- und Finanzsphäre mittlerweile jedoch erhebliche Fortschritte gemacht; hingegen scheint es in Japan nach den spekulativen Übersteigerungen noch erheblichen Korrekturbedarf zu geben. In Westeuropa gibt es vergleichbare Probleme im Finanzbereich in Großbritannien und in den meisten skandinavischen Ländern.

Die Verringerung der hohen Budgetdefizite in den USA wird durch die weiterhin zunehmenden Aufwendungen des Staates für die Einlagensicherung bei Banken und Sparkassen erheblich erschwert. In einer Reihe europäischer Länder ist die Staatsverschuldung so hoch bzw. in den letzten Jahren so rasch gestiegen, daß erheblicher Konsolidierungsbedarf gesehen wird, und dies zu einer Zeit, in der die öffentlichen Haushalte durch die sich hinziehende Konjunkturschwäche zusätzlich belastet werden. Insgesamt zeichnet sich 1993 für die USA und für Westeuropa eine straffe Finanzpolitik ab. In Japan ist sie dagegen mit den Ankurbelungsprogrammen des Staates expansiv ausgerichtet.

Von der amerikanischen Notenbank sind nach der starken Reduzierung der Leitzinsen in den letzten beiden Jahren kaum noch weitere Stimulierungsmaßnahmen zu erwarten, während in Japan angesichts der ausgeprägten Konjunkturschwäche noch weitere Zinssenkungen wahrscheinlich sind. In Westeuropa dürfte es nach der bisherigen Hochzinspolitik im Laufe des nächsten Jahres zu einer deutlichen monetären Lockerung kommen. Sie wird vermutlich besonders ausgeprägt in den Ländern mit relativ starken Währungen sein. Dagegen werden die Länder, die schon jetzt den Wechselkurs mit Hilfe wieder erhöhter Zinssätze stützen, wohl nur zögernd folgen können. In Großbritannien, Italien und Spanien, wo es in den letzten Wochen zu starken Abwertungen kam, wird der Spielraum für Zinssenkungen nicht zuletzt davon abhängig sein, in welchem Maße die Verteuerung der Einfuhr und die damit verbundene Minderung der Realeinkommen Verteilungskämpfe auslöst. Im allgemeinen sind die Perspektiven für eine gemäßigte Lohnpolitik wegen der verschlechterten Beschäftigungslage relativ günstig.

Bei der für das nächste Jahr zu erwartenden Verringerung des Gefälles zwischen den Zinsen in Westeuropa und denen in den USA ist damit zu rechnen, daß der Dollar wieder höher bewertet wird als in den letzten Monaten; damit könnten auch die Spannungen zwischen der D-Mark und den anderen westeuropäischen Währungen tenden-

ziell geringer werden. Der Weltmarktpreis für Erdöl dürfte sich angesichts der Elastizität des Angebotes und der nur mäßigen konjunkturellen Expansion in den Industrieländern kaum ändern und bei etwa 20 Dollar je Barrel (durchschnittlicher Einfuhrpreis der OECD-Länder) verharren. Das Preisniveau für andere Rohwaren wird bei der hier vorausgesagten Entwicklung nur geringfügig steigen.

Nach wie vor gilt, daß die Bedingungen auf der Angebotsseite in vielen Ländern besser sind als zu Beginn der achtziger Jahre: Die Gewinnlage der Unternehmen ist — obwohl gegenwärtig konjunkturell gedrückt — nach dem langen Aufschwung und aufgrund von steuerlichen Entlastungen und einer gemäßigten Lohnpolitik günstiger. Zudem stützt die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes die Investitionsneigung weiterhin. Allerdings mögen die Diskussionen über den Vertrag von Maastricht Irritationen ausgelöst haben. Retardierend auf die konjunkturellen Abläufe wirken schließlich die Anpassungsprozesse auf der Vermögensebene in den USA und in einer Reihe anderer Länder. Auch könnte sich nach mehr als zwei Jahren konjunktureller Flaute in den Industrieländern, bei der die Normalauslastung des Produktionspotentials in einer zunehmenden Zahl von Ländern unterschritten wurde, die Grundstimmung von Investoren und Konsumenten selbst ohne neue negative Anstöße verschlechtern und damit ihre Ausgabenneigung dämpfen. Dies alles macht die Prognose gegenwärtig besonders schwierig.

In den USA dürfte die monetäre Stimulierung zunehmend Einfluß auf die Gesamtnachfrage gewinnen. Für den Verlauf des nächsten Jahres ist wieder eine leichte Erhöhung der Auslastung des Produktionspotentials zu erwarten. Die Verbesserung des Konjunkturklimas wird sicherlich auf andere Länder ausstrahlen. Namentlich in Japan wird sich die Konjunktur, unterstützt von den angekündigten massiven Ankurbelungsmaßnahmen, wohl allmählich beleben; wegen des noch erheblichen Konsolidierungsbedarfs der Unternehmen und Banken wird der Produktionsanstieg im Vergleich zu entsprechenden früheren Konjunkturphasen indes verhalten sein.

In Westeuropa ist die Konstellation der konjunkturbestimmenden Faktoren nach den jüngsten Devisenmarkturbulenzen von Land zu Land noch differenzierter geworden. Die Wirkungen der starken Verschiebungen der Wechselkursrelationen und die damit verbundene Änderung der Wirtschaftspolitik sind gegenwärtig noch schwer einzuschätzen. Insgesamt werden aber von der zunehmenden geldpolitischen Lockerung und der Verbesserung des weltwirtschaftlichen Umfelds Anstöße ausgehen. Sie werden allerdings erst im späteren Verlauf des nächsten Jahres zu einer deutlicheren Aufwärtsbewegung der Konjunktur in Westeuropa führen; die Kapazitätsauslastung wird dann nicht mehr zurückgehen.

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt der Industrieländer im Laufe des nächsten Jahres stärker zunehmen; aufgrund des geringen Überhangs wird der Zuwachs im Durchschnitt des Jahres 1993 mit etwa 2 vH

aber nur wenig höher sein als 1992. Die Teuerungsrate des privaten Verbrauchs wird im Durchschnitt reichlich 3 vH betragen. Das Welthandelsvolumen wird mit rund 5 vH etwas mehr als in diesem Jahr expandieren. Dabei wird erneut die lebhaftere Nachfrage von seiten der Entwicklungsländer, vor allem in Asien, eine bedeutende Rolle spielen. Diese Dynamik ist auch ein deutliches Indiz dafür, welche weltwirtschaftlichen Wachstumspotentiale erschlossen werden könnten, wenn die Industrieländer endlich die Widerstände für den Abschluß der GATT-Runde überwinden und damit der internationalen Arbeitsteilung neue Impulse geben würden.

Die Öffnung westlicher Märkte wäre auch die wichtigste Hilfe, um die außenwirtschaftlichen Bedingungen für den äußerst schwierigen Transformationsprozeß in Mittel- und Osteuropa zu verbessern. 1992 kommt es dort in allen Ländern zu einem weiteren, zumeist erheblichen Produktionsrückgang. Besonders ausgeprägt wird er auch über das laufende Jahr hinaus in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion sein, während sich die gesamtwirtschaftliche Produktion in den Staaten, die schon früher einschneidende Reformen einführten, allmählich stabilisieren dürfte.

### Zögerliche Belebung in den USA

In den USA verläuft die konjunkturelle Erholung weiterhin schleppend. Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist im Sommerhalbjahr mit einer Jahresrate von knapp 2 vH nur wenig rascher gestiegen als im Winter. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie stagnierte und lag deutlich unter dem langfristigen Durchschnitt. Die Zahl der Beschäftigten nahm kaum zu; die Arbeitslosenquote hat sich seit dem Winter nochmals um etwa einen halben Prozentpunkt auf 7,5 vH erhöht. Der Preisauftrieb blieb mäßig. Die Verbraucherpreise stiegen zuletzt mit einer Jahresrate von rund 3 vH.

Die Expansion der Inlandsnachfrage hat sich im Sommerhalbjahr leicht beschleunigt. Merklich stärker als zuvor wurden die Anlageinvestitionen ausgeweitet. So expandierten die Wohnungsbauminvestitionen aufgrund der spürbar gesunkenen Finanzierungskosten kräftig, und auch die Ausrüstungsinvestitionen nahmen infolge der verbesserten Ertragsaussichten und niedrigerer Zinsen deutlich zu. Hingegen waren die gewerblichen Bauinvestitionen weiter rückläufig, da in diesem Bereich nach den vorangegangenen Übersteigerungen noch ein erheblicher Angebotsüberhang besteht. Der private Verbrauch erhöhte sich lediglich geringfügig. Zum einen sind die verfügbaren Einkommen nur wenig gestiegen, und zum anderen nahm die Sparquote leicht zu. Die privaten Haushalte, die ihre Verschuldung in den achtziger Jahren erheblich ausgeweitet hatten, waren um Konsolidierung bemüht, zumal die Zinsen für Verbraucherkredite bislang erst wenig nachgegeben haben. Merklich abgeschwächt haben sich im Sommerhalbjahr die Impulse vom Export, der zuvor eine we-

sentliche Stütze der amerikanischen Konjunktur gewesen war. Dagegen wurden die Importe beschleunigt ausgeweitet. Das Leistungsbilanzdefizit hat sich etwas erhöht; im ersten Halbjahr betrug es, auf Jahresbasis gerechnet, fast 50 Mrd. Dollar bzw. 0,8 vH des Bruttoinlandsprodukts.

Die Zentralbank hat ihren bereits im Herbst 1990 eingeschlagenen Kurs der Konjunkturanregung mittels Zinssenkungen fortgesetzt. Die kurzfristigen Zinsen liegen derzeit bei knapp 3 %. Sie sind damit um etwa fünf Prozentpunkte niedriger als zu Beginn der Rezession. In dieser Zeit sanken auch die langfristigen Zinsen, um etwa zwei Prozentpunkte. Zwar nahm die Geldmenge  $M_2$ , die Zielgröße der Zentralbank im Sommerhalbjahr, kaum zu. Ausschlaggebend hierfür dürften Portfolioumschichtungen gewesen sein, da aufgrund der niedrigen Verzinsung von Termineinlagen andere, nicht in  $M_2$  enthaltene Anlageformen attraktiver wurden. Die expansive Ausrichtung der Geldpolitik kommt aber in der Entwicklung der Geldmenge  $M_1$  zum Ausdruck, die seit einem Jahr zweistellige Zuwachsraten aufweist. Angesichts der schwachen konjunkturellen Belebung wird das Zinsniveau wohl zunächst niedrig bleiben. Erst für den späteren Verlauf des kommenden Jahres, wenn sich Produktion und Nachfrage spürbar rascher ausweiten, ist mit — leichten — Zinssteigerungen am kurzen Ende zu rechnen.

Wegen der hohen staatlichen Defizite hat die Finanzpolitik, anders als in früheren konjunkturellen Schwächephasen, keine anregenden Maßnahmen ergriffen. Das Defizit im Bundeshaushalt ist in dem im September abgelaufenen Fiskaljahr 1991/92 auf rd. 315 Mrd. Dollar gestiegen. Dies entspricht etwa 5,4 vH des Bruttoinlandsprodukts, nach 4,8 vH im vorausgegangenen Haushaltsjahr. Die Zunahme geht zum überwiegenden Teil auf konjunkturbedingte Mindereinnahmen und Mehrausgaben zurück. Dagegen wurden die im Haushaltsplan vorgesehenen Mittel für die staatlich garantierte Einlagensicherung bei Sparkassen und Banken nur in geringem Umfang tatsächlich freigegeben. Dies führt allerdings zu einer entsprechend höheren Belastung des laufenden und zukünftiger Budgets. In diesem Haushaltsjahr ist daher trotz der konjunkturellen Belebung ein Anstieg des Fehlbetrages im Bundeshaushalt, auf etwa 330 Mrd. Dollar, wahrscheinlich. Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, das unter anderem die wieder zunehmenden Überschüsse der Länder und Gemeinden einbezieht, dürfte sinken. Insgesamt werden von der Finanzpolitik leicht dämpfende Effekte ausgehen.

Die konjunkturelle Entwicklung wird 1993 deutlicher aufwärts gerichtet sein. Die treibende Kraft werden die Ausrüstungsinvestitionen sein. Die merklich steigende Produktivität und sinkende Reallöhne verbessern die Gewinnerwartungen der Unternehmen. Die Investitionsbereitschaft wird auch durch die niedrigen Zinsen angeregt. Dies gilt auch für den Wohnungsbau, der weiterhin recht kräftig expandiert. Dagegen werden sich die gewerblichen Bau-

investitionen erst allmählich erholen. Die Zunahme des privaten Verbrauchs wird sich bei nach wie vor hoher Arbeitslosigkeit und im Jahresverlauf mäßig steigendem Realeinkommen der privaten Haushalte nur wenig beschleunigen. Der Anstieg des Exports wird vorerst wohl noch durch die Nachwirkungen der niedrigen Bewertung des Dollars angeregt werden; bei kräftiger Ausweitung der Importe dürfte sich der Außenbeitrag kaum verändern.

Im Jahre 1993 ist ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 2½ vH — bei etwas höherer laufender Rate — zu erwarten, nach 1¼ vH in diesem Jahr. Angesichts der mäßigen Konjunkturbelebung und der erst leichten Erhöhung der Kapazitätsauslastung dürfte die Beschäftigung nur wenig ausgeweitet werden. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird sich noch nicht nennenswert beschleunigen; im Jahresdurchschnitt 1993 wird er 3 vH betragen.

### Japan im Konjunkturtief

Das konjunkturelle Klima in Japan hat sich im Sommerhalbjahr weiter eingetrübt. Der erneute Einbruch bei Aktienkursen und Immobilienpreisen hat die Verunsicherung von Investoren und Verbrauchern verstärkt. Das Sozialprodukt nahm kaum noch zu; die Industrieproduktion ging sogar deutlich zurück. Der Rückgang der gewerblichen Anlageinvestitionen, der im Sommer 1991 eingesetzt hatte, hat sich beschleunigt. Maßgeblich war die weitere Verschlechterung der Absatz- und Ertragserwartungen. Die Expansion des privaten Verbrauchs kam wegen der geringen Einkommenszuwächse und der ungünstigeren Konjunkturperspektiven zum Stillstand. Impulse kamen lediglich vom Wohnungsbau und von den öffentlichen Investitionen. Hier hat das Vorziehen geplanter Projekte, wie es im März zur Stützung der Nachfrage beschlossen worden war, im Frühsommer zu einer sprunghaften Zunahme der Bautätigkeit geführt. Die Exporte gingen im Sommerhalbjahr etwas zurück. Stärker sanken wegen der schwachen Gesamtnachfrage die Importe. Die Überschüsse in der Handels- und der Leistungsbilanz waren sehr hoch.

Bei der anhaltenden Konjunkturlaute stagnierte die Beschäftigung. Da aber auch die Zahl der Erwerbspersonen nicht mehr zunahm, verharrte die Arbeitslosenquote bei 2 vH. In der Industrie nahmen infolge des starken Rückganges der Produktion die Lohnstückkosten drastisch zu, weil die Zahl der Beschäftigten kaum verringert wurde. Hierzu hat einmal beigetragen, daß in den Großunternehmen Japans vielfach eine Arbeitsplatzgarantie gewährt wird. Zum anderen werden Entlassungen auch deshalb vermieden, weil anscheinend mit einer nur kurzen Konjunkturschwäche gerechnet wird. Eine Überwälzung der gestiegenen Kosten war wegen des verschärften Wettbewerbs kaum möglich. Dämpfend auf den Preisanstieg wirkte zudem die Verbilligung der Einfuhr. Die Verbraucherpreise waren im Sommer rund 2 vH höher als ein Jahr zuvor.

Ende August beschloß die Regierung ein Ankurbelungsprogramm im Umfang von 10,7 Bill. Yen (2,3 vH des Bruttosozialprodukts), um der zunehmenden konjunkturellen Schwäche zu begegnen. Vor allem sollen die öffentlichen Investitionen aufgestockt werden. Daneben sind in erheblichem Umfang Käufe von Immobilien zur Stützung des Marktes vorgesehen. Ein bedeutender Teil des Programms wird vermutlich über Umschichtungen im Zentralhaushalt und zwischen den einzelnen Budgets und Sonderkonten finanziert werden, um den durch schwächere Steuereinnahmen ohnehin angelegten Anstieg der Neuverschuldung des Zentralstaates zu begrenzen. Insgesamt wird der konjunkturelle Impuls deutlich schwächer sein als das Volumen des Programms suggeriert.

Die Zentralbank hat die Mitte 1991 eingeleitete Lockerung der Geldpolitik im Sommer fortgesetzt und den Diskontsatz Ende Juli auf 3,25 % gesenkt. Für die Prognose wird eine nochmalige Verringerung angenommen. Von der Geldpolitik werden mithin weiter expansive Wirkungen ausgehen.

Infolge der wirtschaftspolitischen Anstöße wird sich die Konjunktur im Laufe des kommenden Jahres allmählich beleben. Die öffentliche Nachfrage und die Investitionen im Wohnungsbau, bei dem staatliche Fördermaßnahmen, gesunkene Zinsen und ermäßigte Grundstückspreise anregend wirken, werden verstärkt steigen. Die Investitionstätigkeit der gewerblichen Unternehmen dürfte erst im Sommerhalbjahr 1993 den Tiefpunkt durchschreiten und anschließend moderat aufwärtsgerichtet sein. Dämpfend wirkt zunächst noch die zurückhaltende Kreditvergabe seitens der Banken, nachdem Kredite im Zusammenhang mit den Turbulenzen auf den Aktien- und Immobilienmärkten in großem Umfang notleidend geworden sind. Der private Verbrauch wird vorerst ebenfalls nur langsam expandieren, weil die Zahl der Beschäftigten wenig zunimmt und die Realeinkommen kaum steigen. Die Exporte werden etwas stärker als 1992 ausgeweitet werden.

Im laufenden Jahr wird die gesamtwirtschaftliche Produktion um etwa 2 vH höher sein als im Vorjahr; dies ist der geringste Anstieg seit der Rezession nach dem ersten Ölpreisschock vor zwei Jahrzehnten. 1993 wird der Zuwachs etwa 3 vH betragen. Der Überschuß in der Leistungsbilanz wird in diesem Jahr auf etwas mehr als 110 Mrd. Dollar (reichlich 3 vH des Bruttosozialprodukts) zunehmen und im kommenden Jahr ähnlich hoch ausfallen. Die Verbraucherpreise werden in diesem und im nächsten Jahr bei zunächst noch niedriger Kapazitätsauslastung nur leicht, um rund 2 vH, zunehmen.

### Konjunkturerholung in Westeuropa verzögert sich

Seit Beginn des Sommerhalbjahres sind Nachfrage und Produktion in Westeuropa kaum noch gestiegen. Die Auslastung der Kapazitäten hat sich weiter verringert, und die Beschäftigung ist zurückgegangen. In Großbritannien

blieb die erhoffte Belebung aus, in Schweden setzte sich die Rezession fort, und in den meisten anderen Ländern blieb das Wirtschaftswachstum schwach. Belastend wirkten die — entgegen den Erwartungen — vielfach erneut aufwärtstendierenden Zinsen, die weiterhin schleppende wirtschaftliche Erholung in den USA und die deutliche Aufwertung gegenüber dem Dollar. Verunsichernd mögen auch die Währungsturbulenzen in Westeuropa gewirkt haben.

Die Anlageinvestitionen sind tendenziell weiter gesunken, in einigen Ländern sogar recht ausgeprägt. Im gewerblichen Sektor bremsten die sinkende Kapazitätsauslastung und die nach wie vor hohen Zinsen. Ferner verschlechterten sich die Absatz- und Ertragserwartungen, auch weil die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Drittländern nachgelassen hat. Die Investitionen im Wohnungsbau sind als Folge der hohen Finanzierungskosten und der gedrückten Einkommenserwartungen weiter leicht zurückgegangen. Im öffentlichen Bau wurden die Investitionen hingegen etwas ausgeweitet. Der private Konsum hat verlangsamt zugenommen; der Absatz langlebiger Verbrauchsgüter ging vielfach zurück. Dämpfend wirkte die nur noch verhaltene Erhöhung der realen verfügbaren Einkommen. Auch ist die Sparquote in einigen Ländern weiter gestiegen.

Der innereuropäische Handel erhielt von der Nachfrageentwicklung kaum Impulse. Der Export nach Nordamerika nahm ebenfalls nur wenig zu. Die Ausfuhr in die übrige Welt expandierte nach einer vorübergehend kräftigen Erholung abgeschwächt; die Lieferungen nach Mittel- und Osteuropa sind weiter gesunken. Auch die Importe Westeuropas nahmen schwach zu. Das Defizit der zusammengefaßten Leistungsbilanz hat sich infolge günstigerer Terms of Trade etwas verringert.

Bei der anhaltenden Konjunkturschwäche hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in fast allen Ländern verschlechtert. Die Beschäftigung ging leicht zurück, auch weil sich die Unternehmen verstärkt um Rationalisierung bemühten. Zugleich nahm die Zahl der Erwerbspersonen weiter zu. Die Arbeitslosenquote stieg besonders kräftig in den Rezessionsländern Schweden und Finnland. In Westeuropa hatte zuletzt fast jede zehnte Erwerbsperson keinen Arbeitsplatz.

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich erst in den letzten Monaten merklich verlangsamt. Die Teuerungsrate war indes mit 4 vH im Vorjahresvergleich nur um etwa einen Prozentpunkt niedriger als im Jahr zuvor, obgleich im Gegensatz zu 1991 nur vereinzelt Steuern und Abgaben erhöht worden sind. Am geringsten ist der Preisanstieg mit 2 bis 3 vH in den skandinavischen Ländern, die früher eine überdurchschnittlich hohe Rate aufwiesen, sowie in Belgien und Frankreich. In den traditionell relativ preisstabilen Ländern Deutschland, Schweiz und Österreich entsprach er annähernd dem westeuropäischen Durchschnitt. Zur Verlangsamung des Preisanstiegs trug namentlich die seit mehreren Jahren stabilitätsorientierte Geldpolitik bei. Der

Wettbewerb hat sich bei gesunkener Kapazitätsauslastung verschärft. Darüber hinaus verbilligten sich importierte Vorleistungen insbesondere infolge der Aufwertung der westeuropäischen Währungen gegenüber dem Dollar.

Von den hohen Zinsen gingen weiterhin dämpfende Wirkungen auf die Konjunktur aus. Die monetäre Expansion hat sich nach der Erhöhung der Leitzinsen Ende 1991 nochmals verlangsamt. Im Zusammenhang mit den Referenden über den Maastricht-Vertrag in Dänemark und Frankreich kam es zu Unsicherheiten hinsichtlich der Stabilität der Leitkurse im EWS, zumal fundamentale Faktoren seit längerem auf eine Über- bzw. Unterbewertung einzelner Mitgliedswährungen hindeuteten. Zusätzliche Spannungen im EWS gingen von dem deutlichen Abgleiten des Dollar-Kurses und der besonderen Stärke der D-Mark aus. Verschärfend wirkte die Anhebung des deutschen Diskontsatzes im Juli. Angesichts der konjunkturellen Flaute verstärkten sich die Zweifel, ob die in einigen Ländern verfolgte Wechselkursorientierung der Geldpolitik durchzuhalten sei. Mitte September gerieten mehrere Währungen des EWS sowie die Finnmark und die Schweden-Krone unter erheblichen Abwertungsdruck. Als sich die Währungsturbulenzen trotz massiver Interventionen der Notenbanken auf den Devisenmärkten, eines Realignments sowie einer leichten Senkung der Leitzinsen in Deutschland fortsetzten, schieden Lira und Pfund Sterling aus dem europäischen Wechselkursmechanismus aus. Beide Währungen verloren deutlich an Wert; gleiches gilt auch für die seitdem floatende Finnmark. Demgegenüber wurden die Wechselkurse von Schwedenkrone und Escudo mittels drastischer Zinserhöhungen verteidigt. Für die Prognose wird angenommen, daß die gegenwärtigen Kursrelationen zwischen den westeuropäischen Währungen im nächsten Jahr annähernd unverändert bleiben.

Mit der leichten Senkung der Leitzinsen in Deutschland im September ist der Zinsgipfel in Westeuropa überschritten. Die Leitzinsen dürften etwa von der Jahreswende an sukzessive weiter gesenkt werden. Die — bislang inverse — Zinsstruktur wird sich normalisieren, weil die kurzfristigen Zinsen schneller als die längerfristigen sinken dürften. Da sich zugleich das Zinsgefälle gegenüber den USA allmählich vermindert, werden sich die westeuropäischen Währungen gegenüber dem Dollar vermutlich wieder abwerten.

Die Defizite der öffentlichen Haushalte nahmen deutlich zu. In einigen Ländern wurden die durch die Konjunkturschwäche bedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben entgegen den ursprünglichen Absichten nicht durch Einsparungen ausgeglichen. In anderen Ländern wurde das Defizit auch diskretionär ausgeweitet. Vor allem in Großbritannien wurden die Staatsausgaben zur Stützung der Nachfrage kräftig erhöht. Insgesamt stützt die Finanzpolitik in diesem Jahr die Konjunktur. Angesichts der steigenden Defizite und der in einigen Ländern sehr hohen öffentlichen Verschuldung — namentlich in Belgien und Italien — kommt es 1993 voraussichtlich zu verstärkten

Konsolidierungsanstrengungen; so sind vielfach Anhebungen von Steuern und Abgaben sowie eine nur noch geringe Ausweitung der realen Staatsausgaben geplant. Alles in allem wird die Finanzpolitik in Westeuropa 1993 eher dämpfend wirken.

Anstöße gehen vom Export in Drittländer aus. Denn die Konjunktur in Nordamerika erholt sich, und das Wachstum in den Entwicklungs- und Schwellenländern bleibt kräftig. Bei den gewerblichen Investitionen dürfte die rezessive Phase im späteren Verlauf von 1993 überwunden werden. Aufgrund der Maßnahmen zur Kostensenkung und Produktivitätssteigerung bessert sich die Ertragslage der Unternehmen allmählich; diese ist ohnehin erheblich günstiger als in vergleichbaren früheren Konjunkturphasen. Zudem sinken die Zinsen, und die Absatzerwartungen steigen. Die Investitionen im öffentlichen Bau werden vermutlich stagnieren, da die mehr konsolidierungsorientierte Finanzpolitik zu Abstrichen bei den staatlichen Investitionen führt. Der Zinsrückgang wird den Wohnungsbau wohl erst allmählich stimulieren. Der private Verbrauch erholt sich langsam. Zwar nehmen die real verfügbaren Einkommen weiterhin nur verhalten zu. Aber die Sparquote dürfte im Verlauf des Jahres etwas zurückgehen. Hierzu tragen sinkende Zinsen und die allmählich wieder besseren konjunkturellen Aussichten bei.

Nachfrage und Produktion werden in Westeuropa wohl vorerst noch stagnieren, aber im Laufe des nächsten Jahres allmählich wieder zunehmen. Vor allem in Großbritannien und in Italien führt die abwertungsbedingt verbesserte Wettbewerbsposition zu einer verstärkten Zunahme der Ausfuhr und zu einer schwächeren Ausweitung des Imports. Das reale Bruttosozialprodukt wird in Westeuropa 1993 um 1 bis 1,5 vH höher sein als in diesem Jahr, in dem der Zuwachs 1 vH beträgt. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich dabei weiter verschlechtern, wenn auch die Arbeitslosigkeit langsamer als bisher zunehmen wird.

Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe wird sich kaum noch verlangsamen, auch weil im nächsten Jahr vermehrt indirekte Steuern und Abgaben erhöht werden. Von außen werden keine stabilisierenden Einflüsse mehr kommen. Denn die europäischen Währungen dürften gegenüber dem Dollar wieder niedriger bewertet werden, und die Einfuhr von Rohstoffen wird sich etwas verteuern. Die Differenzierung in der Preisentwicklung wird zunehmen. Namentlich in Großbritannien und Italien wird die Teuerungsrate im Durchschnitt des nächsten Jahres infolge der Abwertung etwas höher als in diesem Jahr sein, in einer Reihe von Ländern hingegen etwas niedriger.

#### **Fortdauernde Umstellungskrise in Mittel- und Osteuropa**

Die Wirtschaftskrise in den ehemaligen Zentralverwaltungswirtschaften in Mittel- und Osteuropa und in den GUS-Ländern setzt sich in diesem Jahr fort. Obwohl ihre

Ausgangslage und Reformstrategie in vieler Hinsicht verschieden sind, gibt es überall einen starken Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Zu binnenwirtschaftlichen Friktionen kam hinzu, daß mit der Auflösung des RGW und seines Zahlungssystems der Handel der kleineren mittel- und osteuropäischen Staaten mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und mit Ostdeutschland nahezu völlig zusammengebrochen ist. Die Nachfrage nach ihren Fertigprodukten ging zum größten Teil verloren. Für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion bedeutete der Zerfall des Intra-GUS-Handels einen zusätzlichen Schock; jahrzehntelange wirtschaftliche Kooperation löste sich kurzfristig auf.

Das Ausmaß des Produktionsrückgangs ist schwer einzuschätzen, zumal die Entwicklung im privaten Sektor noch nicht korrekt erfaßt wird. Den verfügbaren Angaben zufolge dürfte das Sozialprodukt, das in den mittel- und osteuropäischen Ländern ohne GUS bereits 1990/91 um ein Fünftel gesunken war, auch 1992 nochmals deutlich zurückgegangen sein. Besonders schwerwiegende Auswirkungen der Umstellungskrise gibt es im industriellen Bereich. Die Industrieproduktion schrumpfte in dem gleichen Zeitraum um etwa ein Drittel. Die Anlageinvestitionen sind in allen Ländern stark gesunken, und der Zustrom ausländischen Kapitals ist bisher relativ bescheiden geblieben. In den meisten Ländern verminderte sich auch die landwirtschaftliche Produktion. Neben dem unzureichenden Strukturwandel trug dazu in diesem Jahr auch die Dürre bei. Eine allmähliche Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Produktion zeichnet sich immerhin in Ungarn, in Polen, in der CSFR und in Slowenien ab.

Der Produktionseinbruch war überall von starker Inflation begleitet. Derzeit gibt es die höchsten Inflationsraten in den GUS-Staaten; hier geht die Geldentwertung vor allem auf die — über die Notenpresse finanzierten — sehr hohen Budgetdefizite und mangelnden Wettbewerb zurück. Der Lohnkostendruck stieg, da die Nominallöhne im Gefolge der Inflation zumeist kräftig angehoben wurden und die Abnahme der Beschäftigung hinter der Produktion zurückblieb. Ansätze zu einer Stabilisierung der Kosten- und Preisentwicklung finden sich mittlerweile in Polen, in der CSFR, in Ungarn und in Slowenien.

Nachdem die Arbeitslosigkeit zunächst nur wenig zugenommen hatte, steigt sie nunmehr kräftig; dazu tragen auch die Verschärfung und die vermehrte Anwendung des Konkursrechts bei. In der GUS ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen bisher gering; hier weist die Statistik den tatsächlichen Umfang der Arbeitslosigkeit nicht aus.

Die weitere Entwicklung in Mittel- und Osteuropa und in der GUS ist schwer zu prognostizieren. Der Systemwandel und der Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen vollziehen sich langsamer als ursprünglich erwartet. Vielfach fehlen noch so wichtige Voraussetzungen für eine durchgreifende Erholung der Wirtschaft wie die Stabilisierung des Preisniveaus, die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und die Verwirklichung eines geeigneten recht-

lichen Rahmens. Die größten Fortschritte bei der Implementierung marktwirtschaftlicher Reformen, der Stabilisierung des Preisniveaus, der Liberalisierung der Wirtschaft und ihrer Öffnung nach Westen haben Ungarn, Polen und die CSFR gemacht. Zwar sind auch in Bulgarien und Rumänien eine Reihe von Reformgesetzen erlassen worden, jedoch hat der strukturelle Wandel hier erst begonnen. In der Russischen Föderation hat die Regierung große Schwierigkeiten, glaubwürdige Reformkonzepte zu erarbeiten und durchzusetzen. Unklare institutionelle Verhältnisse und mangelnde politische Handlungsfähigkeit stellen ein Risiko für die Verwirklichung jedes Wirtschaftsprogramms dar. In Weißrußland und in der Ukraine sind Verzögerungen im Transformationsprozeß ebenfalls nicht zu übersehen. Hinzu kommen die Gefahren, die in den politischen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa liegen.

Die Assoziierungsverträge zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits, Ungarn, Polen und der CSFR andererseits sollen den Reformländern Impulse geben. Wie weit dies gelingt, ist fraglich, zumal für den Handel mit den für die Reformländer gewichtigen, für die EG aber sensiblen Waren — wie Agrarprodukte, Stahl und Textilien — für eine lange Übergangszeit Beschränkungen bestehen bleiben. Liberalere Regelungen in den Verträgen mit den osteuropäischen Ländern sind dringend erforderlich und dürften zur Stabilisierung dieser Länder spürbarer beitragen als hohe Kredite „à fonds perdu“.

Die eigentliche Anpassung an die neuen Bedingungen und Erfordernisse, vor allem die Durchsetzung der dringendsten institutionellen Reformen mit einem effizienten Steuer- und Sozialsystem, die Überwindung monopolistischer und interventionistischer Marktstrukturen sowie der Dominanz von Staatsbetrieben, die Einführung harter Budgetrestriktionen und modernerer Managementstrukturen in allen Unternehmen und die Verwirklichung eines konsequenten Konkursrechtes, steht noch aus.

Die unmittelbaren Auswirkungen der Wirtschaftskrise in Mittel- und Osteuropa für die westlichen Industrieländer sind wegen der gegenwärtig schwachen außenwirtschaftlichen Verflechtung relativ gering. Gravierender können die Auswirkungen infolge politischer Instabilitäten, Wanderungsbewegungen und Zahlungsunfähigkeit werden.

### **Rohstoffpreise steigen nur wenig**

Auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe herrscht nach wie vor Flaute. Dazu trägt vor allem die Konjunkturschwäche in den Industrieländern bei. Der Rohstoffverbrauch ist dort seit dem Frühjahr wohl weiterhin leicht gesunken. Auf verschiedenen Märkten wird überdies eine drastische Abnahme der Nachfrage aus den ehemaligen Zentralverwaltungswirtschaften spürbar. Der kräftige Anstieg des Rohstoffbedarfs in einer ganzen Reihe von Entwicklungsländern wiegt die dämpfenden Einflüsse nur teilweise auf. Da eine Besserung des Konjunkturklimas in der Welt auf sich warten läßt, gehen auch von den Vorrats-

dispositionen der Verarbeiter bis in die jüngste Zeit keine Anregungen aus.

Insgesamt hat sich das Preisniveau für Industrierohstoffe — gemessen auf Basis eines Währungskorbes, wie er den Sonderziehungsrechten des Weltwährungsfonds zugrunde liegt — im Laufe des Sommerhalbjahrs nicht nennenswert verändert. In dem kräftigen Anstieg auf Dollarbasis schlug sich in erster Linie die niedrigere Bewertung der amerikanischen Währung nieder. Im Laufe des nächsten Jahres wird die Nachfrage nach Industrierohstoffen wahrscheinlich mit der deutlicher werdenden Konjunkturbelebungen in den USA und den sich allmählich beseren Erwartungen in Japan und Westeuropa zu steigen beginnen, auch weil sich dann die Verarbeiter eher als bisher wieder vorsorglich eindecken werden. Die Tendenzwende wird aber vermutlich auf den meisten Märkten nicht so ausgeprägt sein, daß mit Preissteigerungen größeren Ausmaßes zu rechnen ist.

In den letzten Monaten hat das Angebot an Erdöl stetig zugenommen. Die durchschnittlichen Einfuhrpreise der OECD-Länder verharteten daher trotz saisonal steigender Nachfrage auf dem im Frühsommer erreichten Stand von knapp 20 Dollar je Barrel. Obwohl damit das vereinbarte Preisziel der OPEC-Länder weiterhin nicht realisiert wurde, lockerten diese die — ohnehin nicht voll eingehaltenen — Beschränkungen der Fördermengen fortschreitend. Da das Embargo der UN gegenüber dem Irak bisher aufrechterhalten wird, liegt die Produktion der übrigen Anbieter nahe an der Kapazitätsgrenze, so daß die Anfälligkeit des Marktes gegen Produktionsstörungen groß ist. Andererseits wird sich der Weltverbrauch, abgesehen von saisonalen Schwankungen, wegen der anhaltenden Konjunkturschwäche in den Industrieländern bis weit in das nächste Jahr hinein wohl nur geringfügig erhöhen. Vor diesem Hintergrund ist der Grundtendenz nach nicht mit einer nennenswerten Veränderung der Weltmarktpreise für Erdöl zu rechnen.

Auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genußmittel haben die Preise seit dem Frühjahr überwiegend nachgegeben. Vor allem Getreide und Ölsaaten verbilligten sich erheblich. In jüngster Zeit gab es jedoch Anzeichen für eine Stabilisierung; insbesondere bei Weizen wird es aufgrund des zu erwartenden relativ knappen Angebotes wohl zu einer gewissen Verteuerung kommen. Auch für Kaffee und Kakao ist nunmehr, bei weiterhin deutlich hinter dem Verbrauch zurückbleibender Erzeugung, eher mit steigenden Notierungen zu rechnen. Unsicherheit über die Entwicklung auf den Märkten für Nahrungs- und Genußmittel geht nicht zuletzt von der — schwer einzuschätzenden — Nachfrage aus Osteuropa aus; insgesamt dürfte sich das Preisniveau bis zum nächsten Frühjahr etwas erhöhen.

### **Verhaltener Anstieg des Welthandels**

Infolge der Flaute der Weltkonjunktur expandierte der Welthandel im Sommerhalbjahr nur verhalten. Dämpfend

**Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in den westlichen Industrieländern**  
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr<sup>1)</sup>

	Gewicht in vH	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise <sup>2)</sup>		
		1991	1992	1993	1991	1992	1993
Deutschland	10,1	0,3	1,5	1,0	4,8	5,0	4,5
Westdeutschland		3,7	1,5	0,5	3,8	4,0	3,5
Ostdeutschland		-31,4	3,5	7,5	12,8	11,0	8,5
Frankreich	7,2	1,2	2,0	1,75	3,2	3,0	2,5
Italien	6,9	1,4	1,25	1,25	6,4	5,5	6,0
Großbritannien	6,1	-2,2	-0,75	1,75	5,9	4,0	5,0
Spanien	3,2	2,4	1,5	1,0	5,9	6,0	5,5
Niederlande	1,7	2,1	1,5	1,5	3,9	3,5	3,0
Schweiz	1,4	-0,1	0,5	1,5	5,9	4,0	3,5
Schweden	1,4	-1,4	-1,5	-0,5	9,3	2,0	3,0
Belgien	1,2	1,5	1,5	1,5	3,2	2,5	2,5
Österreich	1,0	3,1	2,0	2,0	3,3	4,0	3,5
Dänemark	0,8	1,2	1,0	1,5	2,4	2,0	2,0
Finnland	0,7	-6,5	-1,5	2,0	4,1	3,0	3,0
Norwegen	0,6	1,9	2,0	2,0	3,4	2,5	2,5
Westeuropa <sup>3)</sup>	42,3	0,5	1,0	1,3	5,0	4,3	4,2
U S A	34,0	-1,2	1,75	2,5	4,2	3,0	3,0
Japan	20,2	4,4	2,0	3,0	3,3	2,0	2,0
Kanada	3,5	-1,7	1,5	2,5	5,6	1,5	2,0
Insgesamt <sup>3)</sup>	100,0	0,6	1,5	2,1	4,4	3,3	3,3
Nachrichtlich: Insgesamt <sup>4)</sup>		0,8	1,2	1,6	4,6	3,6	3,6

<sup>1)</sup> Veränderungsraten für 1992 und 1993 geschätzt. — <sup>2)</sup> Für Deutschland Preisindex für den privaten Verbrauch. — <sup>3)</sup> Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt von 1991. — <sup>4)</sup> Gewichtet gemäß Anteilen an der deutschen Ausfuhr 1991.

**Reales Bruttoinlandsprodukt und Inlandsnachfrage in ausgewählten Industrieländern**  
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr<sup>1)</sup>

	Gewicht in vH	Bruttoinlandsprodukt			Gewicht in vH	Inlandsnachfrage		
		1991	1992	1993		1991	1992	1993
Deutschland	11,5	0,3	1,5	1,0	11,5	3,6	2,0	1,5
Westdeutschland		3,7	1,5	0,5		3,1	1,0	1,0
Ostdeutschland		-31,4	3,5	7,5		9,6	7,5	5,0
Frankreich	8,2	1,2	2,0	1,75	8,1	1,0	1,0	1,75
Italien	7,8	1,4	1,25	1,25	7,8	2,3	1,5	0,5
Großbritannien	6,9	-2,2	-0,75	1,75	6,9	-3,2	0,0	1,0
Westeuropa <sup>2)</sup>	34,4	0,3	1,1	1,4	34,3	1,3	1,2	1,2
U S A	38,7	-1,2	1,75	2,5	38,2	-1,8	2,0	2,75
Japan	22,9	4,4	2,0	3,0	23,5	3,0	1,25	3,0
Kanada	4,0	-1,7	1,5	2,5	4,0	-1,1	0,5	2,5
Industrieländer <sup>2)</sup>	100,0	0,6	1,6	2,2	100,0	0,4	1,5	2,3

<sup>1)</sup> Veränderungsraten für 1992 und 1993 geschätzt. — <sup>2)</sup> Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt bzw. Inlandsnachfrage von 1991.

Produktion, Preise und Arbeitslosigkeit in Osteuropa

	Bruttoinlandsprodukt <sup>1)</sup> Veränderungen gegenüber dem Vorjahr <sup>2)</sup>			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote in vH <sup>3)</sup>		
	1990	1991	1992	1990	1991	1992	1990	1991	1992
Bulgarien	-12	-23	-10	26	480	80	1,5	11,0	20,0
CSFR	0	-16	-8	10	58	12	1,0	6,5	8,0
Polen	-12	-7	-2	586	70	45	6,5	12,0	15,0
Rumänien	-7	-13	-10	5	325	200	.	3,0	10,0
Ungarn	-4	-10	-5	29	35	25	1,5	8,0	15,0
GUS	-4	-11	-19	5	90	1 200	.	.	.
darunter:									
Rußland	-4	-11	-20	6	90	1 300	.	.	.
Ukraine	-3	-11	-18	4	85	1 100	.	.	.
Weißrußland	-3	-3	-17	5	80	1 200	.	.	.

1) Teilweise: Produziertes Nationaleinkommen. — 2) Auf volle Prozente gerundet. — 3) Auf halbe Prozente gerundet; Stand zum Jahresende.

Quellen: Nationale Veröffentlichungen; ECE; OECD; IMF; Schätzungen der Institute.

wirkte wohl die nur schwache Ausweitung der Einfuhr in den westeuropäischen Ländern und der Rückgang in Japan. Dagegen nahmen die Bezüge der USA rasch zu, obwohl sich die Gesamtnachfrage dort erst wenig belebte. Überdurchschnittlich stark expandierten die Importe der Entwicklungsländer. Vor allem gilt dies für den südostasiatischen Raum, der ein hohes Wirtschaftswachstum aufweist. In vielen lateinamerikanischen Staaten trugen Fortschritte bei der Schuldenkonsolidierung und bei den wirtschaftlichen Reformen zu einer lebhafteren Expansion der Nachfrage bei.

Die Importe der Entwicklungsländer werden auch weiterhin beachtlich zunehmen; dabei intensiviert sich nicht zuletzt ihr Handel untereinander. Das entscheidende Ge-

wicht für den Welthandel haben allerdings die Industrieländer. Ihre Einfuhren werden mit der konjunkturellen Belebung im kommenden Jahr wieder rascher expandieren. Die Anstöße werden zunächst von den USA, zunehmend aber auch von Japan und den westeuropäischen Volkswirtschaften ausgehen. In den osteuropäischen Staaten wird sich der Rückgang der Einfuhr insgesamt verlangsamen; dabei wird mit einem leichten Anstieg der Importe der kleineren Reformstaaten gerechnet. Alles in allem dürfte sich die Expansion des Welthandels im Laufe des nächsten Jahres verstärken. Die Anstiegsrate wird im Jahresergebnis 1993 — gerechnet ohne den Austausch der osteuropäischen Länder untereinander — real etwa 5 vH betragen und damit etwas größer sein als in diesem Jahr.

## Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist labil. Im Westen hat sich die Konjunktur von Mitte des vergangenen Jahres an abgeschwächt; seit einem halben Jahr geht die gesamtwirtschaftliche Produktion sogar zurück. Die Auslastung der Produktionsanlagen ist erheblich gesunken, die Zahl der Beschäftigten nahm ab, und die der Arbeitslosen ist spürbar gestiegen. Im Osten hat zwar die Umstellung der Wirtschaft weitere Fortschritte gemacht; seit dem Sommer des zurückliegenden Jahres weist die Produktion in der Tendenz nach oben. Aber das Tempo der Erholung ist noch gering, dem Neuaufbau fehlt es an Breite und Tiefe, und es gibt immer wieder Rückschläge. In vielen Zweigen, vor allem in der Industrie, müssen noch mehr Produktionsanlagen aufgegeben werden als neue hinzukommen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist nach wie vor düster.

Die konjunkturelle Schwäche im Westen hat weite Bereiche der Wirtschaft erfaßt. Die Gründe für die Stockung liegen im Inland wie im Ausland. Die flauere Konjunktur in den westlichen Industrieländern hat sich länger als erwartet fortgesetzt. Damit sind Hoffnungen enttäuscht worden, der Export könne die Konjunktur über die Abschwächung der Inlandsnachfrage hinweg tragen. Vielmehr ist die Konjunktur seit dem vergangenen Frühjahr abwärtsgerichtet. Nun werden auch die Ausrüstungsinvestitionen gekürzt, die zunächst noch auf hohem Niveau verharret hatten.

Die vorliegenden Indikatoren deuten nicht auf eine baldige Wende der Konjunktur hin. Sie kann aber im Verlauf des nächsten Jahres erreicht werden, wenn sich die Konjunktur in den westlichen Industrieländern allmählich aus der Flaute löst und im Inland mehrere Voraussetzungen erfüllt werden: Der Lohnkostendruck muß erheblich geringer werden als in diesem Jahr; die Finanzpolitik muß glaubwürdige Maßnahmen zur Dämpfung des Ausgabenanstiegs ergreifen, und die Geldpolitik wird — angesichts solcher Signale — weiter gelockert. Auch bei Erfüllung dieser Voraussetzungen ist zunächst jedoch eine nur verhaltene Erholung der westdeutschen Konjunktur wahrscheinlich.

Das Ende der überaus langen Aufwärtsentwicklung in den achtziger Jahren irritiert die Öffentlichkeit und erschwert offensichtlich die Bewertung der jetzigen konjunkturellen Lage in Westdeutschland. Obwohl sie durchaus als labil zu kennzeichnen ist und die Erholung zunächst nur schwach ausgeprägt sein dürfte, gibt es keinen Anlaß, die robuste Konstitution der westdeutschen Wirtschaft grundsätzlich in Frage zu stellen. Bei auch längerfristig angemessenem Verhalten aller Beteiligten kann der gegenwärtigen Schwäche ein durchaus kräftiger Aufschwung folgen, der mit merklichen Realeinkommenssteigerungen einhergeht.

In Ostdeutschland hat sich trotz des starken Zustroms privaten und öffentlichen Kapitals die Kluft zwischen der Produktivkraft der Wirtschaft und dem, was den Menschen

an Einkommen zur Verfügung gestellt wird, vergrößert. Die Löhne steigen weiterhin schneller als die Produktivität; es verstärkt sich also der Druck, die Beschäftigung zu verringern und möglichst kapitalintensive Fertigungen aufzubauen. Ein großer Teil der Arbeitsplätze in Ostdeutschland hängt von einer Nachfrage ab, die durch Transfers aus Westdeutschland finanziert wird. Die Unternehmensinvestitionen sind überwiegend durch das Engagement westdeutscher Investoren bestimmt. Das macht die ostdeutsche Wirtschaft anfällig für die Stockung der Konjunktur in Westdeutschland und in den Industrieländern insgesamt. Die schwache Gesamtnachfrage verringert die Neigung, in Ostdeutschland weitere Produktionsanlagen zu errichten. Zusätzlich belastet die Konjunkturschwäche die öffentlichen Haushalte, aus denen die Transfers geleistet werden.

### Westdeutschland

#### Ausgeprägte Konjunkturschwäche

Der im Sommer 1991 begonnene Abschwung der Konjunktur in Westdeutschland hat sich beschleunigt. Seit dem Frühjahr dieses Jahres sind die kontraktiven Kräfte deutlich stärker geworden, und die Stimmung in der Wirtschaft hat sich bis zuletzt erheblich verschlechtert. Die Auftragseingänge sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland nehmen ab, und die Produktion im produzierenden Gewerbe ist seit einigen Monaten rückläufig. In den — weniger konjunktur reagiblen — Dienstleistungsbereichen hat die Wertschöpfung zwar noch zugenommen, aber die Grundtendenz der gesamtwirtschaftlichen Produktion ist abwärtsgerichtet.

Die Konjunktur ist damit ungünstiger, als von den Instituten im Frühjahrsgutachten erwartet worden war. Damals war ein moderater Anstieg prognostiziert worden; dieses Urteil wurde vor allem auf die Erwartung einer steigenden Nachfrage aus dem Ausland gestützt. Darüber hinaus wurde mit einer Ausweitung des privaten Verbrauchs gerechnet. Beide Erwartungen haben sich nicht bestätigt. Die Gründe für die Verzögerung der erhofften Belebung der Weltkonjunktur sind im Weltteil dieses Gutachtens dargelegt. Zusätzlich wurde die Auslandsnachfrage nach deutschen Gütern durch die kräftige reale Aufwertung der D-Mark, vor allem gegenüber dem Dollar, belastet. Die Konsumneigung nahm wegen der erhöhten Unsicherheit über die weitere Entwicklung ab.

Nicht zuletzt aber ist die Investitionstätigkeit, anders als angenommen, zurückgegangen. Dabei dürften der Verlauf der Lohnrunde und die hohen Abschlüsse sowie das Ausbleiben einer Besserung der Auslandskonjunktur eine Rolle gespielt haben. Aus den gleichen Gründen ist die Beschäftigung überschätzt worden; sie stagniert schon seit dem Frühjahr. Schließlich trugen die überraschende nochmalige Diskonterhöhung im Juli, die verwirrende Diskus-

sion über mögliche neue Abgabenerhöhungen im August und die Turbulenzen an den Devisenmärkten im September dazu bei, Investoren und Konsumenten zu verunsichern. Die Tendenzwende bei den Zinsen fällt demgegenüber zunächst wohl nicht ins Gewicht.

Die starke Abkühlung der Konjunktur hat die Möglichkeit zur Überwälzung der Lohnerhöhungen in vielen Wirtschaftsbereichen erheblich eingeengt; am ehesten ist die Überwälzung bezeichnenderweise bei den Dienstleistungen gelungen. Zugleich hat sich im Zuge vielfach sinkender Kapazitätsauslastung der Produktivitätsanstieg weiter verringert und damit der Lohnstückkostenauftrieb verstärkt. Kostenentlastend und zugleich wettbewerbsverschärfend wirkte die Verbilligung der Einfuhr durch die Höherbewertung der D-Mark, namentlich gegenüber dem Dollar; teilweise kamen sinkende Weltmarktpreise für Rohstoffe hinzu. Insgesamt hat das Tempo des Verbraucherpreisanstiegs jedoch bisher erst wenig abgenommen.

### Neue Belebung erst nach Durststrecke

In den nächsten Monaten werden zweifellos noch die kontraktiven Kräfte die Entwicklung der Konjunktur bestimmen. Dazu gehören sinkende Ausrüstungsinvestitionen, aber sicherlich auch negative lagerzyklische Einflüsse. Die Urteile der Unternehmen über die Lagerbestände in den letzten Monaten deuten auf einen unfreiwilligen Lageraufbau hin, der nun wahrscheinlich zu dämpfend wirkenden Dispositionen führt. Beim Export muß wohl ebenfalls für einige Zeit noch mit sinkender Tendenz gerechnet werden. Es gibt jedoch auch Gegengewichte, vor allem die noch zunehmende Bautätigkeit und die erhöhten Lieferungen nach Ostdeutschland. Vieles spricht allerdings dafür, daß der Saldo aus diesen unterschiedlichen Tendenzen in den letzten Monaten dieses und in den ersten Monaten des nächsten Jahres negativ sein wird.

Ausmaß und Dauer der Abwärtsbewegung sind schwer vorhersehbar. Angesichts der gegenwärtig zu beobachtenden Verunsicherung von Verbrauchern und Investoren ist nicht auszuschließen, daß die konjunkturelle Abschwächung sich selbst verstärkt und länger andauert als hier unterstellt. Wir halten dies nicht für die wahrscheinlichste Entwicklung, doch die Dynamik einer einmal in Gang gekommenen Abwärtsbewegung ist schwer einzuschätzen. Es bedarf auf jeden Fall kräftiger positiver Signale, um das Vertrauen der Wirtschaftssubjekte in die weitere wirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren. Hier wird angenommen, daß solche Impulse zustandekommen und daher der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion auf das kommende Winterhalbjahr beschränkt bleiben wird.

Chancen für eine konjunkturelle Tendenzwende im nächsten Jahr ergeben sich — bei nach wie vor relativ robuster Grundverfassung der Wirtschaft — aus der erwarteten Entwicklung der Weltkonjunktur und der Zinsen, aber auch aus lagerzyklischen Einflüssen, die bald wieder expansiv

sein dürften. Von der Weltkonjunktur werden 1993 trotz der Aufwertung der D-Mark Impulse auf die deutsche Wirtschaft ausgehen. Die Tendenz deutlich sinkender Zinsen wird allgemein zu günstigeren Erwartungen führen und die Bedingungen für Investitionen verbessern. Die expansiven Kräfte werden sich aber erst allmählich entfalten.

### Annahmen der Prognose

Der Prognose liegt eine Reihe von Annahmen zugrunde, die zumeist Ergebnis prognostischer Überlegungen, in einigen Fällen jedoch lediglich Setzungen sind. Im einzelnen wird angenommen:

- Die Weltkonjunktur wird im Laufe des nächsten Jahres, wie im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens dargestellt, in mäßigem Tempo expandieren.
- Der Ölpreis verändert sich im Jahresverlauf wenig, die Weltmarktpreise anderer Rohstoffe erhöhen sich geringfügig.
- Die Nachfrage aus Ostdeutschland nimmt weiter deutlich, wenn auch abgeschwächt, zu.
- Die Lohnabschlüsse fallen im Jahr 1993 wegen der verschlechterten Arbeitsmarktlage merklich niedriger aus als in diesem Jahr.
- In der Finanzpolitik werden die bisherigen Beschlüsse umgesetzt, neue durchgreifende Maßnahmen sind nicht unterstellt.
- Die Bundesbank wird ein höheres Geldmengenziel als für 1992 setzen.
- Die Zinsen sinken im Laufe des nächsten Jahres am Kapitalmarkt deutlich und am Geldmarkt stark.

### Leichte Expansion der Ausfuhr

Die konjunkturellen Rahmenbedingungen des deutschen Exports werden im Laufe des kommenden Jahres tendenziell günstiger. Vieles spricht für eine Expansion in den Industrieländern, das Tempo wird allerdings nur moderat sein. In den USA ist eine Besserung wahrscheinlich, und in Westeuropa, dem für den westdeutschen Export besonders wichtigen Markt, dürften nach und nach Auftriebskräfte die Oberhand gewinnen. Schließlich werden mit der konjunkturellen Belebung in den Industrieländern sowie den damit einhergehenden Nachfrage- und Preissteigerungen auf den Weltmärkten die Exporterlöse und damit auch die Importfähigkeit der Entwicklungsländer verbessert.

Den günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen steht allerdings eine spürbare Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft gegenüber. Im Laufe dieses Jahres kam es zu einer Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar und dem Yen sowie gegenüber wichtigen europäischen Währungen (Pfund Sterling, italienische Lira, spanische Peseta, skandinavische Währungen). Dies bringt freilich auch merk-

liche Kostenentlastungen bei importierten Vorprodukten und sonstigen Gütern mit sich.

Die Aufwertung der D-Mark dürfte jedoch vorerst nur teilweise auf die realen Warenströme durchschlagen; ein nicht unbeträchtlicher Teil wird sicherlich erst einmal über eine Schmälerung der Erlöse aufgefangen. Überdies wird erfahrungsgemäß die Ausfuhrentwicklung auf kürzere Sicht stärker von der Konjunktur im Ausland als von Veränderungen der Wechselkurse beeinflußt. Das spricht dafür, daß bei einer Erholung der Weltkonjunktur im Laufe des nächsten Jahres auch im deutschen Export Auftriebskräfte die Oberhand gewinnen werden; das Anstiegstempo wird aber sicherlich verhalten sein. Schwer einzuschätzen sind die Aussichten für den deutschen Export in die mittel- und osteuropäischen Länder. Nachfrageimpulse sind wohl weiterhin vor allem von den im Reformprozeß bereits relativ weit fortgeschrittenen Ländern Polen, CSFR und Ungarn zu erwarten, die auch ihre Exporte in westliche Länder schon deutlich steigern konnten. Ungünstiger sind dagegen die Aussichten für den Export in die Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Der Mangel an Devisen bildet trotz Kreditzusagen der G7-Länder eine erhebliche Importbremse, und es fehlt vielfach noch an kompetenten Partnern in diesen Ländern.

Die bei der Betrachtung Westdeutschlands zum westdeutschen Export zählenden Lieferungen nach Ostdeutschland werden weiterhin deutlich zunehmen, insbesondere wegen der lebhaften Investitionsgüternachfrage in den neuen Bundesländern. Der Anteil der Investitionsgüter wird sich zu Lasten der Konsumgüter erhöhen.

### **Erst langsame Erholung der Investitionsneigung**

Nachdem gedrückte Gewinn- und Absatzerwartungen im Verlauf dieses Jahres die Investitionsneigung merklich verschlechtert hatten, dürften die Perspektiven für Investitionen allmählich wieder etwas günstiger werden. Die nach aller Erfahrung für die unternehmerische Investitionsneigung besonders wichtige Zins-Gewinn-Relation wird sich im Verlauf des nächsten Jahres von zwei Seiten her verbessern. Zum einen sinken die Kapitalmarktzinsen; eine Fortsetzung dieser Tendenz wird für das nächste Jahr erwartet. Zum anderen ist abzusehen, daß der Lohnanstieg unter dem Eindruck der verschlechterten Arbeitsmarktentwicklung deutlich nachlassen wird. Sollte es sogar zu einem Solidarpakt kommen, könnten sich die Erwartungen in dieser Hinsicht noch weiter aufhellen. Schließlich sind viele Unternehmen bemüht, durch Rationalisierung die Gewinnschwelle zu senken. Damit werden Investitionen rentabler.

Hinzu kommt, daß mit der absehbaren Belegung der Weltkonjunktur und mit der Zinssenkung die Absatzerwartungen potentieller Investoren verbessert werden. Belebt sich der Absatz, begünstigt eine zunehmende Kapazitätsauslastung wiederum die Gewinne. An einer Erholung der Investitionsneigung wird es unter diesen Umständen nicht

fehlen. Doch der Prozeß muß erst beginnen, und bisher spricht wenig dafür, daß er schon bald zu einem erheblichen Wiederanstieg der Investitionstätigkeit führen wird. Vielmehr ist anzunehmen, daß eine Tendenzwende bei den Ausrüstungsinvestitionen erst im späteren Verlauf des Jahres 1993 eintritt, so daß im Durchschnitt des Jahres nochmals mit niedrigeren Ausrüstungsinvestitionen als im Vorjahr zu rechnen ist.

### **Sektoral unterschiedliche Baukonjunktur**

Die Entwicklung in den einzelnen Bausparten wird vorerst recht unterschiedlich bleiben. Die bisher schon relativ robuste Nachfrage im Wohnungsbau wird von den Zinssenkungen zusätzliche Anregungen erhalten. Damit dürfte sich die Nachfrage im Einfamilienhausbau wieder beleben. Im Geschößwohnungsbau wird sich der Anstieg wegen des hohen Bauüberhangs und steigender Auftrags-eingänge fortsetzen. Die Neubautätigkeit wird also insgesamt zunehmen. Auch bei den Bestandsleistungen (Modernisierung und Instandsetzung) dürfte die Aufwärtsentwicklung anhalten.

Im öffentlichen Bau schließlich ist wegen der Ausgabenbegrenzung bei den Gebietskörperschaften mit einem Rückgang der realen Investitionen zu rechnen. Insbesondere die Gemeinden, die für den öffentlichen Bau wichtigsten Auftraggeber, werden sich zurückhalten. Erfahrungsgemäß kürzen sie bei Finanzproblemen zunächst die Investitionsausgaben. Insgesamt werden die öffentlichen Bauinvestitionen im kommenden Jahr real um etwa 1 bis 2 vH sinken.

Der Wirtschaftsbau wird sich dagegen aus den gleichen Gründen wie die Ausrüstungsinvestitionen erst im Verlauf des nächsten Jahres beleben. Alles in allem werden die realen Bauinvestitionen im Laufe des Jahres 1993 verhalten zunehmen. Im Jahresdurchschnitt wird die Zuwachsrate nicht zuletzt wegen eines witterungsbedingten Basiseffekts deutlich geringer sein als in diesem Jahr.

### **Privater Verbrauch wird nur wenig zunehmen**

Der private Verbrauch wird im Winterhalbjahr tendenziell stagnieren. Gegen Jahresende dürfte er allerdings spürbar expandieren, weil wegen der Anhebung der Mehrwertsteuer zum 1.1.1993 Käufe vorgezogen werden. Im weiteren Verlauf des nächsten Jahres steigt der private Verbrauch wahrscheinlich sehr verhalten, da das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte etwas langsamer als in diesem Jahr zunimmt.

Die tariflichen Stundenlöhne dürften wegen der verschlechterten Arbeitsmarktsituation deutlich weniger als in der Lohnrunde 1992 steigen. Für die Tarifabschlüsse ist hier eine Größenordnung von 4 bis 4½ vH angenommen worden. Das Arbeitsvolumen wird wegen der rückläufigen Beschäftigung und der Verkürzung der Wochenarbeitszeit, vor allem im Metallbereich, sinken. Auch die übertragenen

Einkommen werden 1993 nicht mehr so rasch erhöht werden. Anders als in den beiden Vorjahren treten keine neuen Leistungsverbesserungen in Kraft. Zudem werden die Zahlungen der Arbeitslosenversicherung aufgrund von Konsolidierungsmaßnahmen kaum noch zunehmen, obwohl die Zahl der Anspruchsberechtigten konjunkturbedingt steigt. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wahrscheinlich um 4 vH expandieren, nach 4½ vH im Jahre 1992.

Die Konsumenten dürften auf das verringerte Anstiegs-tempo bei den Einkommen mit einer Senkung ihrer Sparquote reagieren; dafür spricht auch das sinkende Zinsniveau. Einer deutlicheren Abnahme der Sparneigung stehen freilich die Beschäftigungsrisiken gegenüber. Per Saldo wird hier für 1993 mit einem Rückgang der Sparquote um einen halben Prozentpunkt gerechnet. Bei einer Preissteigerungsrate von 3½ vH ist ein Anstieg der realen Verbrauchsausgaben von 1 vH zu erwarten.

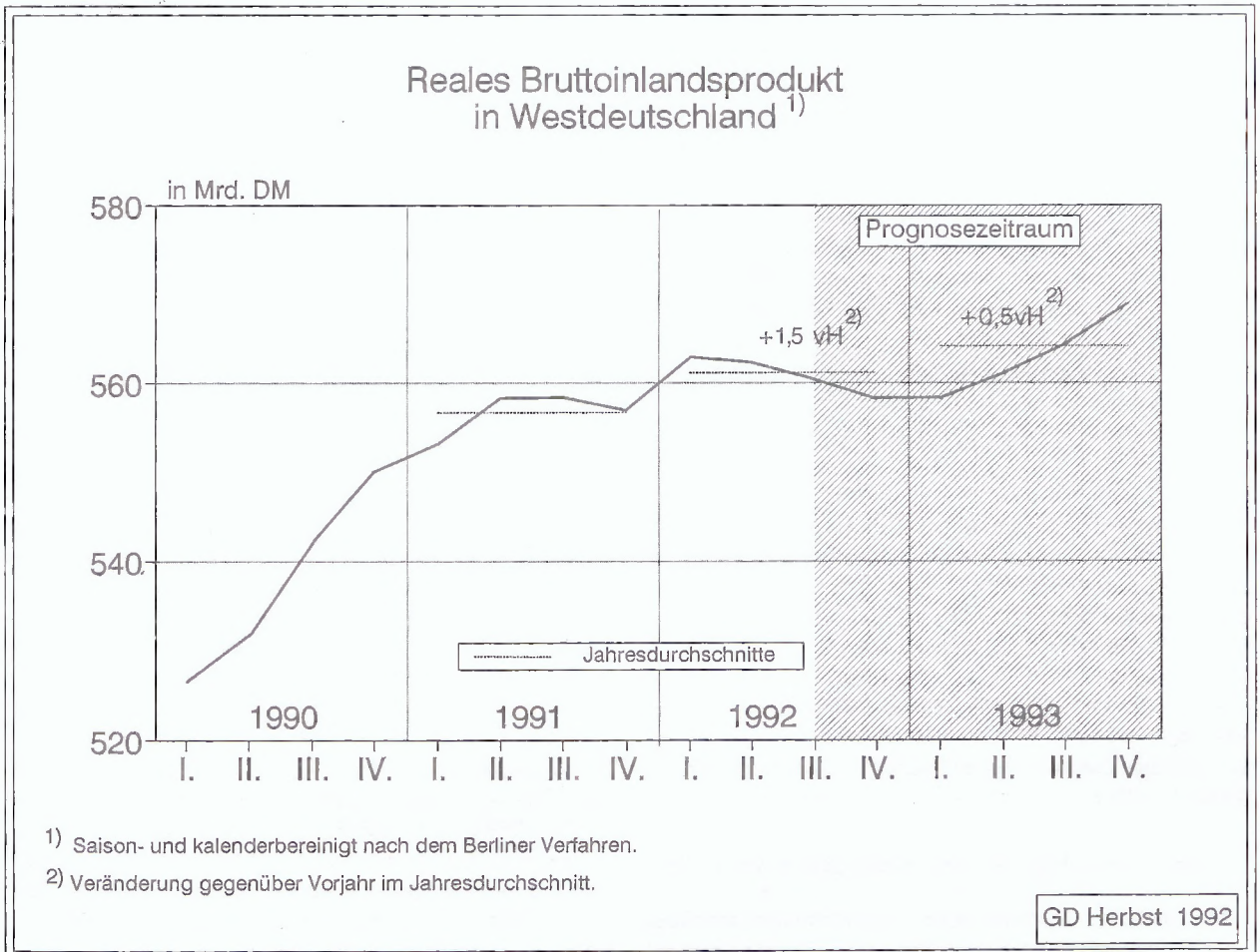
#### Allmählich nachlassender Preisanstieg

Die Bedingungen für ein Nachlassen des Preisanstiegs sind insofern günstig, als die Konjunktur vorerst kühl bleibt und zugleich der Anstieg der Lohnkosten geringer wird. Es

gibt jedoch eine Reihe von Faktoren, die dem entgegenstehen, an erster Stelle die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum Jahresbeginn. Sie wird den Preisindex für die Lebenshaltung rein rechnerisch um einen halben Prozentpunkt erhöhen. Die ebenfalls beschlossene Aufhebung der Bagatellsteuern auf Zucker, Salz, Tee und Leuchtmittel fällt demgegenüber kaum ins Gewicht. Hinzu kommen administrative Preisanhebungen; die Erhöhung der Postgebühren im April nächsten Jahres ist bereits beschlossen. Nicht zuletzt steigen die Mieten wegen der anhaltenden Wohnungsknappheit weiter kräftig. Im Vorjahresvergleich dürfte trotz der leichten Abschwächung des Preisauftriebs im Jahresverlauf die Anstiegsrate des Preisindex für die Lebenshaltung im Durchschnitt von 1993 mit 3½ vH nur wenig geringer sein als in diesem Jahr.

#### Produktion steigt im Verlauf des nächsten Jahres wieder

Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird auch im vierten Quartal des laufenden Jahres saison- und kalenderbereinigt weiter zurückgehen. Im Jahresdurchschnitt errechnet sich für 1992 wegen des hohen Überhangs am Jahresbeginn indes eine Zunahme des realen Brutto-



sozialprodukts von etwa 1 vH und des realen Bruttoinlandsprodukts von etwa 1½ vH. Der Unterschied ergibt sich vor allem durch die nach wie vor steigende Einkommenssumme ostdeutscher Pendler. Die Produktionsschwäche wird auch in den ersten Monaten des kommenden Jahres andauern; ein Wiederanstieg ist erst danach zu erwarten. Im zweiten Halbjahr 1993 könnte die laufende Rate auf Jahresbasis annähernd 3 vH betragen; damit dürfte sich der seit Ende 1990 anhaltende Rückgang des Auslastungsgrades der Produktionskapazitäten nicht mehr fortsetzen. Im Jahresdurchschnitt 1993 wird sich wegen des Unterhangs am Jahresbeginn ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts wie auch des Bruttosozialprodukts von lediglich 0,5 vH ergeben.

#### **Arbeitsmarktlage zunächst noch ungünstiger**

Die Konjunkturschwäche wird die Nachfrage nach Arbeitskräften weiter dämpfen; in den konjunktur reagiblen Bereichen des produzierenden Gewerbes wird die Beschäftigung deutlich zurückgehen. Die für das Sommerhalbjahr 1993 erwartete leichte Belebung der Konjunktur wird noch keine neuen Impulse für die Beschäftigung auslösen. Erfahrungsgemäß führt ein Anstieg der Produktion vielmehr zunächst zu einer Verringerung der Kurzarbeit und einer Steigerung der Produktivität. Der Rückgang der Erwerbstätigenzahl kommt daher in saisonbereinigter Betrachtung im zweiten Halbjahr 1993 wohl lediglich zum Stillstand. Im Jahresdurchschnitt ist mit einer Abnahme um rund 100 000 Personen zu rechnen.

Aufgrund der ungünstigen Arbeitsmarktsituation in Westdeutschland wird der Pendlerstrom aus den neuen Bundesländern nur noch geringfügig zunehmen. Die Zahl der Pendler aus Ostdeutschland dürfte 1993 im Durchschnitt etwa 450 000 betragen. Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach dem Inlands- und nach dem Inländerkonzept wird sich im kommenden Jahr kaum noch unterscheiden.

Das Erwerbspersonenpotential wird auch 1993 deutlich wachsen. Ausschlaggebend hierfür sind im wesentlichen Zuwanderungen von Aus- und Übersiedlern, aber auch von Ausländern. Der Anstieg im Jahresdurchschnitt wird mit rund 250 000 Personen nur noch halb so groß sein wie im laufenden Jahr, als das Potential allein wegen einer gesetzlichen Erleichterung der Arbeitsaufnahme von Asylbewerbern um rund 200 000 Personen zunahm. Erneut dürfte ein großer Teil der potentiellen Arbeitssuchenden in die Stille Reserve abwandern. Der seit Anfang 1992 zu beobachtende Anstieg der saisonbereinigten Zahl der Arbeitslosen wird sich im Verlauf des nächsten Jahres fortsetzen. Im Jahresdurchschnitt 1993 dürfte sie erstmals seit vier Jahren die Zwei-Millionen-Grenze leicht überschreiten (1992: 1,8 Mill.).

#### **Gesamtdeutsches Leistungsbilanzdefizit nimmt zu**

Von der Konjunkturentwicklung sind in Westdeutschland im Verlauf des kommenden Jahres wieder Anregungen für

die Einfuhr zu erwarten. Auch die Höherbewertung der D-Mark wird die Einfuhr stimulieren. Unter Einschluß Ostdeutschlands wird der gesamtdeutsche Handelsbilanzüberschuß 1993 nach der leichten Zunahme in diesem Jahr wieder abnehmen. Für die Leistungsbilanz ist im nächsten Jahr vor allem wegen der abnehmenden Überschüsse bei den Kapitalerträgen sowie der steigenden öffentlichen Übertragungen an das Ausland mit einer Erhöhung des Fehlbetrages zu rechnen. Er wird voraussichtlich eine Größenordnung von 50 Mrd. DM (1992: 40 Mrd. DM) erreichen.

### **Ostdeutschland**

#### **Gesamtwirtschaftliche Lage**

Zwei Jahre nach der deutschen Vereinigung befindet sich die ostdeutsche Wirtschaft weiterhin im Umbruch. Zwar zeigen sich in einzelnen Bereichen erste Erfolge der Modernisierung. Von einer breit angelegten Erholung kann aber nicht gesprochen werden. Wichtige Industriezweige stecken noch tief in der Krise.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion Ostdeutschlands ist — nach den nun vorliegenden ersten Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes — im Verlauf des zweiten Halbjahres 1991 spürbar gestiegen, wobei das entsprechende Vorjahresergebnis wegen des starken Rückgangs im ersten Halbjahr allerdings noch um rund ein Zehntel unterschritten wurde. In der ersten Hälfte des laufenden Jahres übertraf nach unserer Schätzung die gesamtwirtschaftliche Produktion den Vorjahreswert zwar um reichlich 6 vH; gegenüber dem vorangegangenen Halbjahr ist sie jedoch — nach Ausschaltung von saisonalen Einflüssen, die sich allerdings nur grob abgreifen lassen — wieder gesunken. Ein wichtiger Grund dafür war der abermalige Einbruch im Ostexport. Damit ist bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion Ostdeutschlands der Tiefpunkt inzwischen wohl überwunden, doch verläuft der Erholungsprozeß keineswegs zügig.

Der ostdeutsche Arbeitsmarkt ist nach wie vor in einem desolaten Zustand, und eine Besserung ist nicht in Sicht. Die Beschäftigung hat im Verlauf des ersten Halbjahres 1992 weiter abgenommen. Zwar entstehen im Zuge des Modernisierungsprozesses schon viele neue Arbeitsplätze, doch werden derzeit noch mehr unrentable Arbeitsplätze abgebaut. Hatten gegen Ende des Jahres 1989 fast 10 Millionen Erwerbstätige einen Arbeitsplatz, so sind es gegenwärtig nur noch etwa 6 Millionen, darunter knapp 400 000 in ABM-Stellen. Die umfangreichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und die anhaltenden Abwanderungen haben bewirkt, daß die registrierte Arbeitslosigkeit seit dem Frühjahr tendenziell gesunken ist, zuletzt auf 1,1 Millionen oder 14,6 vH der Erwerbspersonen. Deutlich zurückgegangen, auf 250 000, ist die Zahl der Kurzarbeiter. Die effektive Arbeitslosigkeit einschließlich der Personen in Weiterbildung und ABM sowie der (entsprechend dem Arbeitsausfall auf Vollarbeitslose umgerechneten) Kurzarbeiter, aber ohne die über Vorruhestandsregelungen Ausgeschiedenen, beläuft sich zur Zeit auf rund 2 Millionen oder ein Viertel der Erwerbspersonen.

### Zur Einschätzung des Bruttoinlandsprodukts Ostdeutschlands

*Bei der Ermittlung der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung (Bruttoinlandsprodukt) Ostdeutschlands gibt es erhebliche Unsicherheiten. Die zur Verfügung stehenden statistischen Indikatoren liefern zwar Aussagen über viele einzelne Aspekte der Produktion, nicht jedoch über die Entwicklung der Beiträge der Unternehmen zum Bruttoinlandsprodukt. Insbesondere ist die Zahl und das Gewicht der Betriebe unbekannt, deren Verluste so groß sind, daß sie einen negativen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt leisten. In dem Maße, wie diese Betriebe ausscheiden, oder ihr Verlust geringer wird, steigt rein rechnerisch die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung. Das vom Statistischen Bundesamt bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts unterstellte Tempo wird von den Instituten bezweifelt. Trotzdem haben die Institute die amtlichen Angaben für 1991 ihren Prognosen zugrundegelegt.*

### Privatisierungsaufgabe noch groß

Das Privatisierungstempo ist nach wie vor hoch. Im Besitz der Treuhandanstalt befanden sich — nach Zerlegung — insgesamt 12 142 Betriebe. Nach Fusionierungen und ohne Berücksichtigung von Bergwerkseigentum sowie von Betrieben, die für die Kommunen reserviert sind, verblieben rund 11 400 Betriebe. Davon sind bis Ende August dieses Jahres 45 vH vollständig privatisiert oder reprivatisiert und 5 vH mehrheitlich privatisiert worden. Weniger als 1 vH der Betriebe wurde bisher offiziell liquidiert, aber bei rund 16 vH wird derzeit die Liquidation vorbereitet. Zur Privatisierung standen Ende August 3 810 Betriebe an.

Gemessen an der Zahl der verkauften Unternehmen ist die Treuhandanstalt bei ihrer Privatisierungsaufgabe somit weit fortgeschritten. Damit hat sich auch der Anteil der in staatlichen Betrieben Beschäftigten stark verringert. Insgesamt entfielen auf Treuhandunternehmen Anfang 1991 2,9 Millionen und Anfang 1992 noch 1,4 Millionen Arbeitskräfte oder knapp die Hälfte bzw. rund ein Drittel der jeweils im gewerblichen Bereich Beschäftigten. Wieviele davon inzwischen im Rahmen der Privatisierung übernommen wurden, ist nicht bekannt. Die Käufer haben aber für rund 1,3 Millionen Personen Arbeitsplätze (mittelfristig) zugesagt. Dies entspricht also gut der Hälfte der in den letzten 1½ Jahren aus dem Treuhandbereich ausgeschiedenen Arbeitnehmer. In den jetzt noch zur Privatisierung anstehenden Unternehmen waren Ende August rund 670 000 Arbeitnehmer beschäftigt; dies sind lediglich knapp 15 vH aller Arbeitnehmer in der gewerblichen Wirtschaft. Im verarbeitenden Gewerbe allein ist der Anteil der bei Treuhandbetrieben Beschäftigten mit etwa 40 vH allerdings weit höher.

Als sanierungsfähig hat die Treuhandanstalt knapp drei Viertel ihrer Betriebe eingestuft, und Umfragen zufolge

beurteilt auch der überwiegende Teil der Treuhandbetriebe seine Chancen zur Privatisierung als gut. Mit Verweis hierauf wird gesagt, die „Filetstück-These“, nach der die guten Unternehmen längst verkauft seien, sei falsch. Völlig offen ist jedoch, wie hoch bei den für sanierungsfähig gehaltenen Betrieben die Kosten der Sanierung anzusetzen sind und ob die Verkaufspreise gegebenenfalls nicht wesentlich niedriger als bei früher privatisierten Betrieben sein müssen.

Der Blick auf die Zahl der schon verkauften oder als sanierungsfähig eingestuften Betriebe läßt die eigentlichen Schwierigkeiten bei der Privatisierung nicht erkennen. So entfallen bei den noch zu privatisierenden Betrieben die Hälfte der Beschäftigten auf Branchen, die wegen der starken Abhängigkeit vom Ostgeschäft bei gleichzeitig flauer Westkonjunktur mit besonders großen Anpassungsproblemen konfrontiert sind, nämlich Bergbau, Maschinenbau, Elektrotechnik und Elektronik, Fahrzeugbau, Chemische und Eisenschaffende Industrie, NE-Metallerzeugung sowie Textil- und Bekleidungsindustrie. Davon sind wiederum etwa die Hälfte der Beschäftigten in 60 Großbetrieben (über 1 000 Beschäftigte) und ein Fünftel der Beschäftigten in rund 80 Betrieben mit 500 bis 1 000 Beschäftigten tätig. Bei den Großbetrieben dieser Branchen sind die Privatisierung und die Sanierung besonders schwierig. Da hier aber viele Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen, ist der politische Druck, die Betriebe um jeden Preis zu erhalten, besonders groß. Es hat den Anschein, daß die Treuhandanstalt bei Großbetrieben Sanierungsfähigkeit auch deshalb testiert, weil sie vor den arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen von Liquidationen zurückschreckt.

### Hemmnisse weiterhin hoch

Es werden große Anstrengungen gemacht, die Effizienz der Verwaltung zu erhöhen. Dennoch nehmen die Klagen über administrative Hemmnisse kaum ab. Lange Genehmigungsverfahren und vor allem die unsicheren Eigentumsverhältnisse behindern nach wie vor die wirtschaftliche Entwicklung. Mitte des Jahres lagen rund 1 Million Anträge von Alteigentümern bei den Vermögensämtern vor. Sie beziehen sich auf etwa 2,5 Millionen selbständige Vermögenswerte. Erst weniger als ein Zehntel der Anträge wurde bisher erledigt. Dies ist auch ein wichtiger Grund dafür, daß geeignete Gewerberäume sehr schwierig zu finden und in Innenstadtlagen teuer sind. Um die Rückübertragung von Vermögenswerten und die Durchführung der Entscheidungen über den Vorrang von Investitionen zu erleichtern, ist zur Jahresmitte das Zweite Vermögensrechtsänderungsgesetz verabschiedet worden. Dieses Gesetz hält grundsätzlich am Prinzip Rückgabe vor Entschädigung fest. Erleichtert wird aber insbesondere die Rückgabe von enteigneten Grundstücken, und zwar dadurch, daß frühere Grundstücksbelastungen durch die Zahlung pauschaler Ablösebeträge abgegolten werden. Ferner werden die Vorfahrtsregelungen für Investoren verstärkt und vereinfacht.

Dabei wird unter anderem die Möglichkeit geschaffen, über den Investitionsvorrang bereits im Rahmen eines öffentlichen Bieterverfahrens zu entscheiden; der Alteigentümer darf dabei mitbieten und genießt bei gleichem oder annähernd gleichem Angebot den Vorrang. Ob nach diesen gesetzlichen Erleichterungen die Investitionshemmnisse tatsächlich schnell beseitigt werden, ist ungewiß. So wird die in diesem Bereich ohnehin personell unterbesetzte Verwaltung innerhalb kurzer Zeit zum wiederholten Male mit einer neuen Rechtslage konfrontiert.

Ein Hemmnis ist weiterhin die unterentwickelte Infrastruktur, insbesondere die unzureichende Telekommunikation, auch wenn der Bestand an Telefonanschlüssen im ersten Halbjahr 1992 um rund ein Drittel über dem im Vorjahr lag. Ferner klagen die Firmen über einen schwerfälligen Behördenapparat. Durch die verschiedenen Förderprogramme konnte zwar in erheblichem Umfang Kapital für die Gründungsphase der Unternehmen bereitgestellt werden, doch bleibt der Start in die Selbständigkeit insbesondere für finanzschwache Einpersonenfirmer schwierig. Um das notwendige Kapital aufzubringen, schließen sich zunehmend mehrere Personen zu partnerschaftlichen Gründungen zusammen.

### **Schwierige Umstrukturierung in der Industrie**

Wie in einem derartigen Umwälzungsprozeß nicht anders zu erwarten ist, verläuft die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich. Am schwierigsten ist der Umstrukturierungsprozeß in der Industrie. Die befürchtete Entindustrialisierung der ostdeutschen Wirtschaft ist in der Tat weit fortgeschritten. Vom ursprünglichen Produktionsniveau des ostdeutschen verarbeitenden Gewerbes ist nur ein Drittel übrig geblieben. Es gibt viele Unternehmen, die den Umstellungsprozeß bislang nicht gemeistert haben und vermutlich weiter schrumpfen werden oder die Produktion ganz einstellen müssen. Kritisch ist die Lage insbesondere bei den Unternehmen, die stark von den Exporten in die Sowjetunion abhängen. Die Lieferungen sind hier weiter gesunken, und die Erwartung einer baldigen Belebung — auch im Vertrauen auf weitere Hermes-Bürgschaften — ist einer Ernüchterung gewichen. In der Industrie dürften noch rund 100 000 Arbeitsplätze und damit jeder Zehnte vom Export nach Osteuropa und in die GUS abhängig sein.

Vom Zusammenbruch der Ostmärkte besonders betroffen sind vor allem wichtige Investitionsgüterhersteller wie Teile des Maschinenbaus, der Schiffbau und traditionelle Hersteller in den Branchen Elektrotechnik, Feinmechanik/Optik und Büromaschinen. Die Investitionsgüterindustrie erlitt daher im Verlauf des ersten Halbjahres 1992 weitere starke Produktionseinbußen. Dagegen strahlt die Baukonjunktur auf Produktion und die Investitionen in Branchen wie Steine und Erden, Stahlbau, Baumaschinen aus. Auch im Ernährungsgewerbe, in der Verbrauchsgüterindustrie und in der Kraftfahrzeugindustrie werden die Erzeugung und die Investitionen ausgeweitet.

Die meisten Betriebe im Besitz der Treuhandanstalt, insbesondere die großen, sind vor fast unlösbare Probleme gestellt, da sie auf den Westmärkten nicht wettbewerbsfähig sind. Aber auch viele der privatisierten Betriebe klagen gegenwärtig über Wettbewerbsprobleme. Manche Erwerber von Treuhandbetrieben haben die Umstrukturierungsaufgabe wohl unterschätzt und die Marktchancen, vor allem im Osteuropageschäft, überschätzt. Teilweise fällt es den Unternehmen auch schwer, in die inzwischen völlig veränderten Märkte innerhalb der neuen Bundesländer oder auch in die Westmärkte einzudringen. So sind Klagen zu hören, daß es schwierig ist, in die Leistung der Einzelhandelsketten aufgenommen zu werden oder daß stärkere Konkurrenten oder — subventionierte — Treuhandfirmen einen Verdrängungswettbewerb führen. In diesem Zusammenhang darf nicht übersehen werden, daß auch ungenügende Produktionskapazitäten, ein ungünstiges Preis-Leistungsverhältnis, eine falsche Produktpalette und eine allgemein geringe Flexibilität eine große Rolle spielen. Zudem stellen die schnell steigenden Löhne bei gleichzeitig noch geringer Produktivität viele ostdeutsche Betriebe vor gravierende Probleme. Allerdings gibt es auch in der Industrie eine wachsende Zahl von Unternehmen, die bei der Modernisierung — meist mit Hilfe westlicher Investoren — weit fortgeschritten sind. Auch nehmen Neugründungen „auf der grünen Wiese“ die Produktion auf.

Die Auftragslage des verarbeitenden Gewerbes hat sich nicht gefestigt. Nach dem ifo Konjunkturtest wird die Geschäftslage in der ostdeutschen Industrie dennoch nicht mehr so schlecht beurteilt wie im vergangenen Jahr. Nach unten revidiert wurden aber die Exporterwartungen, offenbar als Folge der Neueinschätzung der Ostmärkte. Ein eindeutiger Aufwärtstrend in der ostdeutschen Industrieproduktion ist also weiterhin nicht erkennbar.

Der Abbau der industriellen Arbeitsplätze hat sich im ersten Halbjahr 1992 fortgesetzt. Gegenwärtig sind im verarbeitenden Gewerbe nur noch 1¼ Millionen Arbeitskräfte beschäftigt, im Vergleich zu reichlich 3 Millionen vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Dies liegt einmal an dem Produktionseinbruch und zum anderen daran, daß viele Dienstleistungsbereiche von Industriebetrieben ausgegliedert worden sind. Der Anteil der in der Industrie Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung ist von einem Drittel auf ein Fünftel zurückgegangen; in den alten Bundesländern liegt er bei reichlich einem Viertel. Auch für die zweite Jahreshälfte ist in den meisten Industriebranchen mit einem weiteren Beschäftigungsrückgang zu rechnen. In einigen Branchen läuft der Arbeitsplatzabbau aber allmählich aus.

Die stärksten Impulse gehen derzeit von der Bauwirtschaft aus. Die Zahl der Baubetriebe hat stark zugenommen, gegenüber 1990 allein bei den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten um deutlich mehr als ein Drittel. Ursache dafür sind viele Ausgliederungen und Privatisierungen von Kombinat und von Genossenschaftsbe-

trieben, aber auch zahlreiche „echte“ Neugründungen. Nachfrage und Produktion steigen im Bausektor kräftig. Trotz dieser positiven Entwicklung ist den Umfragen zufolge die Situation vieler Baubetriebe keinesfalls frei von Problemen. Beklagt werden die zögerliche Auftragsvergabe der öffentlichen Hand, insbesondere der Mangel an attraktiven Großaufträgen, die bürokratische Arbeitsweise von Ämtern und der harte Preiswettbewerb. Bei schnell steigenden Löhnen und noch vergleichsweise geringer Produktivität werden die ostdeutschen privaten Baufirmen offenbar häufig von westlichen Baufirmen, aber auch von den vom Staat gestützten Treuhandbetrieben sowie von ausländischen Anbietern unterboten. Ferner wird befürchtet, daß sich die derzeitige Baukonjunktur wegen finanzieller Engpässe bei Ländern und Gemeinden als Strohfeuer entpuppen könnte. Auf den Arbeitsmarkt hat sich die günstige Baukonjunktur bisher insgesamt gesehen noch nicht ausgewirkt. Die Gesamtbeschäftigung im Baugewerbe war in der ersten Jahreshälfte noch rückläufig, weil das Bauhauptgewerbe noch mehr Arbeitsplätze abbaute, als im Ausbaugewerbe zusätzlich geschaffen wurden.

### **Lebhafte Entwicklung im Handwerk**

Die Zahl der Gewerbeanmeldungen hat im bisherigen Jahresverlauf mit einem Monatsdurchschnitt von rund 17 500 die hohe Zahl der Anmeldungen der Jahre 1990 und 1991 um ein Viertel unterschritten; dies ist als Normalisierung zu betrachten. Auch die steigende Zahl der Gewerbeabmeldungen ist nach dem Gründungsboom normal. Damit erhöht sich der Bestand an registrierten Gewerbebetrieben deutlich langsamer als früher. Bei weitem nicht alle Gewerbeanmeldungen führen zur Gründung eines Gewerbebetriebs, und hinter vielen Abmeldungen verbirgt sich lediglich der Verzicht auf eine anvisierte Existenzgründung. Von den bisherigen Anmeldungen an Gewerbebetrieben von netto rund einer halben Million entfällt knapp die Hälfte auf den Handels- und Dienstleistungsbereich und rund ein Zehntel auf das Handwerk.

Zusammen mit den schon in der DDR vorhandenen rund 100 000 Selbständigen, die zu einem großen Teil Handwerker waren, dürfte es nun etwa 350 000 Selbständige geben, davon im Handwerksbereich etwa 130 000. Das Handwerk hat mit insgesamt 550 000 Erwerbstätigen einen Anteil von rund 9 vH an der Gesamtbeschäftigung. Mit rund 8 Handwerksbetrieben und 35 Handwerkern je 1 000 Einwohner ist die Betriebsdichte ähnlich hoch wie im alten Bundesgebiet. Weil aber hier die Betriebe größer sind, hat das Handwerk mit 13 vH einen höheren Anteil an der Gesamtbeschäftigung, und die Handwerkerdichte ist mit 60 Handwerkern je 1 000 Einwohner wesentlich höher. Trotz der zahlreichen Neugründungen in Ostdeutschland ist also der Weg zu einer vergleichbaren mittelständischen Struktur noch lang.

Die neuen Handwerksbetriebe etablieren sich vor allem im Kraftfahrzeug- und im Baubereich, aber auch bei kon-

sumnahen Dienstleistungen. Hier wird zur Zeit viel investiert, und die Beschäftigung steigt. Viele der traditionellen ostdeutschen Handwerksbetriebe, die im Westen kaum noch anzutreffen sind — z.B. Schneider, Böttcher —, und auch diejenigen, die früher Zulieferer der großen Kombinate waren — z.B. Metallbauhandwerker —, haben kaum Überlebenschancen.

Immer noch gibt es zahlreiche Hemmnisse für die Entwicklung der Betriebe; vor allem werden die Knappheit an Gewerberäumen und die Mängel in der Infrastruktur beklagt. Die Handwerksbetriebe finden teilweise nur schwer Fachkräfte. Die Arbeitsplätze in den Kleinbetrieben gelten oft als unsicher, Arbeitskräfte mit den jetzt nachgefragten Qualifikationen wurden früher nicht ausgebildet, und Fachkräfte sind inzwischen nach Westen abgewandert. Die frühere Kritik an der Konkurrenz durch ABM-Kräfte ist verstummt, seitdem die Arbeitsämter bei den Handwerkskammern eine Unbedenklichkeitserklärung einholen.

### **Umwälzungen im Handel**

Im ostdeutschen Groß- und Einzelhandel vollzieht sich zur Zeit ein starker Strukturwandel. Westdeutsche Handelsunternehmen weiten ihre Verkaufsflächen aus und erobern Marktanteile. Die ostdeutschen Unternehmen haben es dagegen schwer, sich zu behaupten. Besonders stark betroffen sind die ostdeutschen Konsumgenossenschaften und die Kleinläden im Lebensmitteleinzelhandel. Beide haben kaum Zukunftschancen. Überall entstehen großflächige Verbrauchermärkte. Entsprechend hoch sind die Investitionen in diesem Bereich.

Die Modernisierung des Handels geht einher mit einem weiteren Rückgang der Beschäftigung, da viele unrentable Geschäfte geschlossen werden. Der ohnehin hohe Rationalisierungsdruck wird durch die rasch steigenden Löhne weiter verstärkt. Kleinere Betriebe können zwar gegenwärtig mit Hilfe der sogenannten Mittelstandsklausel einen Abschlag von den Tariflöhnen machen, der bis zum 30.4.1993 noch 10 vH beträgt (nach 12,5 vH); danach entfällt diese Möglichkeit. Positiv auf den ostdeutschen Handel wirkt sich aus, daß nach der ersten Modernisierungsphase der „Einkaufstourismus“ nach Westdeutschland abgenommen hat. Wachstumspotentiale für Mittelständler gibt es insbesondere im Handel mit Textilien, Schuhen und Haushaltswaren und in zahlreichen Marktnischen für Fach- und Spezialhändler.

### **Anhaltende Investitionsdynamik**

Im vergangenen Jahr wurden in den neuen Bundesländern 83 Mrd. DM investiert; auf Ausrüstungen und Bauten entfiel jeweils etwa die Hälfte. Der Umfang der Unternehmensinvestitionen im ersten Jahr nach der Vereinigung ist angesichts der zahlreichen Investitionshemmnisse bemerkenswert hoch. Dazu trug zweifellos auch die massive staatliche Investitionsförderung bei. Die Investitionszulage, die inzwischen verlängert wurde, und die verschie-

denen Förderprogramme werden rege in Anspruch genommen. Der Bund und die ostdeutschen Länder und Gemeinden investierten im letzten Jahr rund 14 Mrd. DM.

Von den Investitionen im Unternehmenssektor — im vergangenen Jahr rund 55 Mrd. DM — wurde knapp die Hälfte von Unternehmen aus Westdeutschland getragen. Welcher Anteil auf ausländische Direktinvestitionen (ohne Abwicklung über Tochterunternehmen in Westdeutschland) entfiel, läßt sich nicht feststellen. Er dürfte aber noch gering gewesen sein. Von ostdeutschen Investoren dürfte ein Betrag in Höhe von etwa 30 Mrd. DM aufgebracht worden sein. Reichlich zwei Drittel davon entfielen auf die privaten Unternehmen, wobei die Existenzgründer im Baugewerbe sowie im Handwerks- und Dienstleistungsbereich besonders aktiv waren.

Die Treuhandbetriebe brachten es im vergangenen Jahr auf Investitionen in Höhe von knapp 10 Mrd. DM. Zwei Drittel davon dürften in der Industrie investiert worden sein. Bei ihren Investitionen werden die Treuhandbetriebe durch Hilfen und Bürgschaften von der Treuhandanstalt unterstützt. Besondere Investitionsanstrengungen gibt es in der Chemischen Industrie, der Eisenschaffenden Industrie, der NE-Metallindustrie sowie in den Sektoren Holz, Papier, Musikinstrumente, Spielwaren und EBM. In der Elektrotechnik/Elektronik, dem Maschinenbau und der Textil- und Bekleidungsindustrie ist die Investitionsintensität dagegen deutlich niedriger. Diese Investitionen der Treuhandbetriebe sind kaum zu bewerten; es ist völlig offen, inwieweit sie die Aussicht auf Sanierung verbessert haben und inwieweit sie an deren desolater Lage grundsätzlich nichts ändern.

Die westdeutschen Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung und Verkehr) planen nach Befragungen für dieses Jahr gegenüber dem vergangenen Jahr eine annähernde Verdoppelung ihrer Investitionen in den neuen Bundesländern auf rund 45 Mrd. DM, und im kommenden Jahr sollen etwa 54 Mrd. DM investiert werden. Besonders dynamisch investiert das verarbeitende Gewerbe. Aber auch die Unternehmen im Handel, bei der Nachrichtenübermittlung und im Dienstleistungsbereich wollen ihre Investitionen stark ausweiten.

Nur wenige Unternehmen haben bisher die Konjunkturschwäche im Westen zum Anlaß genommen, ihre Investitionsengagements in den neuen Bundesländern zu stornieren oder zu strecken. Im Maschinenbau allerdings, wo die Produktion erheblich gesunken ist, haben die Unternehmen ihre Investitionspläne erheblich nach unten revidiert. Bei einem stärkeren Konjunkturreinbruch könnte es auch in anderen Branchen dazu kommen. Hier wird unterstellt, daß die westdeutschen Investoren ihre Planungen in der genannten Größenordnung weitgehend realisieren und daß auch bei den ostdeutschen Investoren im privaten und im staatlichen Bereich die Investitionsdynamik fort-dauert.

Insgesamt dürften die Investitionen im laufenden Jahr 100 bis 110 Mrd. DM betragen und im nächsten Jahr auf

reichlich 130 Mrd. DM steigen. Die größten Impulse gehen nach wie vor von den gewerblichen und den öffentlichen Investitionen aus. Im Wohnungssektor werden zur Zeit hauptsächlich — angeregt durch die verschiedenen Förderprogramme — Modernisierungen und Instandsetzungen vorgenommen, der Neubau ist noch rückläufig. Angesichts der unsicheren Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven wird sich der Eigenheimbau zunächst nur wenig beleben. Der Geschoßwohnungsbau dürfte dagegen sowohl im sozialen wie im freifinanzierten Wohnungsbau allmählich in Gang kommen.

### Privater Verbrauch wächst langsamer

Auf die Einkommen der ostdeutschen privaten Haushalte wirken seit der Einheit gegenläufige Faktoren. Starke Erhöhungen der Tariflöhne, der Renten und anderer Sozialtransfers verbessern die Einkommenssituation der privaten Haushalte, der Verlust von Arbeitsplätzen verschlechtert sie. Im vergangenen Jahr nahmen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um etwa ein Viertel zu. Nach Abzug des Verbraucherpreisanstiegs von 13 vH ergab sich eine durchschnittliche reale Einkommenssteigerung von fast einem Zehntel. Die Haushalte erhöhten ihre realen Verbrauchsausgaben um knapp 4 vH, so daß ihnen noch Spielraum blieb, die zuvor stark abgebauten Ersparnisse aufzustocken. Auch in diesem Jahr steigen die realen Einkommen deutlich. Die Beschäftigung geht zwar weiter zurück, doch werden die Stundenlöhne erneut kräftig erhöht. Die Summe der Löhne und Gehälter sowie die Sozialtransfers, insbesondere die Renten und die Leistungen der Arbeitslosenversicherung, nehmen merklich zu. Insgesamt ist der Anstieg der verfügbaren Einkommen ähnlich groß wie im Vorjahr. Bei einem Anstieg der Verbraucherpreise um reichlich ein Zehntel dürfte die Einkommenszunahme für eine Ausweitung des realen Verbrauchs um 5½ vH sowie für eine erhöhte Ersparnisbildung verwendet werden.

Im nächsten Jahr müssen sich die ostdeutschen privaten Haushalte mit einem bescheidenen Zuwachs der Realeinkommen begnügen. Unterstellt wurde eine durchschnittliche Anhebung der Tariflöhne um etwa 15 vH, was eine gewisse zeitliche Streckung der bereits vereinbarten Lohnanpassung an das westdeutsche Niveau bedeutet. Gedämpft wird die Einkommensentwicklung der privaten Haushalte durch einen erneuten, wenn auch deutlich abgeschwächten Rückgang der Beschäftigung. Die Renten werden voraussichtlich weiter kräftig steigen und sich damit gegenüber dem Niveau vor der Einheit mehr als verdoppeln. Die Rente eines Durchschnittsverdieners mit 45 Berufsjahren erreicht in den neuen Bundesländern damit nahezu 70 vH des westdeutschen Niveaus. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im kommenden Jahr um knapp ein Zehntel zunehmen.

Der Anstieg der Verbraucherpreise wird wegen der weiteren Mietanhebung und der Mehrwertsteuererhöhung mit

8½ vH erneut kräftig sein. Zwar wird auch das Wohngeld aufgestockt, die gesamten Realeinkommen im Durchschnitt der privaten Haushalte steigen aber kaum noch. Angesichts der nach wie vor schwierigen Arbeitsmarktlage werden die Haushalte aus Vorsichtsgründen die Erparnisbildung vermutlich nicht verringern. Die realen Verbrauchsausgaben dürften damit nur noch geringfügig zunehmen.

**Verflechtung im gesamtdeutschen Markt nimmt zu**

Seit der deutschen Vereinigung fließt ein sich ständig verbreiternder Strom von Waren und Dienstleistungen von den alten in die neuen Bundesländer. Auch der Fluß in umgekehrter Richtung verstärkt sich, doch ist er noch sehr schmal. In diesem Jahr beziehen die neuen von den alten Bundesländern Waren und Dienste im Wert von schätzungsweise knapp 240 Mrd. DM; davon entfallen drei Viertel auf Waren. In der umgekehrten Richtung dürften Waren und Dienstleistungen im Wert von etwa 55 Mrd. DM fließen; davon sind über ein Drittel Arbeitsleistungen der Pendler. Der innerdeutsche Waren- und Dienstleistungssaldo zugunsten des Westens erhöht sich in diesem Jahr um knapp 20 Mrd. DM oder reichlich einen halben Prozentpunkt des westdeutschen Bruttosozialprodukts. Damit gehen erneut positive Konjunkturreffekte im Sinne einer zusätzlichen Netto-Nachfrage auf die westdeutsche Wirtschaft aus. Sie sind allerdings wesentlich geringer als in den Jahren 1990 (2½ vH des BSP) und 1991 (3½ vH des BSP). Im kommenden Jahr werden die Lieferungen in die neuen Bundesländer weiter zunehmen, wenn auch deutlich langsamer als bisher. Vor allem die Verbrauchsgüternachfrage wird zu einem etwas größeren Anteil aus der eigenen — inzwischen modernisierten — Produktion gedeckt. Die westdeutschen Lieferungen von Ausrüstungsgütern nehmen dagegen weiter zu. Mit der Verbesserung der ostdeutschen Angebotspalette steigen zwar die Lieferungen in den Westen. Im nächsten Jahr dürfte das ostdeutsche Defizit im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit Westdeutschland dennoch leicht steigen, auf annähernd 200 Mrd. DM.

**Exporte auf dem Tiefpunkt**

Im ersten Halbjahr 1992 exportierten die neuen Bundesländer (ohne innerdeutschen Handel) nur noch Waren im Wert von rund 7 Mrd. DM. In den beiden Halbjahren vor und nach Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion waren es jeweils beinahe dreimal so viel. Die ursprünglichen Hoffnungen, daß sich die traditionellen Märkte in Osteuropa mit Hilfe von Hermes-Bürgschaften halten lassen, sind inzwischen weitgehend geschwunden. Die Auftragseingänge aus dem Ausland sind tendenziell weiter rückläufig. Ein nochmaliger Rückgang der Exporte in die GUS zeichnet sich ab. Andererseits dürften mit der Modernisierung der Produktionsanlagen Unternehmen in zunehmender Zahl Exporte in das westliche Ausland auf-

nehmen können. Die Exporterfolge werden insgesamt gesehen zunächst allerdings recht bescheiden bleiben, auch weil diese Märkte bei der schwachen Weltkonjunktur zur Zeit besonders hart umkämpft sind. Insgesamt ist für 1993 keine durchgreifende Erholung des ostdeutschen Exports zu erwarten, allenfalls eine bescheidene Zunahme von sehr niedrigem Niveau aus. In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergibt sich bei den ostdeutschen Exporten ein deutlicheres Plus, weil hier die schneller steigenden Lieferungen in die alten Bundesländer enthalten sind.

**Gesamtwirtschaftliche Produktion steigt — Wende am Arbeitsmarkt noch nicht in Sicht**

Nach wie vor entwickeln sich wichtige Teile der ostdeutschen Wirtschaft in unterschiedliche Richtung. Manche schrumpfen und müssen stillgelegt werden, andere ent-

**Arbeitsmarktbilanz für Ostdeutschland**  
1000 Personen

	1990	1991	1992 <sup>1)</sup>	1993 <sup>1)</sup>
	Jahresdurchschnitt			
Erwerbstätige im Inland	8 868	7 179	6 170	5 900
darunter:				
ABM-Beschäftigte	3	183	390	320
Kurzarbeiter	758	1616	370	190
Frühverrentete	239	543	820	830
Berufliche Vollzeitweiterbildung	11	223	420	400
Arbeitslose	240	913	1 190	1 240
Pendlersaldo	79	290	380	390
Erwerbstätige Inländer	8 947	7 469	6 550	6 290
Selbständige u. mithelfende Familienangehörige	317	490	570	610
Abhängig Beschäftigte	8 630	6 979	5 980	5 680
	Veränderung gegenüber Vorjahr			
Erwerbstätige im Inland		-1 689	-1010	-270
Frühverrentete		304	270	10
Berufliche Vollzeitweiterbildung		212	190	-20
Arbeitslose		673	270	50
Übersiedler (Erwerbspersonen)		173	60	40
Ausländer (Rückwanderung)		45	40	20
Pendlersaldo		211	90	10
Erwerbstätige Inländer		-1 478	-920	-260
Selbständige u. mithelfende Familienangehörige		173	80	40
Abhängig Beschäftigte		-1 651	-1 000	-300
<sup>1)</sup> Schätzung der beteiligten Institute. <i>Quellen:</i> Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen.				

falten schon eine beachtliche Dynamik. Mehr und mehr werden aber die Modernisierungs- und die Neuinvestitionen produktionswirksam, die Aktivitäten der privatisierten und der neugegründeten Unternehmen verstärken sich. Allerdings ist es bei der schwachen Konjunktur besonders schwierig, die zusätzliche Produktion im Westen abzusetzen. Der Preiswettbewerb dürfte zunehmen. Die Gesamtproduktion der ostdeutschen Wirtschaft dürfte sich im zweiten Halbjahr 1992 nur wenig, im Verlauf des nächsten Jahres aber etwas beschleunigt erhöhen. Im Jahresdurchschnitt 1992 ergibt sich dann ein Anstieg von 3 bis 4 vH und im Jahr 1993 einer von 7 bis 8 vH. Zu einem kräftigen Aufschwung fehlen allerdings noch wichtige Voraussetzungen. Insbesondere bedarf es in den neuen Bundesländern einer moderateren Kostenentwicklung, damit sich mehr Investitionen auch ohne massive staatliche Hilfen lohnen.

Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich zunächst weiter verschlechtern, wenn auch nicht im bisherigen Ausmaß. Es werden immer noch mehr Arbeitsplätze abgebaut als neue entstehen. Erst im kommenden Jahr dürfte der Rückgang der Gesamtbeschäftigung allmählich zu Ende gehen. Eine deutlich höhere Nachfrage nach Arbeitskräften, die notwendig wäre, um den vielen Tausenden, die sich derzeit in Weiterbildungs- und ABM-Stellen befinden, gesicherte Arbeitsplätze anbieten zu können, ist nicht in Sicht. Die registrierte Arbeitslosigkeit dürfte im Durchschnitt der Jahre 1992 und 1993 etwa 1,2 Mill. Personen oder 16 vH der Erwerbspersonen betragen. Einschließlich der in arbeitsmarktpolitischen Programmen Tätigen wird die Zahl der Arbeitsuchenden bei etwa 2 Millionen oder rund einem Viertel der Erwerbspersonen verharren.

## Öffentliche Finanzen

### Trotz Einsparmaßnahmen höhere Defizite

Die finanziellen Folgen des Einigungsprozesses prägen nach wie vor die Entwicklung der öffentlichen Finanzen und die Ausrichtung der Finanzpolitik in Deutschland. Nachdem sich die Bemühungen, das stark gestiegene Staatsdefizit zurückzuführen, bislang recht einseitig auf Einnahmenerhöhungen konzentrierten, sollen zukünftig die Einsparbemühungen intensiviert werden. Die angestrebte Konsolidierung der Staatsfinanzen wird indes durch die aus der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung resultierenden Mindereinnahmen und Mehrausgaben erschwert.

In diesem Jahr gelingt es der Finanzpolitik noch nicht, die Expansion der öffentlichen Ausgaben zu bremsen. Vielmehr werden die Ausgaben des Staates mit 10 vH nur wenig schwächer zunehmen als 1991; etwas stärker expandieren dabei die Sozialleistungen.

Im Jahr 1993 dürfte sich der Anstieg der Ausgaben zwar auf 5½ vH abschwächen, der — einigungsbedingt kräftig gestiegene — Staatsanteil wird jedoch nicht sinken. Die

Expansion der Personalausgaben wird sich — bei zurückhaltender Einstellungspolitik und geringeren Lohnerhöhungen als 1992 — zwar verlangsamen, sie fällt in den neuen Bundesländern wegen der forcierten Annäherung der Einkommen an das Westniveau jedoch weiterhin deutlich höher aus als die Zunahme der Gesamtausgaben. Auch die Investitionen des Staates werden schwächer expandieren, im Westen real sogar leicht abnehmen. Demgegenüber werden die Zinsausgaben der Gebietskörperschaften kräftig steigen, vor allem deshalb, weil deren Schuldenstand in diesem Jahr wiederum um 120 Mrd. DM zunehmen wird. Außerdem müssen bestimmte Verbindlichkeiten des Kreditabwicklungsfonds erstmals bedient werden.

Im Bereich der Sozialversicherung sind im Zuge der Gesundheitsreform und durch Kürzungen von Leistungen der Arbeitslosenversicherung erhebliche Minderausgaben zu erwarten. Die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit, insbesondere für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, sollen um etwa 7 Mrd. DM gekürzt werden; allerdings ergibt sich dennoch ein Defizit von etwa 10 Mrd. DM, das — sollen Beitragssatzanhebungen vermieden werden — durch Bundeszuschuß geschlossen werden muß. Noch stärkere Einsparungen sind im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung geplant. Der Anstieg der Ausgaben für Krankenhausbehandlung und für Arzthonorare soll auf den Lohnzuwachs der Versicherten begrenzt und die Preise für bestimmte Arzneimittel sollen leicht gesenkt werden. Offen ist allerdings, ob durch diese Maßnahmen das angestrebte Einsparvolumen von 11 Mrd. DM auch tatsächlich realisiert werden wird und ob hierdurch der Beitragssatz dauerhaft stabilisiert werden kann. Nach den Erfahrungen mit der Gesundheitsreform von 1989 ist dies zumindest zweifelhaft.

Die westdeutschen Finanztransfers zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den neuen Bundesländern werden angesichts der fortbestehenden Anpassungsprobleme in Ostdeutschland in diesem wie im nächsten Jahr eine Größenordnung von über 160 Mrd. DM erreichen, nach 131 Mrd. DM im vergangenen Jahr; sie entsprechen damit 1992 zwei Dritteln und 1993 reichlich der Hälfte des ostdeutschen und jeweils 5½ bis 6 vH des westdeutschen Sozialprodukts.

Die Finanztransfers werden weiterhin nur zu einem geringen Teil investiv, überwiegend aber zur sozialen Abfederung des Umstrukturierungsprozesses und zur raschen Angleichung der Einkommen an das Westniveau verwendet. Die ostdeutsche Sozialversicherung wird zur Defizitabdeckung in diesem Jahr einen Zuschuß von 37½ Mrd. DM und im nächsten Jahr einen von 40½ Mrd. DM erhalten. Davon entfällt der weit überwiegende Teil auf die Arbeitslosenversicherung.

Die Einnahmen des Staates steigen im laufenden Jahr mit 10 vH ebenso kräftig wie die Ausgaben. Zum einen wirken sich die Erhöhungen von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen aus. Zum anderen wird jetzt ein großer

Finanztransfers nach Ostdeutschland  
in Mrd. DM

	1990	1991	1992 <sup>1)</sup>	1993 <sup>1)</sup>
Finanztransfers an Gebietskörperschaften <sup>2)</sup>	43,5	111,3	125,5	120,5
— Fonds Deutsche Einheit	22,0	35,0	34,0	31,5
— Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost	—	12,0	12,0	—
— Einigungsbedingte Ausgaben des Bundes (Saldenausgleich ohne Gemeinschaftswerk)	19,2	50,5	62,5	71,0
— Umsatzsteuerausgleich der Länder	1,3	10,8	12,0	13,0
— Transfers der Länder	1,0	2,0	2,5	3,0
— Einigungsbedingte Mindereinnahmen in Westdeutschland <sup>3)</sup>	—	1,0	2,5	2,0
Finanztransfers an Sozialversicherungen	2,7	20,5	37,5	40,5
— Zuschuß an die Arbeitslosenversicherung	1,9	20,5	35,5	34,5
— Zuschuß an die Rentenversicherung	0,8	—	2,0	6,0
Finanztransfers insgesamt	46,2	131,8	163,0	161,0

<sup>1)</sup> Schätzung der beteiligten Institute. Angaben gerundet. — <sup>2)</sup> Ohne Zinssubventionen für ERP-Kredite. — <sup>3)</sup> Mindereinnahmen in Westdeutschland durch Inanspruchnahme der Zulage für Investitionen in den neuen Bundesländern.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Teil der hohen Unternehmensgewinne der zurückliegenden Jahre steuerlich veranlagt. Im nächsten Jahr werden die Einnahmen wegen der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung nur noch um 5½ vH expandieren. Dabei wird das Steueraufkommen voraussichtlich um 6 vH zunehmen und damit etwas stärker als das nominale Brutto-sozialprodukt (5½ vH).

Der Wegfall des Solidaritätszuschlags wird durch Mehreinnahmen aus der Anhebung der Mehrwertsteuer von knapp 11 Mrd. DM aufgefangen. Die Einführung einer Zinsabschlagsteuer auf Einkünfte aus Kapitalvermögen von 30 vH ab 1.1.1993 führt nach Berechnungen des Finanzministeriums zu Mehreinnahmen von 3 Mrd. DM; das Steueraufkommen könnte freilich auch merklich höher ausfallen. Gleichzeitig wird die Steuerbelastung der Unternehmen durch Senkung der Gewerbeertrag- und Vermögensteuer — bei teilweiser Gegenfinanzierung durch den Abbau von Steuervergünstigungen und die Senkung der degressiven Abschreibung für Wirtschaftsgebäude — etwas reduziert. Aufkommensmindernd wirkt sich außerdem aus, daß die Unternehmen ihre Vorauszahlungen bei den Gewinnsteuern ihrer ungünstigeren Ertragsentwicklung entsprechend herabsetzen lassen. Die Zunahme des Lohnsteueraufkommens wird sich in Westdeutschland wegen schwächer expandierender Tariflöhne und rückläufiger Beschäftigung verlangsamen, in Ostdeutschland wird sie — ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau — bei abermals kräftigen Lohnsteigerungen progressionsbedingt sehr hoch ausfallen.

Insgesamt werden sich die Steuereinnahmen in Gesamtdeutschland — in der Abgrenzung der volkswirt-

schaftlichen Gesamtrechnung — auf reichlich 800 Mrd. DM belaufen, von denen rund 6½ vH in Ostdeutschland anfallen. Das Steueraufkommen erreicht im Osten mit 3 400 DM je Kopf nur etwa 30 vH des Westniveaus. Ausschlaggebend für diesen Steuerkraftunterschied sind die geringe Leistungskraft der ostdeutschen Unternehmen, die hohe Arbeitslosigkeit sowie die im Vergleich zu Westdeutschland niedrigeren Einkommen.

Die Sozialbeiträge werden 1993 mit 6½ vH weniger stark zunehmen als 1992 (8½ vH). Dabei schlägt vor allem zu Buche, daß sich der Anstieg der Löhne und Gehälter abschwächt und die Zahl der Beschäftigten weiter sinkt. Die Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung in Westdeutschland, die im Laufe dieses Jahres deutlich angehoben werden, dürften sich 1993 infolge der Kostendämpfung im Gesundheitswesen vorübergehend bei reichlich 13 vH stabilisieren. Eine Anhebung des Beitragsatzes zur Arbeitslosenversicherung ist in der Prognose nicht unterstellt worden.

Unter den genannten Bedingungen wird die Steuer- und Abgabenquote mit rund 44 vH gegenüber der in diesem Jahr nur wenig steigen; sie liegt dann aber um 3½ Prozentpunkte höher als im Jahr 1990. Die Erwerbseinkünfte des Staates werden 1993 hinter dem hohen Niveau im Jahre 1992 zurückbleiben, da die Gewinnabführung der Bundesbank an den Bund ihre Rekordhöhe von 14½ Mrd. DM nicht ganz wieder erreichen dürfte.

Bei dieser Ausgaben- und Einnahmenentwicklung wird das Ziel der Bundesregierung, die öffentlichen Defizite nach dem einigungsbedingten Anstieg von diesem Jahr an schrittweise zurückzuführen, trotz der kräftigen Erhöhung

von Steuern und Sozialabgaben sowie vielfältiger Einsparbemühungen nicht erreicht werden. Das gesamte Staatsdefizit wird vielmehr in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung von knapp 90 Mrd. DM im vorigen Jahr auf rund 95 Mrd. DM in diesem und etwa 100 Mrd. DM im nächsten Jahr steigen. In Relation zum nominalen Bruttosozialprodukt sind dies jeweils reichlich 3 vH. In diesen Beträgen ist das Defizit der Treuhandanstalt, das für 1992 und 1993 auf jeweils 30 Mrd. DM (rund 1 vH des Bruttosozialprodukts) veranschlagt wird, nicht enthalten. Bei der Sozialversicherung kommt es in beiden Jahren — unter Berücksichtigung des Finanzausgleichs bei der Bundesanstalt für Arbeit durch den Bund — zu geringen Finanzierungsüberschüssen.

Bei der Beurteilung der Entwicklung des Staatsdefizits sind Sonderfaktoren zu berücksichtigen. Ferner ist zu fragen, bei welchen öffentlichen Haushalten das Defizit vorwiegend entsteht, und vor allem, wie die am Kapitalmarkt aufgenommenen Mittel verwendet werden. Mit zur Beurteilung gehört allerdings auch, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um die Einnahmen zu erhöhen, und welche Anstrengungen gemacht wurden, um Ausgaben einzusparen und die Ausgabenstruktur zu verbessern.

Im Jahr 1991 haben vor allem die Beteiligung an den Kosten des Golfkriegs (11 Mrd. DM) sowie die Übernahme von Altschulden der Bundesbahn durch den Bund (12,5 Mrd. DM) das Staatsdefizit stark erhöht. Nach Wegfall dieser Sonderfaktoren im laufenden Jahr ist das Defizit nicht gesunken, sondern wie erwähnt weiter gestiegen; das um die Sonderfaktoren bereinigte Defizit weist für dieses Jahr einen kräftigen Anstieg um rund 30 Mrd. DM aus. Diese Erhöhung ist vorwiegend auf die neuen Bundesländer zurückzuführen. Auf der westdeutschen Seite hat sich das so bereinigte Staatsdefizit kaum verändert (ohne diese Bereinigung ist es deutlich gesunken). Berücksichtigt man, daß die öffentlichen Haushalte, insbesondere Bund und Sozialversicherung, ihre Transferzahlungen an die neuen Länder in diesem Jahr um weitere rund 30 Mrd. DM erhöhen, dann wird deutlich, daß beim Bund und bei der Sozialversicherung große Anstrengungen gemacht werden, die steigenden Leistungen an die neuen Bundesländer nicht defizitwirksam werden zu lassen. Zu diesem Zweck werden allerdings nicht nur Einsparungen auf der Ausgabenseite vorgenommen, sondern auch Steuern und Sozialabgaben erhöht.

Im kommenden Jahr sinkt auf der westdeutschen Seite das Staatsdefizit trotz der konjunkturbedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben. Erreicht wird dies durch weitere Sparmaßnahmen bei den Ausgaben, aber auch durch die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes und die Einführung der Zinsabschlagsteuer. Bei den westdeutschen Ländern und Gemeinden ist der Sparwille demgegenüber bisher nicht sehr ausgeprägt.

In den neuen Bundesländern steigt das Staatsdefizit weiter an. Dies wäre nicht bedenklich, wenn dies mit einer entsprechenden Ausweitung der dringend benötigten Infrastrukturinvestitionen einherginge. Tatsächlich erhöht

sich das Defizit aber erheblich stärker als die Investitionen; ein großer Teil des Anstiegs wird also letztlich zur Finanzierung der höheren sozialen Leistungen und der kräftig expandierenden Personal- und laufenden Sachausgaben verwendet.

Bedenklich ist nicht eine Ausweitung des gesamtwirtschaftlichen Defizits an sich, zumal in einer konjunkturellen Schwächephase. Bedenklich ist vielmehr, daß das Defizit nach einem starken Anstieg der Staatsquote und der staatlichen Verschuldung zunimmt, und dies vor allem wegen der kräftigen Erhöhung konsumtiver Ausgaben. Bei dieser Erhöhung liegt der Kern der finanziellen Problematik.

### Zur Wirtschaftspolitik in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft ist in einer kritischen Situation. Die Konjunktur im Westen stockt. Aus dem Ausland sind erst nach und nach Anregungen zu erwarten, die zudem zunächst gering sein dürften. Die Erholung in Ostdeutschland kommt nur mühsam voran. Zahlreiche, gravierende Hemmnisse behindern noch den Aufbauprozess. Hinzu kommt, daß mit der Stockung der Konjunktur im Westen nunmehr auch von der Nachfrageseite her die Umstellungsaufgabe in den neuen Bundesländern größer geworden ist. In stagnierenden Märkten fällt es neuem Angebot schwerer, sich Nischen zu erschließen. Mit dem Abflachen der Konjunktur bedeuten auch die öffentlichen Transfers nach Ostdeutschland eine größere Bürde.

Alles in allem ist unübersehbar, daß sich angesichts der konjunkturellen Flaute im Westen und der mangelnden Dynamik im Osten die Furcht breit macht, die Vereinigung bedeute eine Last, die die Leistungsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft überfordert. Auch werden immer mehr Stimmen laut, es zeige sich nun, nach dem Versagen der Zentralplanwirtschaft, daß auch die Marktwirtschaft zu schweren Fehlentwicklungen führen kann, wie die Krise in Ostdeutschland belege. Aus diesem Grunde wird ein verstärktes Eingreifen des Staates gefordert, insbesondere, um einen weiteren Niedergang der Industrie zu verhindern, und allgemein, um den Aufbauprozess insgesamt zu beschleunigen.

Es ist jedoch nicht Versagen der Marktwirtschaft, das hinter der Krise in Ostdeutschland steht und den Neuaufbau der Wirtschaft behindert. Vielmehr geht es immer noch um die unvermeidlichen Folgen der schlagartigen Öffnung der Märkte verbunden mit dem Schock der Einführung der D-Mark sowie um die Wirkungen des Zusammenbruchs der Nachfrage, zu dem es mit dem Zerfall des RGW gekommen ist. Darüber hinaus gibt es zahlreiche politische Entscheidungen, die seit Beginn der Einigung den wirtschaftlichen Aufbau im Osten und den Prozeß der Integration von Ost und West erschwert haben und die nun die allgemeine Verunsicherung über die künftige Entwicklung der deutschen Wirtschaft insgesamt hervorrufen.

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Westdeutschland			Ostdeutschland			Bundesrepublik Deutschland		
	1991	1992 <sup>1)</sup>	1993 <sup>1)</sup>	1991	1992 <sup>1)</sup>	1993 <sup>1)</sup>	1991	1992 <sup>1)</sup>	1993 <sup>1)</sup>
Bruttosozialprodukt <sup>2)</sup> (Veränderung in vH gegenüber Vorjahr)	3,6	1,0	0,5	-28,4	5,5	7,0	0,4	1,0	1,0
Erwerbstätige <sup>3)</sup> (1000 Personen)	29 219	29 450	29 350	7 179	6 170	5 900	36 398	35 620	35 250
Arbeitslose (1000 Personen)	1 690	1 800	2 030	913	1 190	1 240	2 602	2 990	3 270
Arbeitslosenquote <sup>4)</sup> (in vH)	5,5	5,8	6,5	10,9	15,3	16,5	6,7	7,7	8,5
Verbraucherpreise <sup>5)</sup> (Veränderung in vH gegenüber Vorjahr)	3,8	4,0	3,5	12,8	11,0	8,5	4,8	5,0	4,5
Finanzierungssaldo Staat <sup>6)</sup> (Mrd. DM)	-93,6	-73,0	-64,0	4,5	-22,5	-36,0	-89,1	-95,5	-100,0
Leistungsbilanzsaldo <sup>7)</sup> (Mrd. DM)	-	-	-	-	-	-	-32,9	-40	-50

<sup>1)</sup> Schätzung der beteiligten Institute. — <sup>2)</sup> Für Westdeutschland zu Preisen von 1985, für Ostdeutschland und Bundesrepublik Deutschland zu Preisen von 1991. — <sup>3)</sup> Im Inland. — <sup>4)</sup> Bezogen auf die zivilen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer und Arbeitslose). — <sup>5)</sup> Preisniveau des privaten Verbrauchs. — <sup>6)</sup> In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. — <sup>7)</sup> In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

Zu den schwerwiegenden Irrtümern der Politik zählt die Meinung, die Teilung Deutschlands könne — im wesentlichen — durch Teilen überwunden werden. Tatsächlich haben verteilungspolitische Forderungen, Maßnahmen und Vereinbarungen seit der Vereinigung im Vordergrund gestanden. Die großzügige Umstellung eines erheblichen Teiles der Sparkonten zum Kurs 1:1 von Mark der DDR in D-Mark und die staatlich zugesagte Auszahlung der Löhne zu ihrem früheren Nominalwert nach der Währungsumstellung in D-Mark haben hier politische Signale gesetzt, die auf das Verhalten der Tarifparteien ausgestrahlt haben und bis heute die Illusion hervorrufen, es sei lediglich eine Frage des guten Willens von Politik, Unternehmen und westdeutscher Bevölkerung, ob die Menschen in Ostdeutschland schon bald ein Einkommen wie die in Westdeutschland haben können. Die starken Lohnsteigerungen in Ostdeutschland wiederum sind einer der wichtigsten Gründe dafür, daß die staatlichen Transfers nach Ostdeutschland für konsumtive Zwecke sehr kräftig angeschwollen sind: direkt, weil in den Betrieben der Treuhandanstalt die zu zahlenden Löhne nicht erarbeitet werden können und weil im staatlichen Sektor Ostdeutschlands die Personalausgaben den Einnahmen vorausziehen, indirekt, weil die Arbeitslosigkeit zunimmt und viele Sozialleistungen mit den Einkommen der noch Beschäftigten steigen. Der Versuch, auf diese Weise die Teilung zu über-

winden, macht die Einigung sehr teuer. Hinzu kommen die Kosten der Verteilungskonflikte, die dadurch hervorgerufen worden sind: Allenthalben haben sich Auseinandersetzungen darüber ergeben, wer die Lasten des Teilens tragen soll — Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen, zwischen Staat und Bürgern sowie zwischen Gewerkschaften und Unternehmen. Beim Staat mündeten sie in hohe Haushaltsdefizite, für die Bürger in höhere Steuern und Abgaben und für die Unternehmen im Westen in einen Druck auf die Gewinne, der die Investitionsneigung dämpft.

Für die Menschen in Ostdeutschland haben sich aus alledem höchstens vorübergehende Vorteile ergeben. Die Institute haben schon in der Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr 1990 die Lohnentwicklung als entscheidend für das Gelingen der Transformation der ostdeutschen Wirtschaft in den Vordergrund gerückt. Ihre Auffassung war, daß das durchschnittliche Lohnniveau bei Eintritt in die Währungsunion unter dem in der DDR zuletzt gemessenen Produktivitätsniveau liegen müsse, weil nach der Öffnung der Märkte der Konkurrenzdruck schlagartig die fundamentale Ineffizienz der ostdeutschen Wirtschaft offenlegen, zu Produktionseinschränkungen zwingen und das Produktivitätsniveau sinken lassen würde. Sie haben für Tarifvereinbarungen auf Betriebsebene plädiert, um mit differenzierten Abschlüssen eine tragfähige Kostenbasis

für die Unternehmen zu schaffen. Eine Umstellung der Löhne im Verhältnis 1:1 sei „in Wirklichkeit kein Geschenk, sondern wird für die Wirtschaft insgesamt mit dem Verlust vieler Arbeitsplätze erkaufte“. Appelle zur lohnpolitischen Vernunft durchziehen seitdem alle Gemeinschaftsdiagnosen. Die Tariflöhne in Ostdeutschland haben sich seit Verwirklichung der Währungsunion verdoppelt. In ähnlichem Maße erhöhten sich die Lohnstückkosten, obwohl die Lohnsteigerungen sowie die Stilllegung besonders unrentabler Fertigungen Freisetzen von Arbeitskräften erzwangen und damit der Produktivitätsanstieg forciert wurde. Gegenüber Westdeutschland hat sich die Attraktivität Ostdeutschlands als Standort für die Fertigung international handelbarer Güter von der Lohnkostenseite her drastisch verschlechtert; dies wiegt um so mehr, als viele sonstige Voraussetzungen für die Unternehmen, beispielsweise bei der Infrastruktur, immer noch erheblich schlechter als im Westen sind. Für viele Menschen im Osten bedeutet dies, daß sie viel länger auf einen Arbeitsplatz warten müssen. Dies alles birgt nicht zuletzt politischen und sozialen Sprengstoff. Auf die Dauer dürfte es den Menschen im Westen nicht zu vermitteln sein, daß sie für die Kosten einer staatlich sanktionierten und letztlich in vielfältiger Weise alimentierten Lohnpolitik aufkommen sollen, die im Osten Beschäftigungschancen nimmt. In Ostdeutschland ergibt sich zugleich die Gefahr einer Spaltung der Gesellschaft in Arbeitsplatzbesitzer und andere, die zwar vom Staat unterstützt werden, aber keine berufliche Perspektive haben.

Mit der Vereinigung hat das Gewicht Deutschlands in der Weltwirtschaft zugenommen. Das sollte genutzt werden, um den Kräften zu begegnen, die die weltwirtschaftliche Integration gefährden. Die Verhandlungen im Rahmen des GATT drohen an den Partikularinteressen der Landwirtschaft und anderer Gruppen zu scheitern; die Folge könnte sehr wohl sein, daß Protektion und Bilateralismus im internationalen Handel eskalieren. Dies ginge im besonderen Maße zu Lasten der deutschen Wirtschaft, die von der gegenseitigen Öffnung der Märkte stark profitiert hat. Die Haltung vieler Länder gegenüber den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas ist reserviert. Hier sollte Deutschland zum Schrittmacher werden; angezeigt ist vor allem, daß diesen Ländern die Märkte für die Produkte, mit denen sie schon rasch Absatzfolge erzielen könnten, vollständig geöffnet werden. Dem stehen wiederum Gruppeninteressen entgegen; ungleich höher sollten freilich die Chancen gewertet werden, die sich für die deutsche Wirtschaft ergeben, wenn die Länder ihrerseits Absatz für ihre Produkte finden können.

#### **Finanzpolitik:**

##### **Wachstumsgerechtem Konsolidierungspfad folgen**

Zwei Jahre nach der Vereinigung steht die Finanzpolitik vor unvermindert großen Herausforderungen. Die Anpassungskrise in Ostdeutschland und die konjunkturelle Schwächephase der westdeutschen Wirtschaft haben die

Lage der öffentlichen Haushalte verschärft. Obwohl die Ausgabeneinsparungen, insbesondere bei der Sozialversicherung, intensiviert werden, steigt das staatliche Defizit.

Soweit konjunkturell bedingte Mindereinnahmen und Mehrausgaben des Staates vorübergehend zu einer Ausweitung der öffentlichen Verschuldung beitragen, muß dies von der Finanzpolitik hingenommen werden und darf für sich genommen nicht Anlaß zu einer Verschärfung von Konsolidierungsmaßnahmen sein, denn dies würde prozyklisch wirken. Ein nachhaltiger Abbau der Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten ist bei dem eingeschlagenen finanzpolitischen Kurs allerdings auch auf mittlere Sicht kaum zu erwarten. Auf der Ausgabenseite zeichnen sich zusätzliche Belastungen durch steigende Zinszahlungen ab, und Risiken bestehen in den verschiedenen Nebenhaushalten (insbesondere bei der Treuhandanstalt und beim Kreditabwicklungsfonds) und durch die noch offene Finanzierung der Bahnreform. Weitere Ausgabenrisiken liegen beispielsweise in den Ausgleichs- und Entschädigungsregelungen für in der DDR Enteignete, in den Altlasten im Umweltbereich der neuen Bundesländer, in der Inanspruchnahme der Exportbürgschaften des Staates, aber auch im steigenden Finanzbedarf der Europäischen Gemeinschaft insbesondere für Agrar- und Strukturpolitik. Auch auf der Einnahmenseite bestehen Risiken, da nicht gesichert ist, daß die Wirtschaft schon bald wieder auf den von der Finanzpolitik unterstellten Wachstumspfad einschwenkt.

Vor dem Hintergrund der großen wirtschaftlichen und sozialen Problemmasse in Ostdeutschland und des enger werdenden Finanzierungsspielraums der öffentlichen Haushalte richtet sich die finanzpolitische Diskussion zunehmend auf die fiskalischen Aspekte der Konsolidierung und dabei auf die Frage, wie die staatlichen Einnahmen „verbessert“ werden können. Die Expansion der Staatsausgaben, insbesondere auch bedingt durch das von der Lohnpolitik forcierte Auseinanderlaufen von Produktion und Einkommen in Ostdeutschland, wird weitgehend hingenommen. In der Ausnahmesituation unmittelbar nach der Vereinigung mag Improvisation das Gebot der Stunde auch in der Finanzpolitik gewesen sein. Nun, zwei Jahre später, sind finanzpolitische Konzepte gefordert, die sich auch auf mittlere Sicht als tragfähig erweisen; sonst werden Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit der Politik zunehmend gefährdet. Eine Neuorientierung ist um so dringlicher, als in der gegenwärtigen labilen konjunkturellen Lage einer weiteren Verunsicherung von Investoren und Konsumenten entgegengewirkt werden muß. Aktionismus gilt es aber zu vermeiden. Es würde sich als verhängnisvoll für die weitere wirtschaftliche Entwicklung erweisen, sollten die Ausgaben nun konzeptionslos gekürzt oder die Steuer- und Abgabenschraube weiter angezogen werden.

Es wäre ohnehin nicht sachgerecht, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte allein auf die Reduzierung des Staatsdefizits auszurichten. Was gegenwärtig fehlt, ist eine

mittelfristige Orientierung der Finanzpolitik, die erkennen läßt, welche Aufgaben der Staat angesichts der neuen Herausforderungen übernehmen kann und will. Dabei muß auch vieles auf den Prüfstand gestellt werden, was dem Staat herkömmlicherweise als seine Aufgabe zugewiesen wird. Gerade die Bewältigung der ökonomischen Probleme in Ost- und Westdeutschland erfordert eine Rückbesinnung darauf, daß die private Initiative der Unternehmen, Arbeitnehmer und Haushalte für die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend ist. Die Politik kann dabei finanzielle Mittel bereitstellen,

- um über den Auf- und Ausbau von Infrastruktur und Verwaltung die Produktivität des privaten Sektors zu erhöhen,
- um eine rasche private Kapitalbildung in den neuen Bundesländern zu fördern,
- und um Anpassungshärten sozialpolitisch abzufedern.

Eine ordnungspolitisch ausgerichtete Konsolidierung der öffentlichen Haushalte muß auf der Ausgabenseite ansetzen. Der mit der Vereinigung verbundene rasche Anstieg der Ausgabenquote und die gleichzeitig kräftige Zunahme der Abgabenquote des Staates unterstreicht dies.

Die Vereinigung verlangt das Setzen neuer Prioritäten in der Ausgabenpolitik. Gerade jetzt sollten alle Staatsausgaben auf ihre Dringlichkeit hin überprüft werden. Ausgaben, die die Wachstumskräfte stärken, müssen Vorrang haben. Wenn die Politik dagegen dauerhaft Subventionen und Transferzahlungen leistet, dämpft sie private Aktivität und Leistungsbereitschaft und verringert damit die gesamtwirtschaftlichen Wachstumschancen.

Bei den notwendigen Ausgabenumschichtungen müssen vor allem Subventionskürzungen verstärkt in Angriff genommen werden. Es wäre ein historisches Versagen, wenn in Ostdeutschland Dauersubventionen eingeführt werden, weil in Westdeutschland der Subventionsabbau nicht vorangetrieben wird. Geradezu skandalös ist es, daß starke Partikularinteressen in bestimmten Bereichen Westdeutschlands eine Korrektur der Politik verhindern, während in Ostdeutschland ganzen Wirtschaftszweigen und Regionen eine gewaltige Anpassungslast auferlegt ist.

Den neuen Prioritäten angemessen wäre auch eine stärker als bisher sichtbare Ausgabenzurückhaltung der westdeutschen Länder und Gemeinden. Allerdings ist eine rasche Klärung des zukünftigen Finanzausgleichs erforderlich, um die notwendige Planungssicherheit der Gebietskörperschaften zu gewährleisten.

Für die Förderung privater Investitionen in Ostdeutschland sind bereits in erheblichem Umfang öffentliche Gelder bereitgestellt worden. Die davon ausgehende Anstoßwirkung auf die Investitionstätigkeit kann sich erst nach und nach entfalten. Geduld ist also angebracht. Allerdings ist es notwendig, die Effizienz des Mitteleinsatzes zu verbessern.

Ausgabenkürzungen erfordern viel politische Kraft. Es wäre fatal, wenn hierbei der Weg des geringsten Wider-

stands beschritten würde und der Konsolidierung notwendige Infrastrukturinvestitionen in Ost- wie Westdeutschland zum Opfer fallen würden. Vorrang sollte vielmehr Kürzungen im konsumtiven Bereich der Staatsausgaben zukommen.

Gelingt es nicht, den Anstieg der konsumtiven Staatsausgaben stärker zu begrenzen, so sind weitere Steuer- und Abgabenerhöhungen unvermeidbar. Dies wäre allerdings der schlechteste Weg. Wird er gleichwohl beschritten, so darf gerade dann eine wachstumsgerechte Ausgestaltung des Steuersystems, die Leistung und Kapitalbildung möglichst nicht behindert, nicht aus dem Auge verloren werden. Dies spricht prinzipiell für eine Umschichtung von den direkten zu den indirekten Steuern.

Um das Primat der Ausgabenbegrenzung nicht zu unterlaufen, muß auch im Falle von Steuererhöhungen sichergestellt sein, daß durch die damit erzielten Mehreinnahmen der Konsolidierungsdruck nicht gelockert wird. Die Institute haben schon in ihrem letzten Gutachten einen Vorschlag unterbreitet, wie dies über eine entsprechende Selbstbindung und einen Sanktionsmechanismus sichergestellt werden könnte.

#### **Lohnpolitik in Westdeutschland: Den Aufschwung sichern**

Als im Herbst vergangenen Jahres, zu einem Zeitpunkt also, als die Abschwächung der konjunkturellen Entwicklung in Westdeutschland klar erkennbar war, die Institute an dieser Stelle Lohnabschlüsse für 1992 in der Größenordnung von 4 vH empfohlen haben, wurde dies vor allem von seiten der Gewerkschaften heftig kritisiert. Tatsächlich wurde die Tarifrunde mit Forderungen von mehr als 10 vH eröffnet und endete — nach heftigen Auseinandersetzungen und Streiks — mit Abschlüssen von rund 5½ vH. Damit schlug die Tarifpolitik einen Kurs ein, der mit dem der stabilitätsorientierten Geldpolitik kollidieren mußte. Die Arbeitslosigkeit steigt seit dem Frühjahr dieses Jahres, und die Schwäche der wirtschaftlichen Entwicklung ist viel ausgeprägter als zuvor.

Der von den Instituten damals vorgeschlagene Kurs hätte mit Sicherheit für alle Beteiligten ein besseres Ergebnis gebracht. Mit Lohnforderungen, die zu Abschlüssen von 4 vH gepaßt hätten, wäre der Geldpolitik frühzeitig signalisiert worden, daß nicht versucht wird, die Verteilungsprobleme in Deutschland zu Lasten des Geldwertes zu „lösen“. Trotz der vom Staat mit der Anhebung der Verbrauchsteuern schon Mitte 1991 induzierten Preisniveaueffekte wäre die Inflationsrate im Verlauf des Jahres niedriger gewesen. Damit hätte auch der von der Geldpolitik ausgehende Restriktionsdruck automatisch nachgelassen, und die Bundesbank wäre bei der Interpretation der Geldmengenentwicklung gelassener gewesen. Zinssenkungen schließlich hätten Signalwirkung für andere Notenbanken in Europa gehabt und somit Impulse für die Inlands- und Auslandsnachfrage mit sich gebracht. Der An-

stieg der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland wäre schwächer gewesen.

Offenbar ist vielfach nicht verstanden worden, daß es bei dem Werben um niedrige Nominallohnabschlüsse nicht um eine die Arbeitnehmer einseitig belastende Verteilungsänderung ging. Leitend war vielmehr der Gedanke, daß der unumgängliche Verteilungskonflikt bei einem niedrigen Inflationsniveau ausgetragen wird und keiner der Beteiligten die Scheinlösung einer höheren Preissteigerungsrate mit allen negativen Folgewirkungen suchen sollte. Bei Nominallohnabschlüssen von 4 vH wäre das real verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer bei einer entsprechend niedrigeren Preissteigerungsrate aller Voraussicht nach ebenso stark gestiegen wie nun bei Abschlüssen von 5 ½ vH. Doch selbst wenn das nicht in vollem Umfang der Fall gewesen wäre, müßte man gegenrechnen, welche Auswirkungen eine bessere Gewinnentwicklung der Unternehmen auf Konjunktur und Arbeitsplätze gehabt hätte.

Man mag fragen, warum die Arbeitnehmer eine Vorleistung in Form niedriger nominaler Kontrakte leisten sollen, ohne daß es vollständige Sicherheit gibt, daß dies rasch durch niedrigere Preise und mehr Arbeitsplätze honoriert wird. Die Frage ist zweifellos berechtigt. Die Antwort ist aber abhängig von den Präferenzen der Arbeitnehmer: Wer Lohnfindungssysteme bevorzugt, bei denen am Anfang einer Periode ein Kontrakt mit fester Entlohnung steht, wird sich immer wieder der Forderung nach ausreichender Flexibilität, also nach Rücksichtnahme bezüglich der aktuellen wirtschaftlichen Lage ausgesetzt sehen. Wer dagegen von vornherein akzeptiert, daß Lohnkontrakte im Zeitablauf eine größere Flexibilität zulassen, wie das bei Gewinnbeteiligungs- oder Investivlohnmodellen der Fall ist, wird die Diskussion von Lohnforderungen im Vorfeld von Tarifaueinandersetzungen leichter zurückweisen können.

Da solche fundamentalen Veränderungen nicht anstehen, muß wiederum die Frage erörtert werden, welches die Leitgedanken und Größenordnungen für die Lohnrunde in Jahre 1993 sein sollten. Häufig wird derzeit Konstanz der Reallöhne als denkbare Ziel genannt. Doch eine solche Festlegung ist problematisch, da sie unterstellt, die Preisentwicklung sei eine vorgegebene Größe. Das ist sie aber nicht, sondern sie ist abhängig von den Lohnerhöhungen. Sinnvoll ist es daher, von vornherein in die Tarifverhandlungen jene Preissteigerungsrate einzubringen, die sich am Ende ergeben soll. Zusätzlich gilt, daß vom Staat induzierte Preisniveaueffekte, wie die Anhebung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 1993, nicht zum Gegenstand des Verteilungsstreits zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern gemacht werden dürfen, sondern von allen — auch von der Geldpolitik — hingenommen werden müssen.

Die in den kommenden Tarifverhandlungen zur Diskussion stehende Preissteigerungsrate sollte zwischen 2 vH und 2½ vH angesiedelt werden. Die aktuelle Rate von etwa 3½ vH ist sowohl Ergebnis staatlich gewollter Umverteilung

als auch der starken Lohnstückkostensteigerungen der vergangenen beiden Jahre. Beide Einflüsse dürfen für die nächste Lohnrunde nicht bestimmend sein. Die Produktivität wird im kommenden Jahr nach unserer Prognose um etwa 2 vH steigen, gleichzeitig sinkt aber die Zahl der Erwerbstätigen und die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Soll eine günstigere Arbeitsmarktentwicklung erreicht werden, darf dieser Produktivitätsanstieg nicht vollständig in den Lohnabschluß eingehen. Nimmt man alles zusammen, liegt die Richtgröße für Lohnabschlüsse bei 3 vH. Damit würden unter Berücksichtigung der Risiken Voraussetzungen für eine kräftige Erholung der Gesamtwirtschaft geschaffen, ohne daß sich damit automatisch die Einkommenssituation der Arbeitnehmer verschlechterte. Es spricht vieles dafür, daß gerade in dieser Phase des Konjunkturzyklus der Wettbewerb auf den Gütermärkten stark bleibt, so daß niedrigere Nominallöhne sich rasch in einem niedrigeren Preisanstieg niederschlagen würden.

### **Lohnpolitik in Ostdeutschland: Den Aufbau ermöglichen**

Die Lohnpolitik für Ostdeutschland gerät zunehmend unter Beschuß. Nachdem in der Anfangsphase des Transformationsprozesses vielfältige administrative und legislative Hemmnisse im Vordergrund der Diskussion standen, wird jetzt mehr und mehr deutlich, daß die schnelle Angleichung der Löhne an den Standard in Westdeutschland ein hochgradiges Anpassungshemmnis ist. Zunehmend geraten auch schon privatisierte Unternehmen in Bedrängnis, weil sich in vielen Betrieben weder durch Investitionen noch durch die Freisetzung von Arbeitskräften Produktivitätsschübe realisieren lassen, die bei der explosiven Lohnentwicklung eine Kostensenkung erlauben.

Mittlerweile ist eine heftige Diskussion darüber entbrannt, mit welchen Mitteln das Tempo der Lohnanpassung verlangsamt werden kann, sind doch in vielen Branchen die Anpassungsschritte bis zu einem Tarifniveau, das etwa dem westlichen entspricht, schon vertraglich festgelegt. Die Institute hatten im Vorjahr die Nutzung von Revisionsklauseln empfohlen. Das ist bisher kaum geschehen. Nun wird von der Bundesregierung eine gesetzliche Regelung ins Auge gefaßt, die es dem einzelnen Betrieb ohne Zustimmung der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften erlauben soll, aus dem kollektiv vereinbarten Vertrag auszusteigen und eine eigene Regelung zu treffen. Das ist ein in vieler Hinsicht mit Problemen behafteter Ausweg.

In Ostdeutschland waren die Bedingungen für ein Funktionieren der Tarifautonomie, wie an dieser Stelle mehrfach dargelegt wurde, von Anfang an nicht gegeben. Folglich gilt es in Ostdeutschland die Auswüchse einer falschen institutionellen Weichenstellung zu beschneiden und zum anderen Grundbedingungen zu schaffen, die ein Funktionieren der Tarifautonomie wie im Westen erlauben. Beide Tarifparteien müssen erkennen, daß auch eine grundge-

setzlich garantierte Autonomie nur ihre „innere Legitimität“ erhält, wenn sie zu Ergebnissen führt, die gesellschaftlich akzeptabel sind. Sind sie das nicht, wird das gesamte Regelwerk in Frage gestellt. Dann wären gesetzliche Regelungen, die betriebliche Öffnungsklauseln vorsehen, die ultima ratio. Aufgabe der Tarifpartner ist es nun, ihre gesellschaftliche „Legitimation“ wiederherzustellen.

Der geeignete Weg dazu sind Neuverhandlungen im gegenseitigen Einverständnis. Dabei kann — auf der Basis der heute geltenden Tarife — entweder ein neuer Pfad der Anpassungen an das Westniveau zur Diskussion stehen oder aber — was wohl das Beste wäre — die Einigung auf von nun an jährlich stattfindende Verhandlungen wie in Westdeutschland, bei denen Rücksicht auf die aktuelle Situation der ostdeutschen Wirtschaft genommen werden kann. Da das Produktivitätswachstum in Ostdeutschland das in Westdeutschland deutlich übersteigen wird, wäre auch bei jährlichen Verhandlungen mittelfristig eine Anpassung an das Westniveau zu erwarten. Das schrittweise Vorgehen hätte aber den Vorteil, weder die Betriebe in Ostdeutschland noch die Bereitschaft und die Fähigkeit des Westens, die Lücke zwischen Produktion und Einkommen zu schließen, zu überfordern. Im kommenden Jahr etwa dürfte bei einer Entwicklung, wie sie unserer Prognose zugrunde liegt, die Produktivität in Ostdeutschland um 10 vH steigen. Einigte man sich auf Nominallohnabschlüsse etwa in der Mitte zwischen den westdeutschen Abschlüssen und dieser Größenordnung, würden die Betriebe kostenmäßig entlastet und könnten eigene Mittel erwirtschaften, die für die Umstrukturierung einzusetzen wären.

Zunächst würden die Reallöhne dabei zwar leicht sinken, wenn man als Maßstab die statistisch ausgewiesene Preissteigerungsrate zugrunde legt. Zu bedenken ist jedoch, daß es — in Form von Wohngeld — eine durchaus zu Buche schlagende Kompensation für die Mieterhöhungen gibt. Die starken Preissteigerungen in Ostdeutschland sind ohnehin nur ein vorübergehendes Phänomen.

### Arbeitsmarktpolitik

Aufgrund des Umfangs des wirtschaftlichen Einbruchs und der zeitlichen Perspektive für den Umstrukturierungsprozeß kommt der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland eine andere Bedeutung als in Westdeutschland zu. Sie soll den Umstrukturierungsprozeß und die damit verbundene Unterbeschäftigung sozialpolitisch abfedern. Im Jahre 1991 ist deshalb der arbeitsmarktpolitische Mitteleinsatz massiv ausgeweitet worden. Viele Menschen wurden so vor Arbeitslosigkeit bewahrt. Dies hat in einigen Bereichen jedoch zu einer wildwüchsigen Entwicklung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und von Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung geführt. Nicht zuletzt aus diesem Grunde wurde die Arbeitsmarktpolitik in

Ostdeutschland kritisiert; die Förderbedingungen wurden daraufhin verschärft.

Angesichts der Schwäche auf der Angebotsseite der Gütermärkte und der damit einhergehenden geringen Arbeitskräftenachfrage ist eine durchgreifende Veränderung auf dem Arbeitsmarkt Ostdeutschlands in kurzer Zeit nicht zu erwarten. Die Arbeitsmarktpolitik — vor allem durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen — wird deshalb wohl für längere Zeit eine Brückenfunktion wahrnehmen müssen, bis auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt vermehrt Arbeitsplätze geschaffen worden sind.

Die sich im Zuge des Anpassungsprozesses in den neuen Bundesländern völlig neu entwickelnden Unternehmens- und Branchenstrukturen bedingen die Qualifizierung der Arbeitskräfte im Hinblick auf neue Techniken und Anforderungen. Besonders im Handwerk und in der Bauwirtschaft, aber auch in vielen Dienstleistungsbereichen besteht ein erheblicher Qualifizierungsbedarf, da bestimmte Berufsfelder nicht oder nur unzureichend existieren. Die Arbeitsmarktpolitik sollte verstärkt auf Fortbildung und Umschulung ausgerichtet werden, um den Strukturwandel in Ostdeutschland wirksam unterstützen zu können.

Auch muß auf eine Straffung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Hinblick auf eine effiziente Verwendung von knappen Haushaltsmitteln geachtet werden. Darüber hinaus ist zu gewährleisten, daß sich auf Dauer kein zweiter Arbeitsmarkt etabliert. Auf mittlere Sicht sind deshalb auch Mechanismen erforderlich, die die Mobilität der Arbeitskräfte des zweiten Arbeitsmarktes erhöhen. Die Arbeitszeit von ABM-Kräften auf 80 vH der normalen Voll-Arbeitszeit bei gleichzeitiger Verringerung der Bezüge zu verkürzen, geht daher in die richtige Richtung. Derzeit ist allerdings weniger die zu geringe Mobilität der ABM-Beschäftigten als vielmehr die unzureichende Zahl von Arbeitsplätzen am ersten Arbeitsmarkt das größte Problem. Jedoch dürften die Mobilitätsanreize mit steigender Arbeitskräftenachfrage zunehmend wichtig werden.

### Zu den Forderungen nach einer Industriepolitik in Ostdeutschland

Während in manchen Wirtschaftszweigen Produktion und auch Beschäftigung expandieren, steht die ostdeutsche Industrie noch voll in der Anpassungskrise. Zwar ist die Privatisierung durch die Treuhandanstalt weit vorangekommen; aber Privatisierung bedeutet in aller Regel, daß zunächst große Teile der Fertigungsanlagen stillgelegt werden müssen, weil sich für die mit ihnen hergestellten Produkte weder im Inland noch im Ausland Käufer finden lassen. Nicht selten hat die Stilllegung zur Folge, daß in bestimmten Regionen zugleich der wichtigste oder gar der einzige Arbeitgeber ausfällt, denn viele Gebiete waren durch Monostruktur geprägt. Eine solch große Bedeutung für einzelne Regionen kommt nicht wenigen Betrieben zu, die sich noch im Besitz der Treuhandanstalt be-

finden. Darunter sind fast 100 Betriebe mit jeweils mehr als 1 000 Beschäftigten. Die Treuhandanstalt beabsichtigt, auch die noch in ihrem Besitz befindlichen Betriebe möglichst rasch zu privatisieren oder sie stillzulegen, wenn sie Privatisierungs- und Sanierungschancen nicht sieht. Ein weiterer Abbau industrieller Fertigungskapazitäten ist damit absehbar.

Das hat zu der Forderung geführt, es solle für Ostdeutschland eine Industriepolitik verfolgt werden, die die Entindustrialisierung und die Aufgabe überkommener Industriestandorte verhindert, weil von ihnen das Schicksal ganzer Regionen abhängt. Es ist unzweifelhaft, daß es ohne einen großen industriellen Sektor in den neuen Bundesländern keinen sich selbst tragenden Wachstumsprozeß geben kann. In allgemeiner Weise werden auch der Neuaufbau und die Umstrukturierung der Industrie schon jetzt in beträchtlichem Umfang durch den Staat gefördert, indem er für Ostdeutschland vielfältige Maßnahmen zur Gründung von Unternehmen und zur Verstärkung der Investitionstätigkeit ergriffen hat. Zu bezweifeln ist aber, daß der Staat darüber hinaus durch Industriepolitik zum Entstehen eines international wettbewerbsfähigen Industriesektors beitragen kann.

Eben dies behaupten die Befürworter von Industriepolitik. Völlig unklar ist jedoch, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Es gibt, entgegen immer wieder vorgebrachten Einwänden, auch keine Belege dafür, daß Versuchen mit Industriepolitik in Westdeutschland aus gesamtwirtschaftlicher Sicht Erfolg beschieden gewesen wäre. Hier ist es lediglich gelungen, Branchen und Betrieben, die ihre Produkte — beispielsweise Kohle, Eisen oder Schiffe — zu teuer produzierten, durch Subventionen zu mehr Absatz zu verhelfen. Schrumpfungprozesse wurden so mit Kosten für die Allgemeinheit hinausgezögert. Die Vorteile für die unmittelbar Begünstigten haben dabei die gesamtwirtschaftlichen Nachteile bei weitem nicht aufgewogen. Viele Regionen wurden später schlagartig Anpassungskrisen ausgesetzt, da die Bereitschaft nicht mehr bestand, die Subventionierung im überkommenen Stil fortzusetzen. Es wäre auch aus der regionalen Sicht im nachhinein besser gewesen, wären Mittel auf die Ansiedlung von neuen Unternehmen anstatt auf das Überleben der alten verwendet worden.

In Ostdeutschland ist die Lage der Betriebe vielfach dramatisch, weil es an Produkten fehlt, die Abnehmer finden könnten. Selbst hohe Subventionen würden also nicht dazu führen, daß Kunden gewonnen werden können. Sie würden lediglich bewirken, daß Betriebe erhalten blieben. Unumgänglich ist es in jedem Fall, bei der Umstrukturierung und dem Wiederaufbau der Industrie auf neue Produkte und Fertigungen zu setzen. Dafür kann die Industriepolitik aber keinerlei konkrete, also für die Praxis nutzbare Handlungsanweisungen geben. Industriepolitik für Ostdeutschland würde deshalb lediglich bewirken, daß ein sich immer rascher drehendes Subventionskarussell in Gang gesetzt würde, weil industriepolitische Wunschvor-

stellungen und harte Wirklichkeit immer weiter auseinanderklaffen.

Aus diesen Gründen wäre es auch verhängnisvoll, wenn von der Treuhandanstalt nicht zu privatisierende oder sonstige Betriebe, wie ebenfalls gefordert wird, in staatliche Industrieholdings überführt würden. Die Politik muß sich darüber klar werden, daß sie ihre Grenzen dort hat, wo es nicht auf Geld, sondern auf unternehmerische Konzepte ankommt. In Ostdeutschland wird sehr viel und in steigendem Umfang investiert, von der öffentlichen Hand ebenso wie von — vor allem westlichen — Unternehmen. Jedoch ist die Suche nach Fertigungen, die sich in der Konkurrenz gegenüber Standorten mit niedrigeren Arbeitskosten behaupten können, mühsam. Die Konzeptionen für solche Fertigungen liegen nicht auf der Hand, sondern sie sind knapp. Sie sind das Erfolgskapital der Unternehmen und ihrer Leitungen. Die für viele enttäuschend langsame Umstrukturierung der ostdeutschen Industrie liegt auch daran, daß das Angebot an qualifizierten Unternehmensleitern und damit erfolgversprechenden Fertigungskonzepten nicht sehr rasch ausgedehnt werden kann. Es ist also Geduld erforderlich. Den Betrieben der Treuhandanstalt wäre bei der Suche nach neuen Konzepten am besten gedient, wenn es vermehrt zu der von den Instituten in ihrem Frühjahrgutachten vorgeschlagenen „Als-ob-Privatisierung“ käme.

Gegenwärtig werden verschiedene zusätzliche Maßnahmen diskutiert, die dem schnelleren Aufbau in Ostdeutschland dienen sollen. So wird gefordert, die Investitionszulage für ostdeutsche Investoren auf 25 vH zu erhöhen, sie für westliche Investoren bei 8 vH zu belassen. Die Begründung für eine solche Differenzierung ist unklar. Sie könnte wohl allenfalls dem Ziel entsprechen, Ostdeutschen einen größeren Anteil an dem in den neuen Bundesländern aufzubauenden Produktivvermögen zu sichern. Die Regelung ist abzulehnen, weil sie eine Diskriminierung zwischen Investoren hervorruft und zu Verzerrungen im Kapitaleinsatz führt. Außerdem dürfte es kaum praktikable Kriterien dafür geben, wie zwischen ostdeutschen und westdeutschen Investoren unterschieden werden kann, zumal es Anreize gibt, den Wohnsitz zu verlegen oder andere als Investoren vorzuschieben.

Gegen die jetzt wieder ins Gespräch gebrachte Mehrwertsteuerpräferenz für ostdeutsche Produkte haben sich die Institute schon früher ausgesprochen. Sie würde die Lage jener Betriebe nicht wesentlich verbessern, die in ihrer Existenz gefährdet sind. Außerdem würden Fertigungen nach Ostdeutschland verlegt werden, bei denen die Wertschöpfung im Vergleich zur Mehrwertsteuerpräferenz gering ist; da lediglich Steuervorteile ausgenutzt werden, ist eine Konzentration in der Nähe der alten Grenze wahrscheinlich. Dem Anliegen, eine eigenständige industrielle Basis in Ostdeutschland zu schaffen, würde nicht entsprochen.

Dagegen erscheint die ebenfalls diskutierte Umschichtung der Mittel von den Investitionszuschüssen zu den In-

vestitionszulagen und deren Aufstockung sinnvoll. Die Investitionszulage könnten nämlich auch jene, vor allem kleine und mittlere Unternehmen in Anspruch nehmen, die offenbar bei den Zuschüssen diskriminiert werden, weil die — von vornherein begrenzten — Mittel vorzeitig ausgeschöpft sind. Zwar würde der staatliche Mitteleinsatz zunehmen; dies scheint aber durch das Ziel gut begründet, den Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft in allgemeiner Weise zu fördern. Überdies wäre den Unternehmen mit Zulagen mehr geholfen, weil sie — anders als Zuschüsse — wie Eigenkapital genutzt werden können.

Von den sonstigen Forderungen nach Hilfen für Ostdeutschland scheint allenfalls eine nochmalige Investitionspauschale für die Gemeinden erwägenswert. Sie hat zwar den Nachteil, daß es offenbar viele Mitnahmeeffekte gibt, die Investitionen also nicht aufgestockt werden; ferner bemißt sich die Investitionspauschale lediglich nach der Einwohnerzahl, die spezifische Problemlage der Gemeinden wird nicht berücksichtigt. Der Vorteil ist aber, daß die Gemeinden rascher über Mittel verfügen können, als wenn sie ihnen über die üblichen Verwaltungswege zugewiesen werden, die in den neuen Ländern immer noch nicht voll funktionstüchtig sind.

Die Institute haben die große Sorge, daß die Weichen in Ostdeutschland jetzt in die falsche Richtung gestellt werden. Die Sorge liegt darin begründet, daß die Forderungen nach Industriepolitik, staatlichen Auffanggesellschaften für Betriebe und der langfristigen Fortführung von sogenannten ABS-Gesellschaften offenbar mehr Gehör finden. Wäre es so, dann drohte die Gefahr von Dauersubventionen, deren Größenordnung nicht annähernd absehbar ist. Das müßte die wirtschaftliche Entwicklung in beiden Teilen Deutschland belasten. Gleichermaßen gilt aber, daß die Subventionen in den alten Bundesländern schwere Schäden anrichten. Zum Teil benachteiligen sie auch direkt ostdeutsche Branchen und Unternehmen, wie die Subventionen für den westdeutschen Steinkohlenbergbau oder die Werften. Es ist dringlich, die Subventionen im Westen drastisch zu kürzen, nicht nur um Finanzquellen für den Aufbau im Osten zu erschließen.

### Geldpolitik

Im September begann die Bundesbank, ihre Zinsen zu senken. Sie begründete dies ausschließlich mit den Abwertungen anderer Währungen im EWS; die monetäre Entwicklung habe ihr zur geldpolitischen Lockerung keinen Anlaß gegeben: Im Sommerhalbjahr hat die Geldmenge  $M_3$  unvermindert kräftig expandiert. Mit einer Jahresrate von rund 9 vH gegenüber dem vierten Quartal 1991 übertraf sie deutlich den Zielkorridor von  $3\frac{1}{2}$  bis  $5\frac{1}{2}$  vH.

Seit einiger Zeit mehren sich jedoch die Zweifel, ob die starke Geldmengenausweitung tatsächlich einen stabilitätswidrig expansiven Kurs der Geldpolitik signalisiert. Die anhaltend inverse Zinsstruktur — die kurzfristigen Zinsen übertreffen die langfristigen —, die zunehmende Schwäche

der Binnenkonjunktur und die Stärke der D-Mark auf den Devisenmärkten ließen eher auf einen engen Kurs der Geldpolitik schließen. Angesichts all dieser Unsicherheiten wird die Frage aufgeworfen, ob die Bundesbank überhaupt abermals ein Geldmengenziel für das kommende Jahr beschließen soll und gegebenenfalls welches.

Mit der Verkündung eines Geldmengenzieles soll zum einen den am Wirtschaftsprozeß Beteiligten ermöglicht werden, sich eine verlässliche Vorstellung über den zukünftigen Kurs der Geldpolitik zu machen; so können insbesondere Konflikte zwischen Geld- und Lohnpolitik vermieden werden. Zum anderen soll mit der Vorgabe von Geldmengenzielen eine Verstetigung des geldpolitischen Kurses erreicht werden. Als Maßstab für die Bemessung der Geldmengenziele dient nämlich nicht die aktuelle Konjunktursituation, sondern die mittelfristige Ausweitung des Produktionspotentials bei Preisstabilität. Die Hinwendung zu Geldmengenzielen hat sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Industrieländern durchaus positiv ausgewirkt: Die Wirtschaftsentwicklung verlief in den achtziger Jahren — verglichen mit der in den siebziger Jahren — stetiger, und der Preisanstieg war deutlich niedriger. Gleichwohl haben in einer Reihe von Ländern die Wahl des Geldmengenaggregats und die Quantifizierung des Geldmengenzieles Probleme bereitet. So haben etwa Innovationen auf den Finanzmärkten den Zusammenhang zwischen Geldmenge, wirtschaftlicher Aktivität und Preisentwicklung verändert.

Die Institute haben frühzeitig darauf hingewiesen, daß durch die deutsche Währungsunion die Beziehungen zwischen monetären und realen Größen gestört werden dürften. Aus den genannten Gründen haben sie die Ankündigung von Geldmengenzielen dennoch für sinnvoll gehalten. Sie haben aber dafür plädiert, angesichts der Unsicherheiten über die Einschätzung bestimmter Geldmengenentwicklungen zusätzliche Indikatoren, insbesondere die Entwicklung der Zinsstruktur, zu berücksichtigen.

Von Mitte 1991 an gingen die kurzfristigen Zinsen zunehmend über die langfristigen hinaus. In der Regel indiziert eine solche inverse Zinsstruktur einen sehr straffen geldpolitischen Kurs. Damit stellen sich zwei Fragen:

- Sollte die Geldmenge  $M_3$  als geldpolitische Zielvariable beibehalten werden?
- Hat die Bundesbank mit Raten von  $3\frac{1}{2}$  bis  $5\frac{1}{2}$  vH und haben die Institute mit einer mittleren Rate von  $5\frac{1}{2}$  vH eine Ausweitung der Geldmenge  $M_3$  für 1992 für angemessen gehalten, die sich im nachhinein als zu gering erwiesen hat?

Heute ist kaum noch umstritten, daß seit einem Jahr die Expansion der Geldmenge  $M_3$  die stabilitätspolitisch relevante monetäre Expansion überzeichnet. Die Ausweitung der Geldmenge  $M_3$  beruht zum Teil darauf, daß die (reserverpflichtigen) Termineinlagen mit Jahresraten von über 20 vH aufgestockt wurden. Der Hauptgrund dürfte sein, daß Termineinlagen deutlich besser verzinst wurden als

langfristige Geldanlagen, zum Beispiel Anleihen. Dies scheint gegen die Wahl der Geldmenge  $M_3$  als geldpolitische Zielgröße zu sprechen. Doch auch die liquiditätsnähere Geldmenge  $M_1$  expandierte im Sommerhalbjahr mit Raten von 6 bis 7 vH. Alles in allem liegt die Vermutung nahe, daß bei der Bemessung der stabilitäts- und wachstumsgerechten Ausweitung der gesamtdeutschen Geldversorgung im Jahre 1992 einige Faktoren unterschätzt worden sind.

Nach wie vor dürfte — bei aller Unsicherheit über das ostdeutsche Produktionspotential — die Schätzung eines gesamtdeutschen Potentialwachstums von 3 vH als einigermaßen realistisch anzusehen sein. Auch an der Vorgabe einer normativen Preissteigerung von 2 vH für die Wirtschaft in Westdeutschland halten wir fest. Zweifel sind aber angebracht, ob mit einem Zuschlag von einem halben Prozentpunkt der trendmäßigen inflations- und wachstumsneutralen Zunahme des Geldhaltungsquotienten (Geldmenge in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt) ausreichend Rechnung getragen wird; empirische Schätzungen deuten meist auf eine höhere Rate hin. Noch mehr dürfte zu Buche schlagen, daß vor einem Jahr die Zunahme der „inflationneutralen“ Geldhaltung in Ostdeutschland zu gering veranschlagt worden war. So erwarteten die Institute, daß die Relation zwischen der Geldhaltung und den verfügbaren Einkommen nochmals — wenn auch weniger als zuvor — sinken werde, da sich der Prozeß der Umschichtung von Geld zu Geldkapital noch fortsetze. Die aktuellen, freilich unvollkommenen, bankstatistischen Informationen deuten jedoch darauf hin, daß dieser Prozeß schon 1991 weitgehend abgeschlossen war; die Geldhaltung in Ostdeutschland dürfte deshalb, anders als 1991, in diesem Jahr weitgehend im Einklang mit dem Transaktionsvolumen zunehmen.

Hinzu kommt, daß seinerzeit die Bedeutung jener zusätzlichen Transaktionen unterschätzt wurde, die aus der Erhöhung administrativer Preise (Mieten, Heizkosten) und der damit verbundenen Zunahme staatlicher Ausgleichszahlungen (Wohngeld und Zuschüsse zu den Heizkosten) resultieren. Die Erhöhung dieser Preise oder Kosten ist ein wirtschaftspolitisch gewollter Schritt zur allmählichen Anpassung staatlich festgesetzter Preise an die Marktpreise. Sie hat zur Folge, daß das nominale Transaktionsvolumen zunimmt und ist für sich genommen nicht Ausdruck eines Inflationsprozesses. Die Geldpolitik muß die der Zunahme des nominalen Transaktionsvolumens entsprechende zusätzliche Geldmenge zur Verfügung stellen. Solange die Anpassung der reglementierten Preise an das Marktpreisniveau nicht abgeschlossen ist, stellt die monetäre Alimentierung keine Gefährdung der Preisstabilität dar.

Aus diesen Gründen wäre es vertretbar gewesen, in Gesamtdeutschland einen über den „normativen Preisanstieg“ von 2 vH hinausgehenden tolerierbaren Preisanstieg von 3 bis 4 vH zugrunde zu legen, der sich unter Berücksichtigung der Preisanpassung in Ostdeutschland und der normativen Rate ergibt. Danach hätte die angestrebte

Geldmengenausweitung für 1992 eher in der Größenordnung von 7 vH liegen sollen und nicht bei  $5\frac{1}{2}$  vH, wie von den Instituten empfohlen, oder sogar nur von  $4\frac{1}{2}$  vH, wie von der Bundesbank festgelegt. Wird berücksichtigt, daß die Ausweitung der Geldmenge  $M_3$  die monetäre Tendenz überzeichnet, erscheint die tatsächliche Expansion der Geldmenge  $M_3$  stabilitätspolitisch als nicht bedenklich. Die Expansion der Geldmenge  $M_1$  dagegen zeigt — gemessen an dieser Zielableitung — den Restriktionsgrad der Geldpolitik besser an.

Eine Größenordnung von 7 vH sollte auch das für 1993 festzulegende Geldmengenziel haben: Wegen des immer noch hohen Niveaus der Investitionstätigkeit dürfte das Wachstum des gesamtdeutschen Produktionspotentials sogar etwas über 3 vH hinausgehen. Für das kommende Jahr ist wiederum mit starken administrativen Preisanpassungen in Ostdeutschland zu rechnen. Es sollte mit einem tolerierbaren Preisanstieg von 3 vH kalkuliert werden. Der Zuschlag für den trendmäßigen Anstieg des Geldhaltungsquotienten könnte sich auf ein halbes bis ein Prozent belaufen. Angesichts der stets bestehenden Unwägbarkeiten wäre ein Zielkorridor von 6 bis 8 vH angemessen. Dies bedeutet keineswegs die Abkehr von einem stabilitätsorientierten Kurs der Geldpolitik. Vielmehr soll vorübergehend den starken administrativ bedingten Preiserhöhungen in Ostdeutschland Rechnung getragen werden. Damit die Geldpolitik nicht dämpfend wirkt, müssen die Tarifpartner dazu beitragen, daß die normative Preissteigerungsrate erreicht werden kann.

### Perspektiven der europäischen Integration nach den Währungsturbulenzen

Im Europäischen Währungssystem kam es im Spätsommer 1992 zu erheblichen Spannungen. Nachdem sich das Zinsgefälle zwischen Deutschland und den USA erneut vergrößert hatte und die D-Mark sich spürbar gegenüber dem Dollar aufwertete, geriet eine Reihe von Währungen im Wechselkursverbund unter Druck. Außerdem mehrten sich die Befürchtungen, daß es bei dem Referendum in Frankreich — ebenso wie zuvor in Dänemark — zu einer Ablehnung der Maastrichter Verträge und damit zu einem Rückschlag auf dem Weg zu der angestrebten Europäischen Union kommen könnte. Zunächst geriet insbesondere die italienische Währung unter massiven Abwertungsdruck. Trotz einer offiziellen Abwertung der Lira um 7 vH und einer gleichzeitigen Senkung der Leitzinsen durch die Bundesbank verstärkte sich die Spekulationswelle. In der Folge wurden auch die Leitkurse der spanischen Peseta um 5 vH gesenkt, und Italien und Großbritannien verließen den Wechselkursmechanismus. Lira und Pfund werden nun gegenüber der D-Mark um reichlich ein Zehntel geringer bewertet.

Die Krise des Wechselkursverbundes hat zu erheblicher Unsicherheit über die Perspektiven der europäischen Integration geführt. Tatsächlich war eine Wechselkursanpas-

sung früher oder später wohl unvermeidlich. Einige Länder sind zu einem Kurs eingestiegen, der von Anfang an überhöht war. Hinzu kamen Lohnerhöhungen, die über geraume Zeit erheblich über die Zunahme der Produktivität hinausgegangen waren und damit zu einer deutlichen Verringerung der Konkurrenzfähigkeit geführt haben. In den Ländern mit überdurchschnittlichem Lohnkostenanstieg hat sich die verschlechterte Wettbewerbsposition in höherer Arbeitslosigkeit niedergeschlagen. In Deutschland machten sich Spannungen im Wechselkursgefüge wegen der Ankerfunktion der D-Mark in Kapitalzuflüssen bemerkbar; um die geltenden Leitkurse zu verteidigen, mußte die Bundesbank am Devisenmarkt intervenieren. Von Ende August bis Ende September erwarb sie im Rahmen von Stützungskäufen Devisen in der Größenordnung von 92 Mrd. DM. Da die Regierungen nicht bereit waren, unter Abwertungsdruck stehende Währungen mit Hilfe drastischer Zinserhöhungen zu stützen, war es unumgänglich, die Leitkurse zu ändern, um die Kontrolle über die inländische Geldmenge zurückzugewinnen.

Die Erfahrung mit dem Europäischen Währungssystem zeigt aber auch, daß die Fixierung des Wechselkurses gegenüber der relativ wertstabilen D-Mark die Glaubwürdigkeit der inländischen Stabilitätspolitik spürbar erhöhen und zu mehr Disziplin in der Lohn- und Preissetzung durch die Gewerkschaften und Unternehmen führen kann. Letzteres dürfte die Konvergenz bei Inflationsraten und Zinsen in den letzten Jahren in nicht unerheblichem Maße gefördert haben.

Das Dilemma des Wechselkursverbundes ist also, daß die Stabilität der Kurse ein wichtiges Element für die Konvergenz der Wirtschaftspolitik ist, daß aber fallweise Paritätsänderungen notwendig sind, um der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die Stabilisierungserfolge von Land zu Land noch recht unterschiedlich sind. Die Unsicherheit über die Nachhaltigkeit der Inflationsbekämpfung in den Abwertungsländern wird derzeit dadurch verstärkt, daß die Regierungen zum Teil erneut auf Kapitalverkehrskontrollen zurückgreifen und die Wirtschaft durch geldpolitische Lockerung ankurbeln wollen. Um das Vertrauen in die Stabilisierungsorientierung zu erhöhen, sollten die wirtschaftspolitischen Instanzen in den Abwertungsländern jetzt Schritte ergreifen, die geeignet sind, die Notwendigkeit von Wechselkursanpassungen in Zukunft auszuschließen oder zumindest zu verringern. Konsequenter wäre es, den nationalen Zentralbanken bereits jetzt ein Maß an Unabhängigkeit zu gewähren, wie es in der Endstufe der Währungsunion auf europäischer Ebene vorgesehen ist. Außerdem wären noch bestehende Kapitalverkehrskontrollen zu beseitigen und Beschränkungen der Währungswahl abzuschaffen. Wenn der politische Wille zur monetären Integration in Europa durch solche Maßnahmen, die nach dem Vertrag von Maastricht ohnehin erforderlich sind, dokumentiert wird, können abwertungsbedingte Lohn- und Preisspiralen verhindert werden.

Der Weg zur Europäischen Währungsunion ist nach den jüngsten wechselkurspolitischen Maßnahmen nicht ver-

baut. Im Gegenteil, wenn sich die Regierungen weiter bemühen, die Kriterien des Maastricht-Vertrages zu realisieren, sind die Chancen für dauerhaft stabile Wechselkurse nach der Anpassung der Leitkurse erheblich größer als zuvor.

### Zum Solidarpaket

Im Zeichen der lahrenden westdeutschen Konjunktur und der hartnäckigen Krise in Ostdeutschland wird seit dem Sommer ein Solidarpaket diskutiert. In ihn eingebunden werden sollen neben dem Staat die maßgeblichen Verbände von Unternehmen und Arbeitgebern sowie die Gewerkschaften. Die Institute selbst haben vor einem Jahr einen Pakt der Vernunft empfohlen. Ziel war es damals und muß auch heute wieder sein, den Aufbau in Ostdeutschland voranzubringen und die Schwächephase in Westdeutschland rasch zu überwinden. Im Zentrum sollte allerdings nicht der Versuch stehen, Asymmetrien beim Tragen der Lasten der Vereinigung virtuos zu beseitigen, auch wenn die Beseitigung grober Ungleichbehandlung für das Zustandekommen dieser gemeinsamen Anstrengung aller Kräfte wichtig sein kann. Ohnehin ist Problembewußtsein dafür einzufordern, daß bisher der größte Teil der Lasten auf die Zukunft verschoben worden ist, was sich bei andauernder Wachstumsschwäche mehr und mehr als untragbar erweisen würde. Oberste Richtschnur muß die Einsicht sein, daß Partikularinteressen für einige Zeit zurückstehen müssen. Der Staat ist hoffnungslos überfordert, wenn alle versuchen, die globale Verantwortung, die die Politik notgedrungen für Ostdeutschland temporär übernommen hat, für ihre Zwecke zu nutzen. Nimmt man alles zusammen, könnte ein derartiger Pakt ein Erfolg werden, wenn:

— In der Finanzpolitik das Vertrauen der Unternehmen und der Arbeitnehmer zurückgewonnen wird. Das bedeutet, daß der Staat Transparenz hinsichtlich der gegenwärtigen und der absehbaren Verschuldung in den öffentlichen Haushalten schafft. Notwendig ist vor allem, daß sichtbar auch Sparsamkeit und Ausgaben disziplin geübt werden, die Prioritäten also endlich so verändert werden, wie die Einigung Deutschlands dies schon frühzeitig nahegelegt hätte. Am besten wäre es, die Finanzpolitik würde eine eindeutige Selbstbindung, die über die bloßen Absichtserklärungen der mittelfristigen Finanzplanung hinausgeht, in den Pakt einbringen.

In der Steuerpolitik sollte mehr Klarheit über den zukünftigen Kurs geschaffen werden. Es wird argumentiert, daß die seit der Vereinigung entstandenen Mehrbelastungen bei Steuern und Sozialabgaben die einzelnen Gruppen sehr unterschiedlich treffen und dies nun steuerpolitisch, insbesondere durch eine Mehrbelastung der oberen Einkommensgruppen, zu korrigieren sei. Art und Höhe des Korrekturbedarfs sind allerdings umstritten. Mit zu berücksichtigen wären hier ja nicht nur die diskretionären Steuer- und Abgaben-

erhöhungen der letzten Zeit, sondern auch die Besteuerung inflatorischer Einkommenssteigerungen (heimliche Steuererhöhungen) durch den Progressionseffekt bei der Einkommensteuer, der sich bei den Beziehern höherer Einkommen besonders stark auswirkt. Zu kritisieren ist zweifellos, daß sich ein großer Teil der Sonderbelastungen aus der Vereinigung, die von der Allgemeinheit zu tragen wären, gegenwärtig bei der Sozialversicherung niederschlägt. Ein Teil davon kommt allerdings als Bundeszuschuß aus dem allgemeinen Steueraufkommen.

Sonderabgaben, wie sie derzeit zur Erhöhung der verteilungspolitischen Akzeptanz der Einheitsfinanzierung diskutiert werden, sind allerdings wenig systemgerecht und tragen weiter zur Verwirrung um den steuerpolitischen Kurs bei.

Besser wäre es, die Bundesregierung würde möglichst schnell eine Steuerreform „aus einem Guß“ vorbereiten. Bei dieser Reform ist die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Erhöhung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer mitzubedenken. In den unteren Einkommensgruppen entstehen dadurch Steuerentlastungen, während bei den mittleren und höheren Einkommensgruppen Mehrbelastungen unumgänglich sein könnten. Eine Steuerreform ist auf jeden Fall so auszugestalten, daß die Leistungsanreize erhalten bleiben.

- Die Lohnpolitik mehr als bisher berücksichtigt, wie eng die Grenzen für Realeinkommenssteigerungen in dieser Phase der Konjunktur in Westdeutschland und des Umbruchs in Ostdeutschland sind. In Westdeutschland ist der Versuch gescheitert, die Verteilungsprobleme zu Lasten des Geldwertes zu lösen; die Folgerung kann nur sein, jetzt auf Stabilität zu setzen und die Bereitschaft dazu mit Nominallohnforderungen

zu signalisieren, die Abschlüsse auch unterhalb des Niveaus erlauben, das aus heutiger Sicht als Reallohnkonstanz interpretiert wird.

In Ostdeutschland ist der Versuch gescheitert, die Angleichung der Einkommen an das Westniveau unabhängig von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit voranzutreiben; daraus ergibt sich jetzt die Notwendigkeit, den Kurs zu überdenken und einen Neuanfang zu machen, um den noch existierenden Unternehmen eine Überlebenschance zu geben und die Arbeitsplätze der noch Beschäftigten zu sichern. Ob die Reallöhne kurzfristig dabei noch steigen können, ist nicht sicher. Über diese schwierige Periode hinaus wird dennoch die Anpassung an den westlichen Standard in Gang kommen, wenn heute die Bedingungen dafür geschaffen werden, daß mehr wettbewerbsfähige Arbeitsplätze entstehen können. Ohne eine Vorleistung der Arbeitnehmer ist das auch hier nicht denkbar.

Bei stabilitätsgerechtem Verhalten aller Beteiligten wird die Geldpolitik bei dem hier dargelegten Kurs expansiv wirken. Die Kapitalmarktzinsen werden weiter sinken.

Illusionen sollte man im Rahmen eines Solidarpaktes hinsichtlich der konkreten Einbindung der Unternehmen vermeiden. In einer Marktwirtschaft können Unternehmensverbände nicht auf Zusagen hinsichtlich der Arbeitsplätze und der Investitionen ihrer Mitgliedsunternehmen festgelegt werden. Die Flexibilität und Dispositionsfreiheit der Unternehmen muß erhalten bleiben. Doch ist es nicht unbillig, auf den Wettbewerb zu vertrauen. Die Öffnung der Märkte hat mit der weitgehenden Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes eine neue Qualität erreicht, und die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen eindeutig, daß die Unternehmen, gerade weil sie nicht eingebunden sind, sondern selbstverantwortlich handeln, ihre Rolle in angemessener Weise spielen.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung  
Vorausschätzung für die Jahre 1992 und 1993  
WESTDEUTSCHLAND

	1991 <sup>1)</sup>	1992 <sup>2)</sup>	1993 <sup>2)</sup>	1992		1993 <sup>2)</sup>	
				1. Hj. <sup>1)</sup>	2. Hj. <sup>2)</sup>	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Sozialprodukts Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Erwerbstätige (im Inland)	2,6	1,0	-0,5	1,3	0,5	-0,5	-0,5
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-0,9	-1,0	-1,0	-0,6	-1,0	-1,5	-1,0
Arbeitstage <sup>3)</sup>	0,0	0,5	0,0	0,3	1,0	0,0	0,0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	1,6	0,5	-1,5	1,0	0,0	-2,0	-1,5
Produktivität <sup>4)</sup>	2,0	0,5	2,0	0,9	0,5	1,5	2,5
Bruttoinlandsprodukt real	3,7	1,5	0,5	1,9	0,5	-0,5	1,5

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen  
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 420,7	1 494,5	1 565,5	725,4	769,0	757,5	808,0
Staatsverbrauch	468,1	499,0	515,5	230,5	269,0	238,5	277,0
Anlageinvestitionen	565,1	595,5	616,0	287,4	308,0	293,0	323,0
Ausrüstungen	261,6	262,0	261,5	126,9	135,0	123,5	137,5
Bauten	303,5	333,5	354,5	160,5	173,0	169,5	185,0
Vorratsveränderung	-8,6	-13,0	-7,0	10,5	-23,5	8,0	-15,0
Außenbeitrag	186,0	196,0	199,0	94,9	101,0	98,5	100,5
Ausfuhr	1 013,2	1 055,5	1 106,0	522,4	533,0	540,0	566,0
Einfuhr	827,2	860,0	907,0	427,5	432,5	441,5	465,5
Bruttosozialprodukt	2 631,2	2 771,5	2 889,0	1 348,6	1 423,0	1 395,5	1 493,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	7,5	5,0	4,5	5,0	5,5	4,5	5,0
Staatsverbrauch	5,3	6,5	3,5	6,6	6,5	3,5	3,0
Anlageinvestitionen	11,5	5,5	3,5	7,6	3,5	2,0	5,0
Ausrüstungen	11,8	0,0	-0,5	2,1	-1,5	-2,5	2,0
Bauten	11,2	10,0	6,5	12,3	7,5	5,5	7,0
Ausfuhr	14,8	4,0	5,0	6,0	2,5	3,5	6,0
Einfuhr	15,1	4,0	5,5	5,6	2,5	3,5	7,5
Bruttosozialprodukt	7,9	5,5	4,0	6,0	4,5	3,5	5,0

3. Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen von 1985

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 274,6	1 287,5	1 300,5	629,9	657,5	633,0	667,5
Staatsverbrauch	393,6	405,5	411,5	197,6	208,0	200,5	211,0
Anlageinvestitionen	485,0	490,5	488,0	238,5	252,0	234,0	254,0
Ausrüstungen	239,6	234,5	228,0	114,0	120,5	108,5	119,5
Bauten	245,4	256,0	260,0	124,5	131,5	125,5	134,5
Vorratsveränderung	-4,5	-9,0	-9,0	14,8	-23,5	8,0	-17,0
Außenbeitrag	78,1	72,0	65,5	32,5	39,5	32,0	33,5
Ausfuhr	962,3	984,5	1 004,5	490,8	493,5	495,0	509,5
Einfuhr	884,2	912,0	939,5	458,3	454,0	463,0	476,0
Bruttosozialprodukt	2 226,8	2 246,5	2 256,5	1 113,3	1 133,5	1 107,5	1 148,5
nachrichtlich:							
Inlandsnachfrage	2 148,7	2 174,5	2 191,0	1 080,8	1 093,5	1 075,5	1 115,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	3,6	1,0	1,0	0,4	1,5	0,5	1,5
Staatsverbrauch	0,5	3,0	1,5	3,3	3,0	1,5	1,5
Anlageinvestitionen	6,5	1,0	-0,5	3,0	-0,5	-2,0	1,0
Ausrüstungen	9,1	-2,0	-3,0	-0,3	-4,0	-5,0	-1,0
Bauten	4,1	4,5	1,5	6,2	2,5	1,0	2,5
Ausfuhr	12,7	2,5	2,0	4,1	0,5	1,0	3,0
Einfuhr	12,2	3,0	3,0	4,8	1,5	1,0	5,0
Bruttosozialprodukt	3,6	1,0	0,5	1,4	0,5	-0,5	1,5
nachrichtlich:							
Inlandsnachfrage	3,1	1,0	1,0	1,5	1,0	-0,5	2,0

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung  
Vorausschätzung für die Jahre 1992 und 1993  
noch: WESTDEUTSCHLAND

	1991 <sup>1)</sup>	1992 <sup>2)</sup>	1993 <sup>2)</sup>	1992		1993 <sup>2)</sup>	
				1. Hj. <sup>1)</sup>	2. Hj. <sup>2)</sup>	1. Hj.	2. Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1985 = 100)  
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	3,8	4,0	3,5	4,7	3,5	4,0	3,5
Staatsverbrauch	4,8	3,5	2,0	3,3	4,0	2,0	1,5
Anlageinvestitionen	4,7	4,0	4,0	4,4	4,0	4,0	4,0
Ausrüstungen	2,5	2,5	2,5	2,4	2,5	2,5	2,5
Bauten	6,9	5,5	4,5	5,7	5,0	5,0	4,5
Ausfuhr	1,9	2,0	2,5	1,9	2,0	2,5	3,0
Einfuhr	2,6	1,0	2,5	0,8	0,5	2,0	2,5
Bruttosozialprodukt	4,1	4,5	4,0	4,6	4,5	4,0	3,5

5. Einkommensentstehung und -verteilung  
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 422,1	1 502,0	1 557,5	702,5	799,5	729,0	828,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1 154,6	1 217,5	1 259,0	568,0	649,5	587,5	671,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	778,8	805,5	829,0	376,0	429,5	388,0	441,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	586,7	592,0	606,0	315,4	277,0	314,5	291,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	494,2	496,5	507,0	267,2	229,5	266,5	240,0
Entnahmen <sup>5)</sup> 6)	460,3	481,5	501,5	249,5	232,0	260,5	241,5
Nichtentnommene Gewinne	33,8	15,0	5,5	17,7	-2,5	6,5	-1,0
Volkseinkommen	2 008,8	2 094,0	2 163,5	1 017,8	1 076,5	1 043,5	1 120,0
Abschreibungen	327,0	353,5	380,5	173,6	179,5	186,5	194,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	295,5	324,0	345,0	157,2	167,0	165,5	179,5
Bruttosozialprodukt	2 631,2	2 771,5	2 889,0	1 348,6	1 423,0	1 395,5	1 493,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	7,9	5,5	3,5	6,3	5,0	4,0	3,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	7,9	5,5	3,5	6,0	5,0	3,5	3,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	4,7	3,5	3,0	2,5	4,0	3,0	3,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	5,9	5,0	4,0	5,0	5,0	4,0	4,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	2,7	3,0	3,5	1,5	4,0	4,0	3,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	3,4	1,0	2,5	0,5	1,5	-0,5	5,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	1,5	0,5	2,0	-1,9	3,5	0,0	4,5
Entnahmen <sup>5)</sup> 6)	10,2	4,5	4,0	2,9	6,5	4,5	4,0
Volkseinkommen	6,5	4,5	3,5	4,4	4,0	2,5	4,0
Abschreibungen	8,9	8,0	7,5	8,3	8,0	7,5	8,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	16,6	9,5	6,5	14,5	5,5	5,5	7,5
Bruttosozialprodukt	7,9	5,5	4,0	6,0	4,5	3,5	5,0

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte  
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	778,8	805,5	829,0	376,0	429,5	388,0	441,0
Übertragene Einkommen <sup>7)</sup>	410,8	443,5	464,5	216,2	227,0	226,0	238,5
Entnahmen <sup>6)</sup>	525,4	552,5	586,0	279,4	273,0	298,0	288,0
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	26,8	32,0	35,0	15,4	16,5	17,0	18,0
Geleistete Übertragungen <sup>8)</sup>	48,2	54,5	60,0	25,7	29,0	29,5	30,5
Verfügbares Einkommen	1 640,0	1 714,5	1 785,0	830,5	884,0	865,5	919,5
Privater Verbrauch	1 420,7	1 494,5	1 565,5	725,4	769,0	757,5	808,0
Ersparnis	219,3	220,0	219,5	105,2	115,0	108,0	111,0
Sparquote (vH) <sup>9)</sup>	13,4	13,0	12,5	12,7	13,0	12,5	12,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	4,7	3,5	3,0	2,5	4,0	3,0	3,0
Übertragene Einkommen <sup>7)</sup>	8,0	8,0	5,0	8,8	7,0	4,5	5,0
Entnahmen <sup>6)</sup>	12,0	5,0	6,0	2,7	8,0	6,5	5,5
Verfügbares Einkommen	7,2	4,5	4,0	3,6	5,5	4,0	4,0
Privater Verbrauch	7,5	5,0	4,5	5,0	5,5	4,5	5,0
Ersparnis	4,8	0,5	-0,5	-5,6	6,5	3,0	-3,0

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung  
Vorausschätzung für die Jahre 1992 und 1993  
OSTDEUTSCHLAND

	1991 <sup>10)</sup>	1992 <sup>2)</sup>	1993 <sup>2)</sup>	1992		1993 <sup>2)</sup>	
				1. Hj. <sup>11)</sup>	2. Hj. <sup>2)</sup>	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Sozialprodukts  
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Erwerbstätige (im Inland)	-19,0	-14,0	-4,5	-17,2	-10,5	-5,5	-3,5
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-18,1	11,0	0,5	12,6	9,0	1,5	0,0
Arbeitstage <sup>3)</sup>	-0,4	0,5	0,0	0,4	1,0	0,0	0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-33,9	-4,0	-3,5	-6,4	-1,5	-4,0	-3,0
Produktivität <sup>12)</sup>	3,8	8,0	11,0	13,6	3,0	11,5	11,0
Bruttoinlandsprodukt real	-31,4	3,5	7,5	6,3	1,0	6,5	8,0

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen  
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	186,7	218,5	239,0	103,5	115,0	115,5	123,5
Staatsverbrauch	86,2	105,0	114,5	46,7	58,0	53,0	61,0
Anlageinvestitionen	83,0	104,5	132,5	46,2	58,5	60,0	72,5
Ausrüstungen	40,4	49,5	59,5	22,1	27,0	27,0	32,0
Bauten	42,6	55,5	73,5	24,1	31,5	33,0	40,5
Vorratsveränderung	2,7	-2,0	-1,0	2,8	-5,0	0,5	-1,5
Außenbeitrag	-163,1	-184,5	-194,0	-89,4	-95,5	-95,5	-99,0
Ausfuhr	60,4	72,0	85,5	34,2	38,0	40,5	45,0
Einfuhr	223,5	256,5	279,5	123,6	133,0	136,0	143,5
Bruttosozialprodukt	195,4	241,5	291,0	109,9	131,5	134,0	156,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	17,1	17,0	9,5	21,4	13,5	12,0	7,5
Staatsverbrauch	21,5	21,5	9,0	35,8	12,0	14,0	5,5
Anlageinvestitionen	35,8	26,0	26,5	25,2	27,0	30,0	24,0
Ausrüstungen	98,6	22,0	20,0	24,5	20,5	23,0	18,0
Bauten	4,5	30,0	32,5	25,8	33,0	36,5	29,0
Ausfuhr	-0,8	19,0	18,5	26,4	13,5	18,5	18,5
Einfuhr	97,2	15,0	9,0	20,6	10,0	10,0	8,0
Bruttosozialprodukt	-14,7	23,5	20,5	30,8	18,0	22,0	19,0

3. Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen von 1991  
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	186,7	197,0	199,0	94,5	102,5	97,5	101,5
Staatsverbrauch	86,2	92,5	91,5	46,1	46,5	45,5	45,5
Anlageinvestitionen	83,0	98,0	117,0	43,8	54,0	53,5	63,0
Ausrüstungen	40,4	48,5	56,5	21,8	26,5	26,0	30,5
Bauten	42,6	49,5	60,0	22,0	27,5	27,5	32,5
Vorratsveränderung	2,7	-1,5	-1,0	1,8	-3,5	0,5	-1,5
Außenbeitrag	-163,1	-179,5	-185,0	-87,2	-92,5	-91,5	-94,0
Ausfuhr	60,4	70,0	80,5	33,5	36,5	38,5	42,0
Einfuhr	223,5	249,5	265,5	120,7	129,0	130,0	136,0
Bruttosozialprodukt	195,4	206,0	221,0	99,0	107,0	106,0	115,0
nachrichtlich:							
Inlandsnachfrage	358,6	386,0	406,0	186,2	199,5	197,0	209,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	3,8	5,5	1,0	7,4	4,0	3,0	-1,0
Staatsverbrauch	-4,3	7,5	-1,5	18,1	-1,5	-1,0	-2,0
Anlageinvestitionen	27,8	18,0	19,5	16,6	19,0	22,5	17,0
Ausrüstungen	100,1	20,0	17,5	22,2	18,0	20,0	15,0
Bauten	-4,8	16,0	21,5	11,6	20,0	24,5	19,0
Ausfuhr	-4,9	15,5	15,0	22,1	10,0	15,0	15,5
Einfuhr	89,7	11,5	6,5	16,9	7,0	7,5	5,5
Bruttosozialprodukt	-28,4	5,5	7,0	9,0	2,5	7,0	7,5
nachrichtlich:							
Inlandsnachfrage	9,6	7,5	5,0	11,8	4,0	6,0	4,5

**Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**  
 Vorausschätzung für die Jahre 1992 und 1993  
 noch: OSTDEUTSCHLAND

	1991 <sup>10)</sup>	1992 <sup>2)</sup>	1993 <sup>2)</sup>	1992		1993 <sup>2)</sup>	
				1. Hj. <sup>11)</sup>	2. Hj. <sup>2)</sup>	1. Hj.	2. Hj.

**4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1991 = 100)**  
 Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	12,8	11,0	8,5	13,0	9,0	8,5	8,5
Staatsverbrauch	26,9	13,0	10,5	15,0	14,0	14,5	7,0
Anlageinvestitionen	6,3	7,0	6,0	7,3	6,5	6,5	6,0
Ausrüstungen	-0,8	2,0	2,5	1,9	2,0	2,5	2,5
Bauten	9,8	12,0	9,0	12,7	11,0	9,5	8,5
Ausfuhr	4,2	3,0	3,0	3,5	3,0	2,5	3,0
Einfuhr	4,0	3,0	2,5	3,1	2,5	2,0	2,5
<b>Bruttosozialprodukt</b>	<b>19,1</b>	<b>17,0</b>	<b>12,5</b>	<b>20,0</b>	<b>15,0</b>	<b>14,0</b>	<b>11,0</b>

**5. Einkommensentstehung und -verteilung**  
 a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	184,2	217,0	240,0	101,2	116,0	112,5	127,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	151,7	179,0	198,0	83,3	96,0	92,5	105,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	110,8	127,0	136,5	60,1	67,0	65,5	70,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-11,4	-7,5	13,5	-6,7	-1,0	4,5	9,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-23,4	-22,0	-3,5	-14,2	-8,0	-4,0	0,5
Entnahmen <sup>5)6)</sup>	2,6	-2,5	-2,5	-0,1	-2,5	-2,5	0,0
Nichtentnommene Gewinne	-26,0	-19,5	-1,0	-14,0	-5,5	-1,5	0,5
Volkseinkommen	172,8	209,5	253,5	94,4	115,0	117,0	136,5
Abschreibungen	26,9	30,0	32,5	14,6	15,0	16,0	16,5
Indirekte Steuern ./ Subventionen	-4,3	2,0	5,0	0,8	1,5	1,5	3,5
<b>Bruttosozialprodukt</b>	<b>195,4</b>	<b>241,5</b>	<b>291,0</b>	<b>109,9</b>	<b>131,5</b>	<b>134,0</b>	<b>156,5</b>

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	9,3	18,0	10,5	20,9	15,0	11,0	10,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	6,0	18,0	10,5	20,6	16,0	11,0	10,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	-2,3	14,5	7,5	15,8	13,5	9,5	5,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	31,0	38,0	16,5	45,9	30,5	18,5	14,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	20,8	34,0	13,0	40,1	27,5	16,5	10,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	—	—	—	—	—	—	—
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	—	—	—	—	—	—	—
Entnahmen <sup>5)6)</sup>	—	—	—	—	—	—	—
Volkseinkommen	-14,9	21,0	21,0	31,3	14,0	24,0	19,0
Abschreibungen	7,8	11,0	8,5	12,2	9,5	8,5	8,5
Indirekte Steuern ./ Subventionen	—	—	—	—	—	—	—
<b>Bruttosozialprodukt</b>	<b>-14,7</b>	<b>23,5</b>	<b>20,5</b>	<b>30,8</b>	<b>18,0</b>	<b>22,0</b>	<b>19,0</b>

**6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte**  
 a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	110,8	127,0	136,5	60,1	67,0	65,5	70,5
Übertragene Einkommen <sup>7)</sup>	87,8	109,0	119,5	50,0	59,0	59,0	60,5
Entnahmen <sup>8)</sup>	9,2	20,0	24,0	10,4	9,5	11,0	13,0
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	4,2	5,0	6,0	2,5	2,5	3,0	3,0
Geleistete Übertragungen <sup>8)</sup>	3,7	5,5	6,0	2,7	2,5	3,0	3,0
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>199,9</b>	<b>245,0</b>	<b>268,0</b>	<b>115,3</b>	<b>130,0</b>	<b>129,5</b>	<b>138,5</b>
Privater Verbrauch	186,7	218,5	239,0	103,5	115,0	115,5	123,5
Ersparnis	13,2	26,5	29,0	11,7	15,0	14,0	15,0
Sparquote (vH) 9)	6,6	11,0	11,0	10,2	11,5	11,0	11,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	-2,3	14,5	7,5	15,8	13,5	9,5	5,5
Übertragene Einkommen <sup>7)</sup>	95,1	24,0	9,5	24,6	23,5	17,5	3,0
Entnahmen <sup>8)</sup>	0,2	117,0	21,0	—	-16,5	5,0	38,5
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>23,1</b>	<b>22,5</b>	<b>9,5</b>	<b>33,4</b>	<b>14,5</b>	<b>12,5</b>	<b>6,5</b>
Privater Verbrauch	17,1	17,0	9,5	21,4	13,5	12,0	7,5
Ersparnis	—	—	—	—	—	—	—

**Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**  
 Vorausschätzung für die Jahre 1992 und 1993  
**BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

	1991 <sup>1)</sup> 10)	1992 <sup>2)</sup>	1993 <sup>2)</sup>	1992		1993 <sup>2)</sup>	
				1. Hj.1) <sup>11)</sup>	2. Hj.2)	1. Hj.	2. Hj.

**1. Entstehung des Sozialprodukts**  
 Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Erwerbstätige (im Inland)	-2,6	-2,0	-1,0	-2,5	-2,0	-1,5	-1,0
Arbeitszeit (arbeitsmäßig)	-4,4	1,5	-1,0	2,1	0,5	-1,0	-1,0
Arbeitstage <sup>3)</sup>	-0,1	0,5	0,0	0,3	1,0	0,0	0,0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-7,0	0,0	-2,0	-0,1	0,0	-2,0	-1,5
Produktivität <sup>12)</sup>	7,8	1,5	3,0	2,4	0,5	2,0	4,0
Bruttoinlandsprodukt real	0,3	1,5	1,0	2,2	0,5	-0,5	2,5

**2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen**  
 a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 607,4	1 713,0	1 804,5	828,9	884,0	873,0	931,5
Staatsverbrauch	554,3	604,0	630,0	277,2	327,0	291,5	338,5
Anlageinvestitionen	648,1	700,0	748,5	333,6	366,5	353,0	395,5
Ausrüstungen	301,9	311,5	320,5	149,0	162,5	151,0	169,5
Bauten	346,1	388,5	428,0	184,6	204,0	202,5	225,5
Vorratsveränderung	-6,0	-15,0	-8,5	13,3	-28,5	8,5	-16,5
Außenbeitrag	22,9	11,0	4,5	5,5	5,5	3,5	1,5
Ausfuhr <sup>13)</sup>	832,3	834,0	864,0	415,8	418,0	422,5	442,0
Einfuhr <sup>13)</sup>	809,4	823,0	859,5	410,3	412,5	419,0	440,5
Bruttosozialprodukt	2 826,6	3 013,0	3 179,5	1 458,5	1 554,5	1 529,5	1 650,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	8,6	6,5	5,5	6,8	6,5	5,5	5,5
Staatsverbrauch	7,6	9,0	4,5	10,7	7,5	5,0	3,5
Anlageinvestitionen	14,1	8,0	7,0	9,7	6,5	6,0	8,0
Ausrüstungen	18,7	3,0	3,0	4,9	1,5	1,0	4,5
Bauten	10,4	12,5	10,0	13,9	11,0	9,5	10,5
Ausfuhr <sup>13)</sup>	-1,2	0,0	3,5	1,0	-0,5	1,5	5,5
Einfuhr <sup>13)</sup>	10,7	1,5	4,5	2,8	0,5	2,0	7,0
Bruttosozialprodukt	5,9	6,5	5,5	7,5	5,5	5,0	6,0

**3. Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen von 1991**  
 Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	3,6	1,5	1,0	1,2	2,0	1,0	1,0
Staatsverbrauch	-0,3	3,5	1,0	5,4	2,0	1,0	1,0
Anlageinvestitionen	8,7	3,5	2,5	4,9	2,0	1,5	3,5
Ausrüstungen	16,1	1,0	0,5	2,5	-0,5	-1,0	2,0
Bauten	2,9	6,0	4,5	6,9	4,5	4,0	5,0
Ausfuhr <sup>13)</sup>	-2,9	-1,5	1,0	-0,9	-2,5	-1,0	2,5
Einfuhr <sup>13)</sup>	7,9	1,5	2,0	2,4	0,0	0,0	4,0
Bruttosozialprodukt	0,4	1,0	1,0	1,9	0,5	-0,5	2,5
nachrichtlich:							
Inlandsnachfrage	3,6	2,0	1,5	2,9	1,0	0,0	2,5

**4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1991 = 100)**  
 Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	4,8	5,0	4,5	5,6	4,5	4,5	4,0
Staatsverbrauch	7,9	5,0	3,0	5,0	5,5	4,0	2,5
Anlageinvestitionen	5,0	4,5	4,5	4,6	4,5	4,5	4,0
Ausrüstungen	2,2	2,5	2,5	2,3	2,5	2,5	2,5
Bauten	7,3	6,0	5,5	6,5	6,0	5,5	5,5
Ausfuhr	1,8	2,0	2,5	1,9	1,5	2,5	3,0
Einfuhr	2,7	0,5	2,5	0,3	0,5	2,0	2,5
Bruttosozialprodukt	5,5	5,5	4,5	5,5	5,5	5,0	3,5

**Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**  
 Vorausschätzung für die Jahre 1992 und 1993  
 noch: BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

	1991 <sup>1)</sup> <sup>10)</sup>	1992 <sup>2)</sup>	1993 <sup>2)</sup>	1992		1993 <sup>2)</sup>	
				1. Hj. <sup>1)</sup> <sup>11)</sup>	2. Hj. <sup>2)</sup>	1. Hj.	2. Hj.

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 606,3	1 719,0	1 797,5	803,6	915,5	841,5	956,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1 306,3	1 397,0	1 457,0	651,3	745,5	680,0	777,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	889,6	932,5	965,5	436,1	496,0	454,0	512,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	575,3	584,5	619,5	308,6	276,0	319,0	300,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	470,8	474,5	503,5	253,0	221,5	263,0	240,5
Entnahmen <sup>5)</sup> <sup>6)</sup>	462,9	479,0	499,0	249,4	229,5	257,5	241,5
Nichtentnommene Gewinne	7,9	-4,5	4,5	3,7	-8,0	5,0	-0,5
Volkseinkommen	2 181,6	2 303,5	2 417,0	1 112,3	1 191,0	1 160,5	1 256,5
Abschreibungen	353,9	383,0	413,0	188,2	195,0	202,5	210,5
Indirekte Steuern ./ Subventionen	291,1	326,5	350,0	158,0	168,5	167,0	183,0
Bruttosozialprodukt	2 826,6	3 013,0	3 179,5	1 458,5	1 554,5	1 529,5	1 650,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	8,1	7,0	4,5	7,9	6,0	4,5	4,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	7,7	7,0	4,5	7,7	6,5	4,5	4,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	3,7	5,0	3,5	4,1	5,5	4,0	3,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	11,5	10,0	6,0	11,1	8,5	6,0	5,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	7,4	7,5	5,0	7,5	8,0	6,0	4,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-4,5	1,5	6,0	2,2	1,0	3,5	9,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-7,5	1,0	6,0	-1,0	3,0	4,0	8,5
Entnahmen <sup>5)</sup> <sup>6)</sup>	9,2	3,5	4,0	5,3	1,5	3,5	5,0
Volkseinkommen	4,5	5,5	5,0	6,3	5,0	4,5	5,5
Abschreibungen	8,8	8,5	7,5	8,6	8,0	7,5	8,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	14,4	12,0	7,0	15,9	8,5	5,5	8,5
Bruttosozialprodukt	5,9	6,5	5,5	7,5	5,5	5,0	6,0

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte

a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	889,6	932,5	965,5	436,1	496,0	454,0	512,0
Übertragene Einkommen <sup>7)</sup> <sup>13)</sup>	490,2	544,0	574,5	262,2	282,0	280,0	294,0
Entnahmen <sup>8)</sup>	534,5	572,5	610,0	289,8	282,5	309,0	301,0
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	30,9	37,0	41,0	17,8	19,0	20,0	21,0
Geleistete Übertragungen <sup>8)</sup> <sup>13)</sup>	43,5	51,5	56,0	24,4	27,5	27,5	28,5
Verfügbares Einkommen	1 839,9	1 960,0	2 053,0	945,8	1 014,0	995,5	1 058,0
Privater Verbrauch	1 607,4	1 713,0	1 804,5	828,9	884,0	873,0	931,5
Ersparnis	232,5	247,0	248,5	116,9	130,0	122,0	126,0
Sparquote (vH) <sup>9)</sup>	12,6	12,5	12,0	12,4	13,0	12,5	12,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	3,7	5,0	3,5	4,1	5,5	4,0	3,0
Übertragene Einkommen <sup>7)</sup> <sup>13)</sup>	15,9	11,0	5,5	11,5	10,5	7,0	4,5
Entnahmen <sup>8)</sup>	11,8	7,0	6,5	7,4	7,0	6,5	6,5
Verfügbares Einkommen	8,7	6,5	5,0	6,5	6,5	5,0	4,5
Privater Verbrauch	8,6	6,5	5,5	6,8	6,5	5,5	5,5
Ersparnis	9,6	6,0	0,5	3,9	8,5	4,5	-3,0

**Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**  
 Vorausschätzung für die Jahre 1992 und 1993  
 noch: **BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

	1991 <sup>1)</sup> <sup>10)</sup>	1992 <sup>2)</sup>	1993 <sup>2)</sup>	1992		1993 <sup>2)</sup>	
				1. Hj. <sup>1)</sup> <sup>11)</sup>	2. Hj. <sup>2)</sup>	1. Hj.	2. Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates<sup>14)</sup>

a) Mrd. DM

<b>Einnahmen</b>							
Steuern	690,8	758,5	803,0	359,6	399,0	374,5	428,5
Sozialbeiträge	515,3	559,0	594,0	265,3	293,5	283,5	311,0
Erwerbseinkünfte	36,0	45,5	42,5	29,0	16,5	27,0	15,5
Sonstige Einnahmen <sup>13)</sup>	32,8	41,0	43,5	19,7	21,5	20,0	23,0
Vermögensübertragungen <sup>13)</sup>	8,4	9,5	9,5	4,2	5,0	4,0	5,5
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>1 283,3</b>	<b>1 413,0</b>	<b>1 492,5</b>	<b>677,8</b>	<b>735,5</b>	<b>709,0</b>	<b>783,0</b>
<b>Ausgaben</b>							
Staatsverbrauch	554,3	604,0	630,0	277,2	327,0	291,5	338,5
Zinsen	76,6	102,0	113,0	51,6	50,5	58,5	54,5
Laufende Übertragungen	624,5	674,5	709,0	324,2	350,5	343,0	365,5
Private Haushalte	489,7	544,5	577,0	262,8	281,5	282,0	295,0
Unternehmen	73,6	71,0	73,5	32,0	39,0	34,0	39,5
Übrige Welt <sup>13)</sup>	61,2	59,0	58,5	29,4	29,5	27,0	31,0
Vermögensübertragungen <sup>13)</sup>	63,3	66,0	71,0	29,4	36,5	32,0	39,0
Nettoinvestitionen	53,7	62,0	69,5	26,5	35,5	29,5	40,0
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>1 372,4</b>	<b>1 508,5</b>	<b>1 592,0</b>	<b>709,0</b>	<b>799,5</b>	<b>755,0</b>	<b>837,5</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-89,1</b>	<b>-95,5</b>	<b>-100,0</b>	<b>-31,2</b>	<b>-64,0</b>	<b>-45,5</b>	<b>-54,0</b>

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

<b>Einnahmen</b>							
Steuern	12,2	10,0	6,0	15,2	5,5	4,0	7,5
Sozialbeiträge	11,6	8,5	6,5	10,2	7,0	7,0	6,0
Erwerbseinkünfte	-0,2	26,5	-6,5	40,2	8,5	-6,5	-6,0
Sonstige Einnahmen <sup>13)</sup>	20,0	25,5	5,0	26,7	24,5	2,0	8,5
Vermögensübertragungen <sup>13)</sup>	9,2	10,5	2,5	16,6	6,0	1,0	3,5
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>11,7</b>	<b>10,0</b>	<b>5,5</b>	<b>14,3</b>	<b>6,5</b>	<b>4,5</b>	<b>6,5</b>
<b>Ausgaben</b>							
Staatsverbrauch	7,6	9,0	4,5	10,7	7,5	5,0	3,5
Zinsen	17,5	33,0	10,5	32,4	34,0	13,0	8,0
Laufende Übertragungen	14,8	8,0	5,0	6,8	9,0	6,0	4,5
Private Haushalte	14,8	11,0	6,0	11,5	11,0	7,5	5,0
Unternehmen	-6,0	-3,5	3,0	-3,8	-3,0	6,5	1,0
Übrige Welt <sup>13)</sup>	55,3	-3,5	-1,5	-15,0	12,0	-7,5	5,0
Vermögensübertragungen <sup>13)</sup>	69,6	4,0	8,0	-3,2	10,5	8,0	7,5
Nettoinvestitionen	10,0	15,5	12,5	27,0	8,5	12,0	12,5
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>13,3</b>	<b>10,0</b>	<b>5,5</b>	<b>10,0</b>	<b>10,0</b>	<b>6,5</b>	<b>4,5</b>

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1992 und Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) sowie eigenen Berechnungen von Arbeitszeit und Produktivität; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>2)</sup> Schätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — <sup>3)</sup> Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — <sup>4)</sup> Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1985 je Erwerbstätigenstunde. — <sup>5)</sup> Nach Abzug der Zinsen auf Konsumenten- und auf öffentliche Schulden. — <sup>6)</sup> Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen. — <sup>7)</sup> Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates und der Unternehmen für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge zur Sozialversicherung), sonstige Übertragungen des Staates an private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck, internationale Übertragungen. — <sup>8)</sup> Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — <sup>9)</sup> Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens. — <sup>10)</sup> Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1992 und Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) und einer empirisch gestützten Modellrechnung des DIW; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>11)</sup> Nach Ergebnissen der empirisch gestützten Modellrechnung des DIW; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>12)</sup> Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1991 je Erwerbstätigenstunde. — <sup>13)</sup> Angaben für die Bundesrepublik Deutschland um innerdeutsche Transaktionen bereinigt. — <sup>14)</sup> Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds, Fonds Deutsche Einheit, Kreditabwicklungsfonds und Sozialversicherungen.

## Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 61. Jahrgang. Format DIN A 4.

### Heft 1-2/1991. 114 S. DM 79,60

Kommunale Finanzen in der Bundesrepublik Deutschland. Von *Dieter Vesper*.

Wirkungen des Einsatzes von Telekommunikationstechniken auf Unternehmensorganisation und Wettbewerbsstrategien — *Forschungsergebnisse und Forschungsfragen*. Von *Brigitte Preißl*.

Die Arbeitsmarkterwartungen in der DDR kurz vor der Währungsunion. Von *Michael Lechner, Friedhelm Pfeiffer* und *Gert Wagner*.

Eine konsistente Haushalts- und Personengewichtung für die DDR-Basisbefragung des SOEP und für die Ost-Pilotstudie des Wohlfahrtssurveys. Von *Rainer Pischner*.

Beschäftigungspotentiale des Dienstleistungsbereichs in ostdeutschen Städten — *Das Beispiel Brandenburg*. Von *Martin Gornig*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

### Heft 3-4/1991. 115 S. DM 89,60

Multinational Macroeconomic Model Comparison.

Consumption and Models of the World Economy. By *Ray Barrell* and *Jan W. In't Veld*.

Price Systems in 5 European Multinational Models. By *Jérôme Henry*.

Wage Formation in Europe — Comparison of Modelling Strategies. By *Gustav A. Horn*.

Trade Equations. By *John D. Whitley*.

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) im Jahre 1990. Von der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“.

The Decline of Greek Industrial Growth, 1963-1983. By *George C. Petrakos* and *Spyros E. Zikos*.

Produktion und Produktionsfaktoren in Ostdeutschland. Von *Bernd Görzig*.

Zahlenanhang: I. Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen. II.

Beschäftigung und Arbeitnehmer Einkommen.

### Heft 1-2/1992. 102 S. DM 86,—

Internationale Vergleichbarkeit und Aussagekraft von Indikatoren zur Messung von Wettbewerbsfähigkeit.

Theoretische Aspekte der Messung von Wettbewerbsfähigkeit. Von *Heiner Flassbeck*.

Zum Einfluß realer effektiver Wechselkurse auf die Wettbewerbsfähigkeit. Von *Dieter Schumacher*.

Marktanteile im internationalen Handel — Meßprobleme und empirischer Befund. Von *Klaus Henkner*.

Zusammenfassendes Literaturverzeichnis.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33  
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild  
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (030) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

— Hierzu 2 Prospekte des Verlages Duncker & Humblot —